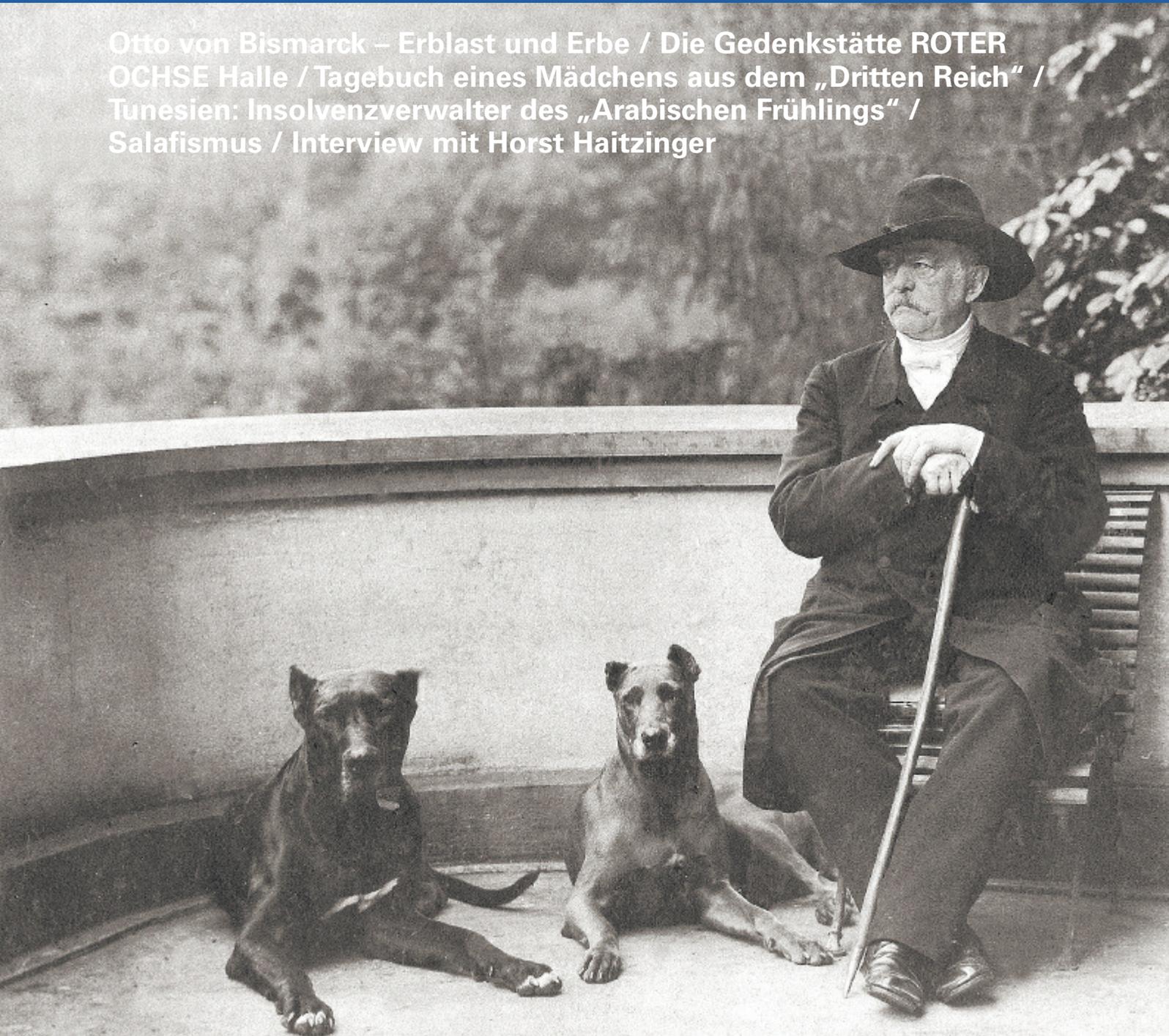




Einsichten und Perspektiven

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Otto von Bismarck – Erblast und Erbe / Die Gedenkstätte ROTER
OCHSE Halle / Tagebuch eines Mädchens aus dem „Dritten Reich“ /
Tunesien: Insolvenzverwalter des „Arabischen Frühlings“ /
Salafismus / Interview mit Horst Haitzinger



Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Dr. Roland Flade ist promovierter Historiker und Redakteur der Würzburger Tageszeitung Main-Post.

Monika Franz leitet das Publikationsreferat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Uta Löhner leitet das Medienreferat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Kristina Milz ist Fachjournalistin für den Nahen Osten und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitgeschichte in München.

Dr. Mitra Moussa Nabo ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München.

Prof. Dr. Rainer F. Schmidt ist Professor für Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Würzburg.

Michael Viebig ist Museumspädagoge und stellvertretender Leiter der Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (Saale).

Veranstaltungshinweis:

*„Bis der Krieg uns lehrt, was Frieden bedeutet“ –
70 Jahre Frieden in Europa*

Am 8. Mai 2015 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 70. Mal. Dieses zeithistorische Datum erfordert eine gezielte Auseinandersetzung mit den Themen Krieg, Flucht, Vertreibung, Ende des Nationalsozialismus und Neubeginn. Deshalb findet am Vorabend des Jahrestages in der Würzburger Johanniskirche – Sinnbild für Zerstörung und Wiederaufbau – unter der Schirmherrschaft der Präsidentin des Bayerischen Landtages eine Gedenkfeier statt. Da dies nicht nur ein Tag der Besinnung, des Gedenkens und der Reflexion im Hinblick auf die Vergangenheit ist, sondern auch ein Tag, an dem der Blick in die Zukunft gerichtet sein sollte, in die Zukunft der Jugend mit Hoffnung und Optimismus, soll das Format kein herkömmliches sein. In der Veranstaltung fügen sich Bewegungskunst, Tanz, Musik und Lichteffekte, begleitet von Texten zum Thema Krieg, Trümmerzeit und der Phase des Neubeginns zu einem hoffnungsvollen Ganzen.

7. Mai 2015, 21 Uhr

St. Johannis, Hofstallstraße 5, 97070 Würzburg

Veranstalter: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Bayerischer Landtag und Kulturreferat der Stadt Würzburg

Impressum

Einsichten und Perspektiven

Verantwortlich:
Monika Franz,
Praterinsel 2,
80538 München

Redaktion:
Monika Franz,
Uta Löhner
Redaktionsassistent:
Michael Nann

Gestaltung:
www.griesbeckdesign.de

Druck:
alpha print medien AG
Darmstadt

Titelbild: Otto von Bismarck
mit seinen Doggen („Reichshunde“), Friedrichsruh 1891

Foto: ullstein bild/Fotograf: Scherl

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Inhalt



- Rainer F. Schmidt
4 **Otto von Bismarck – Erblast und Erbe**
Reflexionen zum 200. Geburtstag des Reichsgründers

- Michael Viebig
18 **Die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)**

- Roland Flade
32 **„Ist dies mein eignes Land?“**
Tagebuch eines Mädchens aus dem „Dritten Reich“

- Kristina Milz
46 **Länderporträt-Serie: Brennpunkte des Nahen Ostens**
Tunesien: Insolvenzverwalter des „Arabischen Frühlings“

- Mitra Moussa Nabo
60 **Salafismus – eine Einordnung**

- 74 **„Jeder wird irgendwann seine eigene Karikatur...“**
Interview mit Horst Hätzinger



Otto von Bismarck – Erblast und Erbe

Reflexionen zum 200. Geburtstag des Reichsgründers

Von Rainer F. Schmidt



Otto von Bismarck mit seinen Doggen („Reichshunde“), Friedrichsruh 1891. Foto: ullstein bild/Fotograf: Scherl

Alles, wofür Otto von Bismarck (1815–1898) stand, scheint verschwunden: das Kaiserreich, dessen stärkster Gliedstaat Preußen, die deutsche Monarchie, die Traumata des Reichsgründers: der Alpdruck der Koalitionsbildung von außen und die Bedrohung durch Revolution und Reichsfeinde von innen, und nicht zuletzt die so verhängnisvolle Dauerfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland.

Was also ist von Bismarck übriggeblieben? Wie bemisst sich die Wirkung seiner historischen Leistung in der deutschen Geschichte? Und worin liegt seine ungebrochene Aktualität für die Gegenwart und deren Probleme?

Alles, wofür Bismarck stand, ist heute verschwunden: Das Kaiserreich, mit seiner zunächst defensiv bleibenden, dann zunehmend offensiven Machtprojektion nach außen; die preußisch-deutsche Monarchie, mit ihren kryptoabsolutistischen Zügen und der Regierung über den Parteien und über dem Parlament; Bismarcks Heimat, Preußen, der weit aus stärkste Gliedstaat und das konservative Bollwerk des Reiches, mitsamt seinen Eliten und dem ostelbischen Junkertum, dem Bismarck selbst entstammte; die Traumata und Leit motive von Bismarcks Politik: Der aus Mittellage des Reiches und Mehrfrontendruck geborene „*cauchemar des coalitions*“, um potenzielle Gegner in kunstvoller Bündnisarchitektur auseinanderzuhalten, sowie der nach innen gerichtete „*cauchemar des révolutions*“, aus dem sich der beständige Abwehrkampf gegen sogenannte „Reichsfeinde“ speiste und dessen Ziel die Zementierung des Status quo in Staat und Gesellschaft war; und auch die so verhängnisvolle Dauerfehde zwischen Frankreich und Deutschland ist obsolet, die Bismarck mit seiner Reichsgründung auf eine neue Stufe hob, die ihm schlaflose Nächte bereitete, und die die deutsche Politik für Jahrzehnte so verhängnisvoll überschattete. Überlebt haben nur die ungeliebten Elemente in Bismarcks politischem Arsenal: das zur Domestizierung der Arbeiterschaft eingeführte Paket an Sozialversicherungsleistungen, das als Kampfmittel gegen den Liberalismus konzipierte allgemeine und gleiche Wahlrecht sowie die im „Kulturkampf“ gegen die katholische Kirche aus der Taufe gehobene Zivilehe vor dem Standesamt.

Desillusionierende Bilanz und triftige Fragen

Angesichts dieser ernüchternden Bilanz der Ära Bismarck hat man immer wieder die Frage gestellt, ob Bismarcks historische Leistungen, ob sein Werk und die es tragenden

Fundamente, Ideen und Kräfte von Beginn an den Keim des Verfalls, ja des Scheiterns in sich trugen. War er es, der seine Nachfolger dazu verleitete, eine Leiter an den Himmel zu stellen? War er es, der die deutsche Geschichte auf jenen unheilvollen „Sonderweg“ zwang, der mit Hitler und dem Nationalsozialismus in der Katastrophe endete? Lag in Bismarcks Wirken, lag in seinen Methoden, Politik zu gestalten und das Staatsleben zu formen, tatsächlich jene Erbsünde beschlossen, die in zwei monumentalen Kriegen das von ihm begründete Reich so vollständig verschlang, dass nur noch ein „Schrumpfdeutschland“ übrig blieb, geläutert durch die finstere Vergangenheit eines beispiellosen Zivilisationsbruches, mit einem anderen Selbstverständnis, mit neuen Wertvorstellungen und im Schlagschatten des düsteren Erbes gefangen?

Die folgenden Ausführungen versuchen, darauf eine Antwort zu finden. Sie bestehen aus drei Teilen: aus der Frage nach den Eigentümlichkeiten und Merkmalen von Bismarcks Politikverständnis; aus der Frage, welche Erblast Bismarck den Deutschen auf die Schultern lud, und ob dieses Erbe den Wegweiser schuf für das, was nach ihm kam; sowie aus Überlegungen zur Aktualität Bismarcks und zu seinem Vermächtnis, das bis in unsere Tage reicht und gegenwärtige Erscheinungen und Politikmuster konditioniert.

Bismarck und die Kunst der Politik

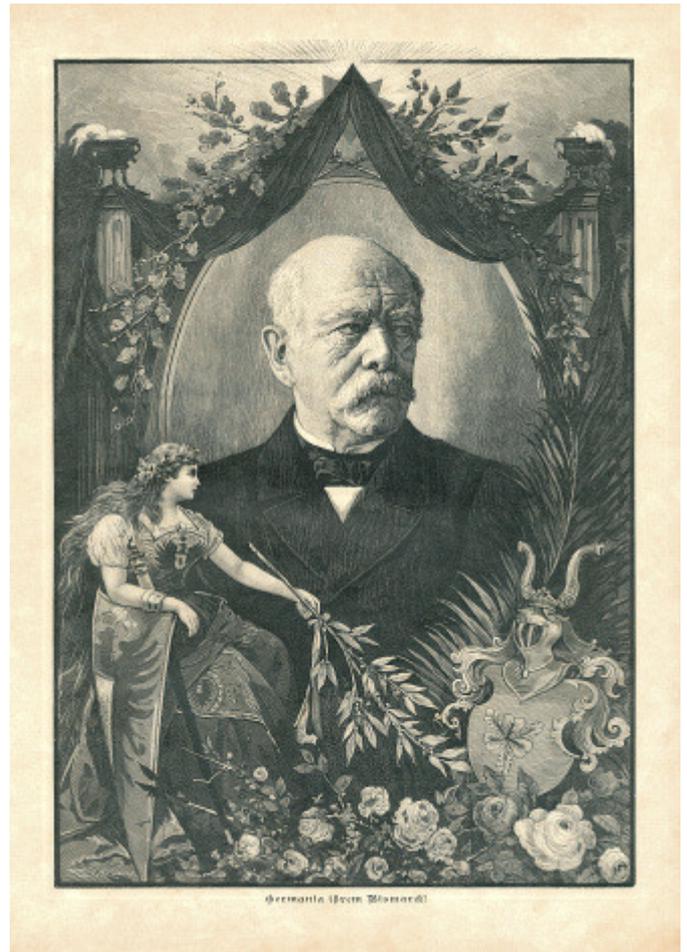
Bismarcks Handeln wurde von zwei zentralen Polen bestimmt: vom preußischen Machtegoismus und von der Immunisierung der monarchischen Herrschaft gegenüber allen emanzipatorischen und egalitären Tendenzen im modernen Staat. Ziente das eine Axiom auf die Brechung der habsburgischen Vormachtstellung in Mitteleuropa, auf die Sprengung des Deutschen Bundes und auf die Konzentrie-

rung des deutschen Potenzials unter preußischer Verfügungsgewalt, so war das andere darauf ausgerichtet, dem königlichen Regiment neue Legitimationsquellen zu erschließen und dieses, jenseits des hergebrachten Gottesgnadentums, zeitgemäß und plebiszitär zu verankern: durch eine erfolgsorientierte Risiko- und Kriegspolitik nach außen, um die widerstrebenden Kräfte im Innern unter Loyalitätsdruck und Integrationszwang zu setzen, und durch eine partielle und wohltdosierte Partizipation von Volk und Parteien am Staatsleben.

Schon zu Zeiten seiner Tätigkeit als Gesandter Preußens in Frankfurt am Deutschen Bund hatte Bismarck begriffen, daß eine Neuauflage der alten Metternichschen Dammbaupolitik aus dem „Vormärz“ in die Sackgasse führte, und dass das antirevolutionäre Rezept des hergebrachten Hochkonservatismus, von Repression und von „Autorität, statt Majorität“, über kurz oder lang den Systemwechsel heraufbeschwor. Die Kräfte der Veränderung in einer modernen, industrialisierten Gesellschaft ließen sich weder stilllegen noch unterdrücken, nur kanalisieren und an die Leine der Staatsräson legen. Die Bismarck vorschwebende Spielart moderner konservativer Politik, die ein Novum in der preußischen und deutschen Geschichte darstellte, war die Lenkung, Korruption und Spaltung der oppositionellen Potenzen. In Bismarcks nachgerade berühmt gewordenem Satz: „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen, als erleiden“, ¹ zog sich diese Überzeugung zusammen.

Entsprechend subtil, kalkuliert und ohne ideologische Barrieren handhabte er seine Instrumente. Nach seiner Berufung als „Konfliktminister“ im Herbst 1862 auf dem Höhepunkt des Heeres- und Verfassungskonfliktes, als es um den Fortbestand der alten preußischen Königstradition ging, ließ er am Bundestag in Frankfurt mehrfach den Antrag auf Einberufung eines deutschen Nationalparlamentes stellen. In deutlichem Anklang an das Schattenreich der Liberalen der Paulskirche sollten damit zum einen das habsburgische Vielvölkergebilde und der einer Einigung Deutschlands widerstrebende einzelstaatliche Partikularismus der Bundesfürsten ausmanövriert werden. Zum anderen zielte Bismarck damit auf die Sympathien der von den Liberalen getragenen Nationalbewegung, gemäß seiner Erkenntnis vom März 1859: „Der alleinige, zuverlässige, ausdauernde Alliierte, welchen Preußen haben kann, wenn es sich danach benimmt, ist das deutsche Volk.“ ²

Nach dem grandiosen Sieg bei Königgrätz im Juli 1866 ließ er das preußische Abgeordnetenhaus neu wählen, was den oppositionellen Liberalen eine erdrutschartige



Wie die folgenden Bilder zeigen, wurde Bismarck als prägender Politiker der deutschen bzw. europäischen Geschichte im 19. Jahrhundert auf vielfältigste Weise rezipiert, so zum Beispiel in diesem Huldigungsporträt aus dem Jahr 1898: „Germania ihrem Bismarck“. Quelle: www.billerantik.de

Niederlage bescherte. Dies hinderte ihn freilich nicht daran, alsbald die sogenannte „Lückentheorie“ zu Grabe zu tragen, mit der er bislang sein budgetloses und verfassungswidriges Regiment gerechtfertigt hatte. Zum Entsetzen seiner konservativen Gesinnungsfreunde annektierte er kurzerhand ganze Bundesstaaten, allen voran das Königreich Hannover, und machte mit der „Indemnitätsvorlage“ unvermittelt seinen Frieden mit dem Parlament, – ein wohlkalkulierter Schachzug, der, mit Hintersinn angesetzt, die bürgerliche Opposition schwächte statt stärkte, und in Bismarckfreunde und Bismarckgegner zerschlug. Er hatte genau kalkuliert, dass die Prinzipienreiter von gestern vor seiner erfolgreichen Macht- und Erfolgspolitik im Dienste Preußens kapitulieren würden.

Für die Wahlen zum Norddeutschen Bundestag und später zum Reichstag führte er, europaweit einzigartig,

¹ Bismarck an Edwin von Manteuffel, 11.08.1866, in: Otto von Bismarck: Werke in Auswahl. Jahrhundert-Ausgabe zum 23. September 1862, hg. von Gustav Adolf Rein u.a., Darmstadt 1965, Bd. 3, Nr. 593, S. 797.

² Gespräch mit Viktor von Unruh Mitte März 1859 in: Bismarck (wie Anm. 1), Bd. 2, Nr. 100, S. 255 f.

das von den Sozialisten um Lassalle propagierte allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht ein. Durch die Mobilisierung der königstreuen, ländlichen Schichten sollte die Elitenpolitik des Großbürgertums an der Wahlurne überspielt werden. Und nach der Reichsgründung von 1871 stellte er den diversen Repressionsmaßnahmen, um den oft widerborstigen Reichstag, wie Bismarck sagte, „trockenzulegen“, auch konstruktive und integrative Elemente der Politik zur Seite. Auf der einen Seite gab es gezielte Pressefeldzüge gegen die Widersacher; gab es die Drohung mit der Verfassungsrevision, dem Staatsstreich; wurde das Parlament in Zeiten hochgepeitschter innen- wie außenpolitischer Krisenlagen aufgelöst; wurden die Neuwahlen mit zündenden Parolen zum Plebiszit für oder gegen den Kanzler umfunktioniert; und gab es mit „Sozialistengesetz“ und „Kulturkampf“ eine kalkulierte Sammlungspolitik gegen die sogenannten „Reichsfeinde“. Auf der anderen Seite operierte er aber auch mit paternalistisch-integrativen Instrumenten, um die Bevölkerung an den monarchischen Staat zu binden und die Nation, jenseits des Parteienpartikularismus, zu einen: mit der die Massen elektrisierenden Kolonialpolitik und mit dem europaweit singulären Sozialversicherungswerk der achtziger Jahre.

In Bismarcks politischem Ansatz überlagerten sich mithin moderne und konservative Elemente. Seine Kunst, Politik zu machen, war die einer Legierung von Restauration und Revolution, also Kanalbau statt Dammbau. Ob solcher Methoden haben ihn schon die Zeitgenossen als „königlich preußischen Revolutionär“ (Friedrich Engels) und als „weißen Revolutionär“ (Ludwig Bamberger) bezeichnet. Moderne Buchtitel sind dieser Einschätzung gefolgt. Dabei zeigte sich Bismarck als ein Virtuose der Politik, als ein Mann des Machtkalküls und der Ausmanövrierung der Gegenkräfte. Er verstand es, präzise und mit untrüglichen Blick die Bruchlinien zwischen den Fronten zu diagnostizieren. Und er holte sich seine Verbündeten und Werkzeuge dort, wo es niemand erwartete. Weit davon entfernt, ein ausrechenbarer System- oder Weltanschauungspolitiker mit unverrückbaren Leitvorstellungen und ehernen Prinzipien zu sein, funktionierte er die Politik zum intellektuellen Spiel um, zur „Schachpartie“, wie er sagte. Ihre Züge waren elastisch und doch zielgenau bemessen; lauernd und auslotend, gleichwohl im Risiko wohlkalkuliert. Sie hielten sich Rückzugslinien und Auswege offen und hatten mögliche Gegenzüge der anderen Seite schon vorausberechnet, bevor diese Wirklichkeit wurden. Stets kannte Bismarck mehrere Wege zum Ziel. Ein eindimensionales, ideen- und alternativloses Handeln war ihm fremd. Unerreicht ist bis heute seine Fähigkeit, mit seismographischer Witterung mögliche Gefahrenherde zu antizipieren, ein Problem nach allen Seiten hin profund zu durchdenken, es wie ein Pathologe zu sezieren und das Ergebnis seiner Reflexion in unübertroffener, mes-



1901 wurde zu Ehren des ehemaligen Reichskanzlers ein Denkmal vor dem Berliner Reichstag enthüllt (hier eine Aufnahme aus dem Jahr 1931). Es wurde 1938 von den Nationalsozialisten an den Großen Stern versetzt, um für die von Albert Speer geplanten „Germania“-Monumentalbauten Platz zu schaffen.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Scherl

serscharfer Analytik, in bestechender Klarheit und gewürzt mit eingängigen Metaphern in Denkschriften zu Papier zu bringen.

Denkmal oder Dämon? – Mythos und Erblast des Reichsgründers

Wie hoch aber bemaß sich der Preis, den Nation und Gesellschaft für diese Politik und die unbezweifelbaren Leistungen, die sie hervorbrachte, zu entrichten hatten? Wie fatal war die Weichenstellung der Reichsgründung von 1871 für die Beziehungen nach außen? Sie zurrte die Dauerfeindschaft mit Frankreich fest, sie machte den Machtstaat in der Mitte erpressbar, und das präventiv ausgelegte Bündnissystem, das Bismarck als Antwort auf dieses Dilemma fand, etablierte das Blockdenken auf dem Kontinent als Stilelement internationaler Politik.

Wie hoch war der Flurschaden im Innern, den der ehemalige Deichhauptmann von der Elbe in der deutschen



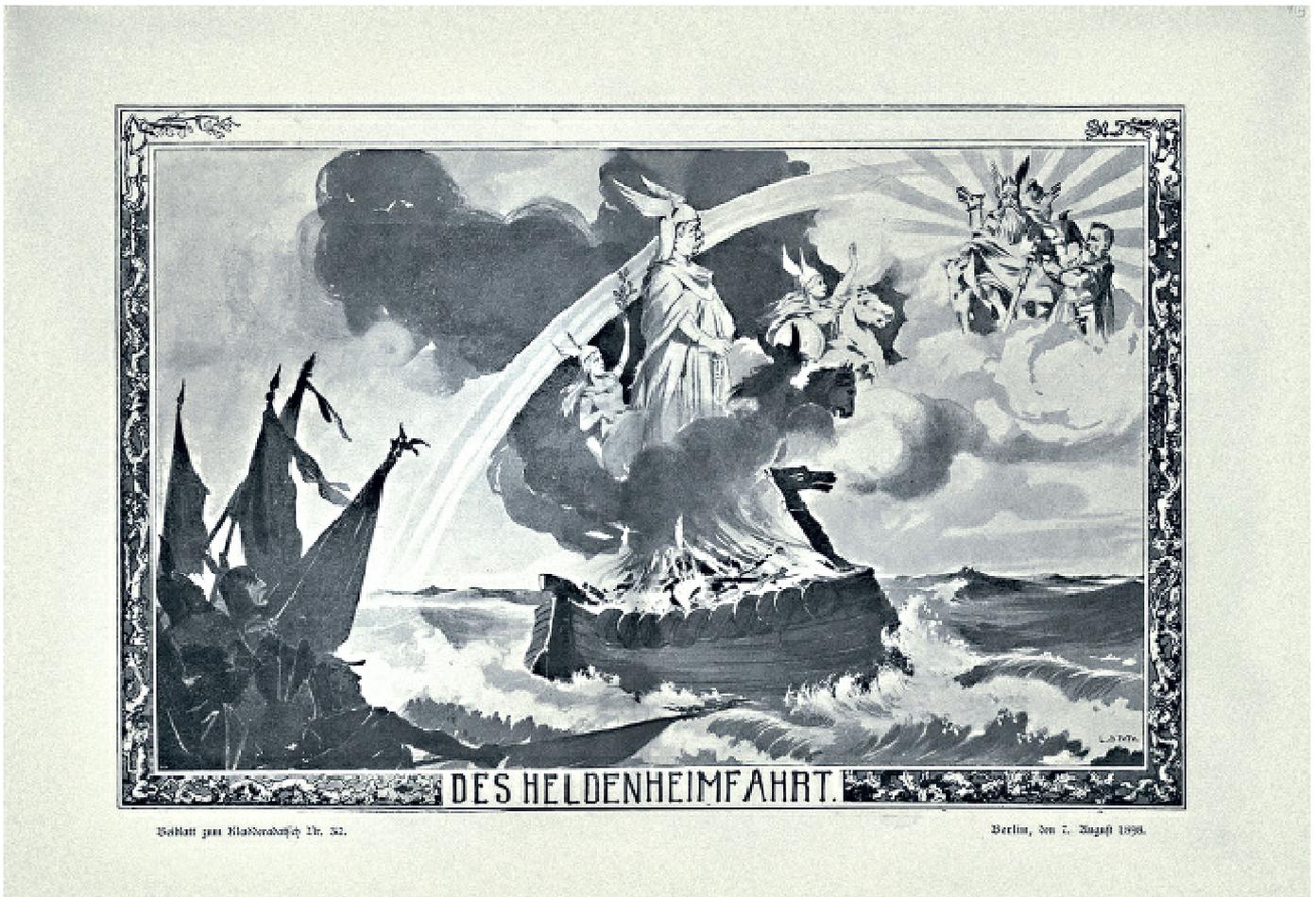
In einer Karikatur anlässlich seines Todes im Jahr 1898 wird Bismarck im Auftrag der Humanität auf den „Haufen“ anderer Despoten und Kriegstreiber geworfen: „Au Tas! ... Le coin des monstres“ („Auf den Haufen!“ ... „Die Ecke der Ungeheuer“).

Quelle: Universitätsbibliothek Heidelberg (Creative Commons-Lizenz CC-BY-SA 3.0 DE)

politischen Kultur anrichtete, wenn er mit seiner Kampfpolitik einen sich durch ganz Deutschland ziehenden Damm errichtete, der die Gesellschaft polarisierte und in Anhänger und Gegner spaltete? Welche Folgen zeitigte es, wenn Bismarck auf die sich wandelnden Gegebenheiten der modernen Gesellschaft keine andere Antwort wusste, als sich, je länger, desto mehr, auf der einmal bezogenen Position einzugeln und sie auf Biegen und Brechen, mit Kniffen, Tricks und Ränkespielen zu verteidigen. Offenbar war er weit davon entfernt, zu begreifen, dass eine moderne Gesellschaft ohne Kompromiss und Ausgleich keinen inneren Frieden, keine Einheit mit sich selbst finden kann. Die konstruktive

Organisierung des Wandels und die Aussichtslosigkeit, ihn auf Dauer bändigen zu können, das blieb Bismarck zeitlebens fremd.

Schon als Bismarck im Sommer 1898 zu Grabe getragen wurde, begannen sich die Geister zu spalten, ob der Einschätzung seiner Leistungen, seiner Methoden und seines Erbes. In zwei Karikaturen, die nicht gegensätzlicher sein konnten, kam dies zum Ausdruck. Auf der einen Seite zelebrierte der „Kladderatsch“ „Des Helden Heimfahrt“: Bismarck, bekränzt mit Siegeslorbeer und angetan mit dem zweiflügeligen Wikingerhelm, wird von einem mit reicher



„Des Helden Heimfahrt“: Karikatur des „Kladderadatsch“ zum Tode Bismarcks im Jahr 1898

Quelle: Universitätsbibliothek Heidelberg (Creative Commons-Lizenz CC-BY-SA 3.0 DE)

Beute beladenen Drachenschiff nach Walhall überführt, wo ihn Wotan (Wilhelm I.) und Thor (Friedrich III.) erwarten. Ganz anders versinnbildlichte der Pariser „Le Grelot“ das Ereignis. Seine Zeichnung zeigte die allegorische Figur der „Humanité“, halb entblößt, mit nacktem Oberkörper, stieren und zornigen Blickes. Mit gebieterisch ausgestrecktem rechtem Arm weist sie ihren zerlumpten, in Holzpantoffeln heranschlurfenden Knecht an, den grausig entstellten Totenschädel Bismarcks, an dem noch die zerfransten Augenbrauen und der zerfurchte Schnurrbart kleben, in die Leichengrube zu werfen, wo die Schädel der anderen Ungeheuer der Menschheit liegen.

Denkmal oder Dämon – das waren und sind die Etiketten, die Bismarck und seinem Lebenswerk bis heute anhaften. „Ich würde gern Bismarck in zwei Teile teilen, damit ich den einen bewundern, den anderen hassen kann“³, so hatte sich schon die Mutter Kaiser Franz Josephs, die Erzherzogin Sophie, geäußert. Und der Althistoriker Theodor Mommsen zog noch vor dem Ersten Weltkrieg eine prognostisch-bittere Bilanz: „Die Gewinne an Macht waren

Werte, die bei dem nächsten Sturme der Weltgeschichte wieder verlorengehen, aber die Knechtung der deutschen Persönlichkeit, des deutschen Geistes, war ein Verhängnis, das nicht mehr gut gemacht werden kann.“⁴

Um diese Zeit war Bismarck schon seit seinem 80. Geburtstag, dem 1. April 1895, im Bewusstsein der Deutschen zum nationalen Titanen und Mythos avanciert. Fünf Jahre nach seiner Entlassung war er zum „Eisernen Kanzler“, zum „germanischen Recken“ und „Roland“, zum Denkmal seiner selbst geworden. Seine als Abrechnungsschrift mit beißendem Spott und Hohn konzipierten, oft kontrafaktischen Erinnerungen, fanden so reißenden Absatz, dass der Verlag mit dem Nachdruck nicht nachkam, und man sich in den Buchhandlungen prügelte, um ein Exemplar zu ergattern. Auf den Anhöhen der Städte schossen allenthalben Bismarck-Türme aus dem Boden, um alljährlich zur Sommwendfeier als leuchtendes Fanal an den größten deutschen Staatsmann zu erinnern und kommenden Generationen von seinen Ruhmestaten zu künden. Mehr als 500 deutsche Städte machten ihn zum Ehrenbür-

³ Zit. bei Rainer F. Schmidt: Bismarck. Realpolitik und Revolution, München 2006, S. 277.

⁴ Zit. bei Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt / Berlin / Wien 1980, S. 707.



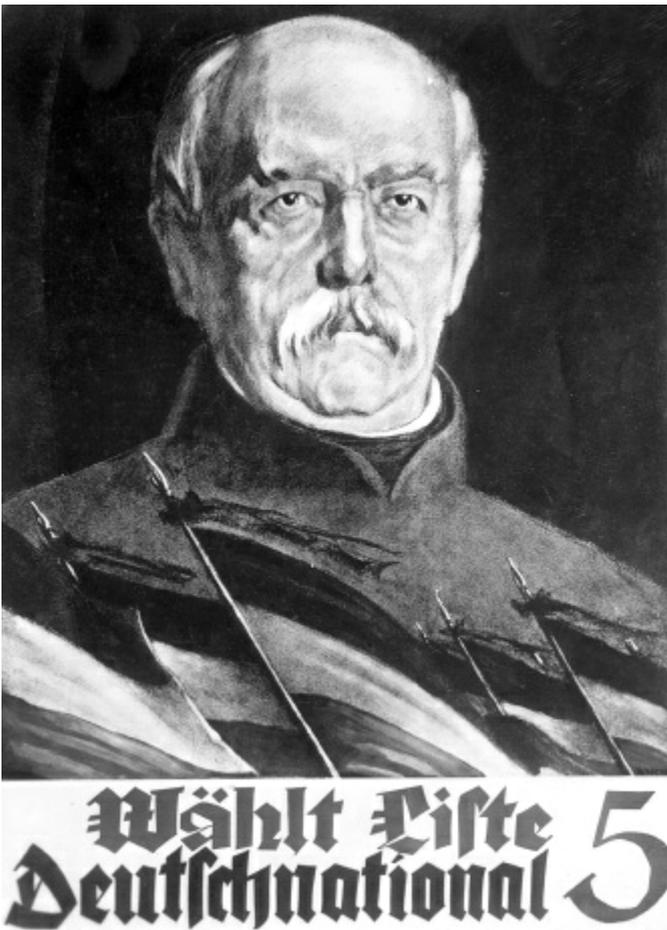
Eine amerikanische Karikatur aus dem Jahr 1886 zeigt Bismarck als „Friedensengel“ auf dem Berliner Kongress 1878 (Künstler: Joseph Keppler). Nachdem er das Reich nach dem Deutsch-Französischen Krieg für „saturiert“ erklärt hatte, nahm der Reichskanzler bei der Beilegung der ersten Balkankrise (1875–1878) die Position eines „ehrliehen Maklers“ ein.

Quelle: ullstein bild/Fotograf: Granger, NYC

ger, errichteten ihm als martialischem Recken des Reiches zahlreiche Denkmäler und benannten Hauptstraßen und prominente Plätze nach ihm.

Je länger, desto mehr entfernte sich die Gestalt Bismarcks von der historischen Person, wurden ihr Mythos und ihr Vermächtnis zum Sinnbild der Einheit und zur Inkarnation der Größe Deutschlands. Das galt schon für das späte Kaiserreich, wo der Bismarckkult auf das Vakuum ei-

ner integrationsstiftenden Symbolik traf. Die Bismarckverehrung substituierte dieses Defizit. Sie kompensierte das Fehlen einer echten Nationalhymne, eines Nationalfeiertages und eigener Reichskleinodien: von Krone, Reichsapfel und Zepter, die bis 1918 nur in bildlicher Form existierten. Es war der in den Schulbüchern und alljährlich aufs Neue in der Öffentlichkeit zelebrierte Heroenkult um die Gestalt Bismarcks, die dem föderativ zerklüfteten und religiös ge-



In der Weimarer Republik vereinnahmte unter anderem die DNVP (Deutsch-Nationale Volkspartei) Bismarck für sich, hier auf einem Wahlplakat zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932.

Quelle: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Scherl



Auch die NS-Propaganda interpretierte Bismarck als Ahnen der NS-Bewegung: Postkarte aus dem Jahr 1933.

Quelle: Historische Bildpostkarten – Universität Osnabrück Sammlung Prof. Dr. Sabine Giesbrecht, www.bildpostkarten.uos.de

spaltenen Gebilde gemeinsame Orientierung und Identifikationspunkt verlieh.

Noch stärker galt dies nach 1918, nach der Kriegsniederlage, nach dem Versailler „Schandfrieden“ und inmitten der jungen Republik, als die politische Rechte mit ihrem Schlachtruf „Zurück zu Bismarck“ seiner kolossalen Führerfigur huldigte, in der glorreichen Vergangenheit schwelgte und in deren Heldentaten Daseinssinn, Zusammenhalt und Neuanfang suchte. Es kam nicht von ungefähr, wenn sich die Historiker der Weimarer Republik seit 1924 daran machten, mit der Herausgabe der „Gesammelten Werke“ Bismarcks der Tristesse der Gegenwart zu entfliehen, um, wie es hieß, „unserer heranwachsenden Jugend und der kommenden Führerschicht unseres Volkes [...] ein leuchtendes Vorbild“ zu geben, „in welcher Weise sie das Ziel, Deutschlands Macht und Größe wiederherzustellen, erreichen kann.“

Bis zur Indienstnahme des Bismarckmythos durch die Nationalsozialisten war es kein weiter Weg. Die Beschwörung der Wiedergeburt von Nation und Führer im sogenannten „Dritten Reich“, konzentriert auf Bismarck und Hitler als analoge Integrationsfiguren, diente zunächst dazu, die nationalsozialistische Bewegung in die preußische Traditionslinie zu rücken. In den späten dreißiger Jahren machte dies dann mehr und mehr einer Instrumentalisierung Bismarcks Platz: als propagandistisches Versatzstück zur Verankerung der nationalsozialistischen Ideologie im Volk und als bloßer Vorbote einer noch gewaltigeren und noch geschichtsmächtigeren Führerfigur.

Nichts verdeutlicht dies eindrücklicher, als die beiden Bismarck-Filme von 1940 und 1942: „Die Reichsgründung“ und „Die Entlassung“. Der Film von 1940 nahm Bismarck ganz ungeniert für die Rechtfertigung der NS-Weltanschauung in Dienst, wenn das Cohen-Blindsche Attentat vom Mai 1866 als Werk eines hasserfüllten Juden gebrandmarkt wurde; wenn in der Gestalt von Bismarcks parlamentarischen Gegnern die ganze Sinnlosigkeit und Ineffizienz des demokratischen Betriebes vorgeführt wurde, dessen kleinmütige und eifernde Geister die große Vision von „Blut und Eisen“ einfach nicht erkennen wollten; wenn der Geheimnisverrat und die Illoyalität der aus England stammenden Kronprinzessin Victoria mit dem Ideal des deutschen Frauenbildes so augenfällig kontrastiert wurde: dem von Bismarcks Frau Johanna als aufopferungsvolle Dienerin ihres Gatten; und wenn der machtlüsterne Napoleon III. sich ungebührlicher Einmischungsversuche in die deutschen Angelegenheiten befleißigte, denen Bismarck eisern widerstanden hatte.

Tatsächlich aber verwies der Film von 1940 schon auf den noch größeren Führer der Gegenwart voraus und auf dessen dem Helden der Vergangenheit überlegenen Genius. Denn Bismarck, so bedeutend seine historische Leis-

tung auch war, hatte das Volk der Deutschen gespalten. Hitler dagegen hatte nach dieser Logik diese schwärende Wunde im nationalen Selbstverständnis durch die Heimholung Österreichs und der Sudetendeutschen geschlossen und Nation und Reich vollendet. Es lag ganz auf der Linie dieses teleologischen Kontinuitätskonstruktes, wenn der Film über „Die Entlassung“ Bismarck, bevor er im März 1890 seine Residenz in der Wilhelmstraße räumen musste, den folgenschweren Satzesatz in den Mund legte, der auf Hitler vorauswies: „Wo ich heute stehe, ist nicht mehr entscheidend. Denn: Was mich überlebt, ist das Reich. Mein Reich. Deutschland. Mein Werk ist getan. Es war nur ein Anfang. Wer wird es vollenden?“

Statt Vollendung, stellten sich alsbald Gewalt, Krieg, Völkermord und Zerstörung ein. Mit dem Reich Bismarcks versank auch der Mythos seines Gründers. Als die Nemesis kam, da ging der Blick zurück und traf auf Bismarck, „die Schlange im Paradies der Menschheit“, wie Papst Pius IX. schon 1874 gesagt hatte.⁵ Jetzt wurde der Kanzler vom Heros und Denkmal zum „Dämon der Deutschen“, zum Götzen, zum Versucher und Verderber, zum Unglücksstifter für alles, was nach ihm kam.

Das begann schon ein Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg mit Friedrich Meineckes Buch über „Die deutsche Katastrophe“. „In der unmittelbaren Leistung Bismarcks selbst“, so schrieb Meinecke und nach ihm unzählige andere, „war etwas, das auf der Grenze zwischen Heilvollem und Unheilvollem lag, und in seiner weiteren Entwicklung immer mehr zum Unheilvollen hinüberwachsen sollte.“ Und Meinecke warf die kardinale Frage auf, „ob nicht Keime des späteren Unheils in ihm von vornherein wesenhaft steckten?“⁶

Vorwürfe und Gegenargumente

Meineckes Frage ist von den ihm folgenden Historikern und Publizisten seither immer prononcierter und schneidender beantwortet worden. Der Tenor der Ergebnisse, die ihre Antworten zutage förderten, verdichtet sich in drei Argumenten und Anklagen an die Adresse Bismarcks.

Seine Berufung zum Ministerpräsidenten und Außenminister Preußens im Herbst 1862, so heißt es erstens, sei eine verhängnisvolle und kardinale Weichenstellung in der deutschen Geschichte gewesen. Durch „Eisen und Blut“ und mit einer „Revolution von oben“ habe Bismarck jenen auf Parlements herrschaft, Demokratisierung der Gesellschaft und Entmachtung des Königtums nach britischem Muster angelegten Trend abrupt abgeschnitten.

Seine Politik habe zweitens die Büchse der Pandora

geöffnet, aus der alles künftige Unglück entwichen sei: die Konservierung antiquierter gesellschaftlicher Strukturen; die Vorrangstellung der alten Eliten in Militär, Diplomatie und Adel, die sich von der Moderne bedroht fühlten und sich mehr und mehr in die Aggression, schließlich in den Krieg flüchteten; die Disposition der Deutschen zum kritiklosen Blick nach oben, ihre Untertanenmentalität und ihre lange fortwirkende und in der Katastrophe endende Sehnsucht nach einem charismatischen Führer.

Und schließlich: die von Bismarck erdachte Verfassung des Kaiserreiches hielt die demokratisch legitimierten Parteien des Reichstages im Vorhof der Macht fest. Die konstitutionellen Dämme des starrsinnigen alten Kanzlers und seine politischen Methoden der Ausgrenzung und Stigmatisierung ganzer Teile der deutschen Bevölkerung verhinderten die Einübung demokratischer Verfahrensweisen: den Kompromiss, die Koalitionsbildung und eine von Vertretern des Volkes kontrollierte Regierung aus dem Parlament. Die Parteien, ja die Deutschen überhaupt, gingen demnach in dem Bewusstsein ins 20. Jahrhundert, dass der ganze parlamentarische Betrieb suspekt sei, dass sein mühsames, zeitraubendes Ringen um den richtigen Weg „undeutsch“ sei. Politik bestand seit Bismarcks Zeiten nicht in der Suche nach Ausgleich, sondern in der Kunst der Feindbestimmung und der Konfrontation. So legte seine Regierungspraxis den Grundstein dafür, dass man sich, statt die Kraft zum Konsens und zur Verhinderung der Diktatur aufzubringen, lieber hinter eisern festgeklopften, programmatischen Positionen verschanzte und den parlamentarischen und politischen Stellungskrieg in Permanenz praktizierte.

Beschreibt all dies, so muss man kritisch einwenden, das Vermächtnis Bismarcks? Wird man seinem historischen Wirken gerecht, wenn man das, was nach ihm kam, auf seine Schultern lädt? Kann ein einzelner Mann, mag seine Strahlkraft und Geschichtsmächtigkeit noch so gewaltig sein, in Haftung genommen werden für die Taten und das Schicksal nach ihm kommender Generationen?

Unbezweifelbar ist, dass die Berufung von 1862 in eine Entscheidungssituation der deutschen Geschichte fiel. Bismarck gab ihr die Richtung in seinem Sinne: auf die Erhaltung des monarchischen Obrigkeitsstaats hin. Aber genauso richtig ist, daß es nach 1890 noch viele Entscheidungssituationen und zentrale Wendepunkte gab, die über das Wohl und Wehe der Nation entschieden, bevor sich der Vorhang senkte. Man denke an den Funktionswandel und die Gewichtsumkehr, die bei dem 1879 geschlossenen „Zweibund“ mit Wien eintraten und die Bismarcks Nachfolger sehenden Auges geschehen ließen. Bismarck hatte stets davor gewarnt, sich von Österreich in das Minenfeld

⁵ Zit. bei Schmidt (wie Anm. 3), S. 281.

⁶ Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946, S. 26.



Der Regisseur Wolfgang Liebeneiner drehte im Auftrag des NS-Propagandaministers Goebbels einen Film über Bismarck. Die hier abgebildete Szene (mit den Schauspielern Walther Franck [li.] und Paul Hartmann) nimmt die Komposition eines Gemäldes des deutschen Künstlers Wilhelm Camphausen auf, das Bismarck als souveränen Sieger mit dem „gebrochenen“ französischen Monarchen Napoleon III. nach der Schlacht von Sedan darstellte. Quelle: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Scherl

der Balkanhändel ziehen zu lassen. Er hatte allen Sirenenklängen aus Wien widerstanden und nicht ausgeschlossen, das sklerotische, aus der Zeit gefallene Habsburgerreich im Augenblick höchster Gefahr seinem Schicksal zu überlassen. Seine Epigonen hatten sich dagegen an die Leine Wiens legen lassen. Sie hatten dafür gesorgt, dass von der ursprünglichen Bündnisintention des Kanzlers, man sei „nur beritten [...] ebenso groß wie der russische Riese“, und Österreich sei „als unser Pferd gedacht“, das man „reiten“ müsse,⁷ nichts mehr übriggeblieben war.

Man denke an das Ergebnis dieser Politik: den Blankoscheck vom 5./6. Juli 1914, der auch in den „Weltbrandtelegrammen“ Bethmann-Hollwegs nach Wien vom 30. Juli, im Angesicht des großen Krieges, nicht widerrufen

wurde. Oder man denke an Hindenburgs widerwilligen Entschluss, sich dem Votum seiner insistierenden und intrigierenden Umgebung zu beugen und Hitler schließlich doch zum Kanzler zu berufen. Es war keineswegs ausgemacht, dass der Sieg der Königsherrschaft über die Parlammentsherrschaft zwangsläufig in den Abgrund führen musste. Dazu waren die Dinge zu komplex und zu vielschichtig. Die Situation war offen und nicht verstellt. Hinzu kommt ein zweiter Punkt. Bismarcks Wirkungsmächtigkeit und die Kontinuität seines Handelns werden relativiert durch zwei säkulare Entwicklungsstränge, die ganz Europa erfassten: durch den Trend zum politischen Massenmarkt und durch das grassierende Fieber des Nationalismus. Gegen beide Strömungen war die alte Kabinetts-

⁷ Niederschrift Schweinitz', 7.11.1896, in: Briefwechsel des Botschafters General von Schweinitz, hg. von Wilhelm von Schweinitz, Bd. 2, Berlin 1928, S. 83/84.

politik, für die Bismarck stand, eine stumpfe Waffe. Die zunehmende Einschaltung der Öffentlichkeit in das politische Geschäft, die Politisierung breiter Schichten und die Einbindung ihrer Interessen ließ eine Massengefolschaft zum Machtfaktor in der Politik werden und machte die Entscheidungsträger zum Medium der Volksseele. Sie atmeten die Stimmung, die sie umgab, ein und strahlten sie wieder ab, mochten sie Kaiser oder Kanzler, Reichspräsident oder „Führer“ heißen.

Der sich radikalisierte, ungestüme Nationalismus war ein flächendeckendes, nicht nur ein deutsches Phänomen. Er konstituierte sich lange, bevor Bismarck die Bühne betrat, und seine Mobilisierung vollzog sich in einem Prozess der international induzierten Selbstaufladung im agonalen europäischen Mächtesystem. Gesteuert und angetrieben wurde er nicht nur von handelnden Individuen, sondern vor allem von überpersönlichen Faktoren in Wirtschaft, Staatensystem und Gesellschaft. Diesen Strom der Zeit konnte auch der „weiße Revolutionär“ nicht aufhalten, bestenfalls kanalisieren und verlangsamen. Bismarck erscheint damit nur als ein retardierendes Moment in der Geschichte. Seine Antworten auf die Herausforderungen waren situations- und zeitspezifisch. Sie können nicht als Blaupause dem übergestülpt werden, was nach ihm kam.

Ganz deutlich wird dies, wenn man sich drittens die Denkwelt seiner Epigonen vergegenwärtigt und in Beziehung setzt zum Erfahrungshorizont Bismarcks. Mit seinem Abgang wurde die Maxime des alten Kanzlers, sich mit dem zu bescheiden, was man erreicht hatte und die Zweifrontenkriegssituation partout zu vermeiden, sofort zu Grabe getragen. Zum Entsetzen der Russen wurde die unterschriftsreife Verlängerung des „Rückversicherungsvertrages“ im Frühjahr 1890 ausgeschlagen. Es war ein ungeheurer diplomatischer Affront, der alsbald das wahr werden ließ, was Bismarck, trotz aller Künstlichkeit der Architektonik seines Bündnissystems, immer zu vermeiden gewusst hatte: die gleichzeitige Bedrohung an beiden Flanken. Sie sollte die deutsche Politik in den kommenden Jahrzehnten vor ein unlösbares Problem stellen und schließlich im alternativlosen, hochriskanten Schließenplan und im Versuch enden, den gordischen Knoten mit Gewalt zu zerhacken.

Zu erklären sind diese diplomatische Torheit und die zentrale Weichenstellung von 1890 denn auch nur damit, dass Bismarcks Parolen von der Selbstbeschränkung als Großmacht in der Mitte des Kontinents, dass seine beständigen Mahnungen vom Verzicht auf politische Muskelspiele in Deutschland allenthalben unpopulär waren. Diese Stimmung von Hybris und Unverwundbarkeit resultierte alsbald in Schlachtfloottenbau, in „Weltpolitik“ und im Ruf nach dem „Platz an der Sonne“. Mit dieser auftrumpfenden Offensive, die die prekäre Situation in der Mitte des Kontinents nicht zur Kenntnis nehmen wollte, hatte Bismarck

nichts zu tun. Seine Welt, das war und blieb der „Alpdruck der Koalitionen“. Ihren Protagonisten hat sie nicht überdauert.

Und dann, Bismarcks Ziele und Methoden: die Veratzstücke aus dem Arsenal des Bonapartismus, die „Flucht nach außen“, um innenpolitische Probleme zu umgehen, und die zähe Verteidigung des erreichten Status quo von 1871. Das waren Instrumente seiner Politik, um den Radikalismus, wie immer man ihn definierte, abzuwehren und die eigene Position, das eigene Programm, zu sichern. Bis heute ist das so geblieben. Mit diesen Werkzeugen operierten auch seine Zeitgenossen: Napoleon III., Cavour, Andrassy, selbst Disraeli, der Führer der britischen Konservativen. Sie alle versuchten, in einer Zeit des Wandels und der Instabilität die Massen in den Dienst konservativer Politik zu nehmen, um dem monarchischen Regiment neue Legitimationsquellen zu erschließen. Auch das „Sozialistengesetz“ und der „Kulturkampf“, so tief die Wunden auch reichten, die der deutschen Gesellschaft geschlagen wurden, brachten kein dauerhaftes Unheil. Denn gerade das Zentrum und die SPD, die „Reichsfeinde“ von einst, wurden, trotz Bismarcks Verfolgung und Diskriminierung, zu den Stützen von Staat und Gesellschaft nach der Jahrhundertwende.

Auch der Vorwurf, Bismarck habe die deutschen Parteien der demokratischen Praxis entwöhnt, trägt bei genauerem Hinsehen nicht weit. Gerade am Verhalten von Zentrum und SPD lässt sich nachweisen, dass dem nicht so war. Als Bismarcks Schlagschatten längst verblasst war, wurden sie ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht gerecht. Das Zentrum blieb in der Weimarer Republik bis 1930 ständig in der Regierung, aber es war, indem es sich mit allem und jedem arrangierte, ein politisches Chamäleon, dem Opportunismus über alles ging und das selbst vor einem Arrangement mit den Nationalsozialisten nicht zurückschreckte. Die SPD, die tragende und bis 1932 stärkste Partei der Republik, war nur in acht von 16 parlamentarisch gebildeten Kabinetten überhaupt vertreten, und fünf der acht stürzten, weil die SPD ohne Blick für das Ganze ihre Minister aus der Regierung abzog. Bis in den Juli 1932 hinein besaßen die republiktreuen Parteien Weimars bekanntlich die Mehrheit im Reichstag. Aber sie wandelten sie nicht in politische Macht und systemerhaltenden Konsens um, um dem Radikalismus von rechts und links zu trotzen. Und schließlich: Ebenso wenig stichhaltig erscheint die These, dass es Bismarck war, der den Deutschen das demokratische Rückgrat brach. Die Weimarer Republik erfreute sich in ihrem Anfangsjahr, trotz Niederlage im Krieg, trotz Hungerwinter, trotz Revolution und anarchischem Aufbruch, eines überwältigenden demokratischen Startkonsensus. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919, mit einer Beteiligung von 83 Prozent der Stimme-



1979 wurde das 1931 an der Brücke zur Münchner Museumsinsel erbaute Bismarck-Denkmal mit Farbbeuteln beworfen und musste aufwändig gereinigt werden.

Quelle: Süddeutsche Zeitung Photo/ Fotograf: Fritz Neuwirth

rechtigten, votierten mehr als drei Viertel der Deutschen für die republiktreuen Parteien: für die „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei. Wenn dies schon im Juni 1920 bei der ersten Reichstagswahl ganz anders war und wenn die Befürworter der Republik fortan bei allen Wahlen in der Minderheit blieben, dann hatte Bismarck daran keinen Anteil. Es sei denn, man macht ihn für die zwielichtige Haltung der SPD bei der Beilegung des Kapp-Putsches und die nachfolgende Lawine einer Gegenrevolution von Links verantwortlich, für die Härte des Versailler Vertrags und dessen Kriegsschuldthese, für Hyperinflation, Ruhrkampf, Reparationen und Separatismus.

Den Studenten, die Bismarck 1895 zum 80. Ge-

burtstag huldigten, gab er seine in Jahrzehnten gereifte Weisheit mit auf den Weg. Man müsse „die Situation akzeptieren, so wie Gott sie macht. Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und nicht lenken, er kann nur darauf hinfahren und steuern, mit mehr oder weniger Erfahrung und Geschick, kann Schiffbruch erleiden und stranden und auch zu guten Häfen kommen“. ⁸ Der Weg zum guten Hafen war mit der Bismarckschen Epoche nicht vermint. Wenn das Schiff der Deutschen in den Stürmen des zwanzigsten Jahrhunderts unterging, dann war Bismarck nicht sein Lotse gewesen.

Vermächtnis, Erbe und Aktualität

Was bleibt als Vermächtnis Bismarcks? Welches Erbe reicht bis in unsere Tage und welche Bedeutung hat es für die Gestaltung gegenwärtiger Verhältnisse?

Ein Faktor der Kontinuität betrifft unser fortgesetztes Denken in festgezurrt nationalstaatlichen Kategorien. Bismarck schuf den deutschen Nationalstaat, indem er die bis dahin politisch zerrissene Mitte des Kontinents einigte, sie zu einer mächtigen Potenz formte und deren nationalstaatliche Interessen definierte und nach außen rigoros, aber mit Augenmaß, verfocht. Das Grundgesetz von 1949 erhob dagegen die Idee der Föderalität zur Handlungsmaxime künftiger Außenpolitik. Es grenzte sich explizit vom traditionellen Nationalismus, von Großmachtdenken und vom imperialistischen Kernbestand der deutschen Geschichte ab. In Artikel 24, Absatz 2, bestimmt es, daß sich der Bund „zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“ soll. Er wird dabei, so heißt es weiter, „in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern“. ⁹

Zum ersten Mal war die deutsche Staatsräson damit als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs nicht mehr nationalstaatlich, sondern supranational definiert worden. Das Ergebnis war die Eingliederung Deutschlands in die westliche Verteidigungsgemeinschaft, die NATO, und vor allem die Zusammenbindung Deutschlands mit seinen vormaligen Gegnern unter dem Dach der Europäischen Union, mit einer gemeinsamen Währung, kollektiven Gesetzen, Verträgen und Vertretungskörperschaften.

Hat diese übernationale Klammer, hat diese Form der überstaatlichen Integration aber den nationalstaatlichen Egoismus der Ära Bismarck aus den Köpfen verdrängt? Ist Thomas Manns berühmte Zielalternative, zwischen einem

⁸ Otto Fürst von Bismarck: Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausgabe), Bd. 13, Reden 1885–1897, Berlin 1930, S. 558.

⁹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1982, S. 32 f.

„deutschen Europa“ und einem „europäischen Deutschland“ optieren zu müssen, endlich entschieden? Oder ist Bismarcks Maxime, dass „Macht vor Recht geht“, nach wie vor aktuell?

Bis heute, fast 60 Jahre nach den Römischen Verträgen von 1957, hat es die Europäische Union nicht vermocht, den Gegensatz zwischen dem Egoismus ihrer immer zahlreicher werdenden Mitgliedstaaten und dem das einzelstaatliche Denken überwölbenden europäischen Gesamtinteresse aufzulösen. An dieser Aufgabe ist sie institutionell gescheitert, was die Akzeptanz und Effizienz ihrer Gremien und die klare Mehrheitsentscheidung bei deren Beschlussfassung angeht. Sie ist aber auch inhaltlich daran gescheitert. Einen Kernbestand an verpflichtenden gemeinsamen Werten, Traditionen, geschichtlichen Erfahrungen und daraus resultierenden konstruktiven Zielsetzungen hat man bis heute weder verbindlich definiert noch kommuniziert. Ein kollektives europäisches Bewusstsein, abgeleitet aus den einzigartigen Errungenschaften der abendländischen Kultur, ihrer Brüche und Lehren, konnte sich daher höchstens in Ansätzen entwickeln. Statt sinnstiftender Integration dominieren Verteilungskämpfe die aktuelle Debatte; anstelle eines integrativen Fundaments mit der Durchsetzung der Regeln von Verträgen, gibt es immer wieder neue gewagte Umdeutungen und prekäre Auslegungen derselben im nationalstaatlichen Interesse; und statt einem effizienten Problemmanagement in der Währungskrise herrscht die beständige Rücksichtnahme auf egoistische Begehrlichkeiten, Befindlichkeiten und Bremsmanöver vor.

Von der Vision eines geeinten Europas, vereinigt in Geist, Überzeugung und Handeln, sind wir noch weit entfernt. Ob dies je Wirklichkeit werden kann, daran hatte schon Bismarck seine Zweifel. Er ließ sich voller Sarkasmus darüber aus, dass ein umspannender Europagedanke jemals zum Maßstab der Politik werden könne, als er vor dem Berliner Kongress zur Kennzeichnung der mit Machtgoisimen aufgeladenen Atmosphäre feststellte: „Ich habe das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten.“¹⁰

Ein zweites Element der Aktualität Bismarcks betrifft die Gestaltung politischer Verhältnisse und die Pole, zwischen denen sie bis heute oszilliert. Noch während seiner Zeit als Gesandter Preußens am Bundestag zu Frankfurt hatte Bismarck mit seinen konservativen Gesinnungsfreunden in Berlin einen wahrhaften Grundsatzstreit auszufechten. Die Tiefendimension des Konfliktes ist bis heute unverändert aktuell geblieben. Damals ging es um die Position, die man

dem kaiserlichen Emporkömmling Napoleon III. und seinen Methoden gegenüber einnehmen sollte. Heute geht es um Asylkompromisse, um die Position in der Ukraine-Frage oder um das globale Eintreten für die Menschenrechte und die Demokratie.

Die preußischen Hochkonservativen, allen voran der Gerlachkreis, vertraten eine an unverrückbaren Prinzipien und dogmatischen Grundsätzen orientierte Politik. Napoleon III. war für sie die Inkarnation der Revolution. Sie dachten in festen Kategorien von Freund und Feind, ihr Denken und Handeln war ganz von religiösen und ethischen Fundamenten, von weltanschaulichen Überzeugungen und legitimistischen Grundsätzen bestimmt. Bismarck dagegen war ein Vertreter der Realpolitik, der dafür eintrat, die dogmatische Enge und Beschränktheit ideologischer Zielvorgaben in der Politik über Bord zu werfen und eine an den nackten Realitäten und am reinen Maßstab des Erfolgs ausgerichtete, elastische Interessenpolitik zu treiben. „Sie können von einem lernbegierigen Diplomaten diese politische Keuschheit nicht verlangen“, so hielt er seinen Freunden und Kritikern entgegen. „Fürchten Sie dabei nicht für meine politische Gesundheit; ich habe viel von der Natur der Ente, der das Wasser von den Federn abläuft, und es ist bei mir ein ziemlich weiter Weg von der äußeren Haut bis zum Herzen.“¹¹

Pragmatismus oder Prinzipientreue – das war der grundlegende Konflikt in der Ära Bismarck. Bis heute ist dies im politischen Geschäft so geblieben. Max Weber hat diese Antinomien in die Formeln von der „Verantwortungsethik“ und der „Gesinnungsethik“ gegossen. Diesem Spagat sind alle politisch Handelnden ausgesetzt. Immer gilt es die Entscheidung zu treffen, ob man moralische und ideologische Maßstäbe zum Leitprinzip des Handelns macht oder ob man den so verführerisch simplen Gegensatz zwischen Gut und Böse aufhebt, sich am Erreichbaren orientiert und hehre Prinzipien unter dem Druck des Faktischen auf dem Altar der Interessenpolitik opfert.

Es gibt noch ein drittes Element der Bismarckschen Zeit, das bis in unsere Tage reicht: die Verantwortung des Politikers für die Folgen seiner Entscheidungen, die gewissenhafte Abwägung von deren Tragweite und die alle Konsequenzen bedenkende Rechtfertigung des Handelns.

Bismarck hat diese Gewissensentscheidung ganz am Beginn seiner politischen Karriere in der sogenannten „Olmützer Rede“ im Dezember 1850 vor der Zweiten Preußischen Kammer in funkelnder Rhetorik formuliert. Sie besitzt bis heute unverminderte Gültigkeit. Damals bezog sie sich auf einen möglichen Krieg Preußens gegen

¹⁰ Diktat Bismarcks, 9.11.1876, in: Die große Politik der Europäischen Kabinette von 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hg. von Johannes Lepsius u.a., Berlin 1922, Bd. 2, Nr. 256, S. 88,

¹¹ Bismarck an Leopold von Gerlach, 15.9.1855, in: Bismarck (wie Anm. 1), Bd. 2, Nr. 35, S. 76.



Das Bismarck-Denkmal im Hamburger Elbpark, enthüllt im Jahr 1906, ist mit 14,8 Meter das größte Standbild des ehemaligen Reichskanzlers und prägt das Stadtbild bis heute, Aufnahme: 2005. Foto: ullstein bild/Fotograf: Schwartz

Russland und Österreich, um auf diesem Wege die Vorherrschaft in Deutschland zu erstreiten. Heute betrifft sie bewaffnete Auslandseinsätze und mögliche sowie jüngste kriegerische Unternehmungen: in Afghanistan, im Irak und Iran, in Libyen und anderswo.

„Es ist leicht für einen Staatsmann [...]“, so ließ sich Bismarck vernehmen, „mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten, und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist. Ich bin der Überzeugung, Sie sehen die Fragen, die uns jetzt beschäftigen, nach einem Jahre anders an, wenn Sie sie rückwärts durch eine lange Perspektive von Schlachtfel-

dern und Brandstätten, Elend und Jammer, von hunderttausend Leichen und hundert Millionen Schulden erblicken werden. Werden Sie dann den Mut haben, zu dem Bauer auf der Brandstätte seines Hofes, zu dem zusammengeschoffenen Krüppel, zu dem kinderlosen Vater hinzutreten und zu sagen: Ihr habt viel gelitten, aber freut euch mit uns [...]. Haben Sie den Mut, das den Leuten zu sagen, dann beginnen Sie diesen Krieg“. ¹²

Auch das gehört zu Bismarck und zu seiner Aktualität. ■

¹² Zit. bei Schmidt (wie Anm. 3), S. 52.

Die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Von Michael Viebig



Justizvollzugsanstalt Halle, Aufnahme 2004 Foto: JVA Halle

„Die Strafanstalt vor dem Kirchthore am Giebichensteiner Wege schreitet rasch ihrer im Laufe des Jahres 1841 zu erwartenden Vollendung entgegen [...]. Den nach dem reizenden Giebichenstein Spazierenden wird die Freude an dem Genuss der schönen Natur durch den steten Hinblick auf diesen Sammelplatz menschlicher Verbrechen und Uebelthaten nicht wenig gestört werden.“¹

Mit diesen Worten beschrieb ein „Volks-Kalender“ die damals weit verbreitete Ansicht, dass die Einrichtung von Gefängnissen wohl unausweichlich sei, dies doch aber wenigstens nicht in der Nähe der eigenen Stadt erfolgen sollte. Mehr als 150 Jahre später beschloss die Regierung des Landes Sachsen-Anhalt, in einem der Häuser des nunmehr als Justizvollzugsanstalt Halle I bezeichneten Gebäudekomplexes eine Gedenkstätte einzurichten. Grund dafür war jedoch nicht das von einer Haftanstalt angeblende ausgehende Gefahrenpotential für eine große Stadt. Zu dokumentieren war vielmehr die politische Instrumentalisierung von Strafverfolgung und Strafvollzug, einer Justiz also, die jegliche ihr eigenen Grundprinzipien verlassen und Opfer in großer Zahl produziert hatte, um in zwei aufeinander folgenden Diktaturen zu deren Machtsicherung beizutragen. Wie kaum eine andere Haftanstalt in Deutschland verkörpert der „Rote Ochse“ diese Entwicklung und fordert damit geradezu heraus, sich am Ort des Geschehens damit auseinanderzusetzen.

Zur Anstaltsgeschichte vor 1933

Bereits zu Beginn der 1830er Jahre reifte in der preußischen Justiz der Plan, zur Entlastung der zwischen Wittenberg und Torgau in dem Städtchen Prettin an der Elbe gelegenen Strafanstalt Lichtenburg eine neue Haftanstalt zu bauen. Neben der begrenzten Aufnahmekapazität und zunehmenden baulichen Mängeln der Lichtenburg dürften jedoch vor allem auch in Preußen stattgefundenen Diskussionen über den Zweck von Strafe und damit einhergehende Diskussionen über verschiedene moderne Strafvollzugssysteme den Ausschlag dafür gegeben haben, entsprechende Bauten zu entwerfen und umzusetzen. So entstand in den Jahren 1838 bis 1842 eine vor den Toren der Stadt Halle gelegene „Straf- und Besserungsanstalt“, die der Volksmund bald „Roter

Ochse“ nennen sollte. Der Name geht offenbar auf die Verwendung roter, gebrannter Ziegel und Porphyrt, einem in der Gegend um Halle häufig als Baumaterial genutzten, rötlichen Feldstein zurück, aus dem alle festen Gebäude und die Außenmauer errichtet wurden. Zudem erfolgte der Transport des Baumaterials und – während der ersten Jahrzehnte des Bestehens der Einrichtung – auch der Gefangenen mit Ochsenfuhrwerken. Die Anstaltsadresse „Am Kirchtor“ geht auf ein Stadttor zurück, das Anstalts- und gegenüberliegende Friedhofsmauer noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts verband. Die auf dem Friedhof befindliche St. Bartholomäus-Kirche wiederum dürfte als Namenspathe des Stadttores fungiert haben. Die Strafanstalt funktionierte nach dem Prinzip des 1823 eröffneten Auburn State Prison (New York, USA), in dem nächtliche Einzelhaft mit gemeinsamer Arbeit am Tage bei strengster Durchsetzung eines absoluten Schweigegebotes kombiniert waren. Sie verfügte zunächst über drei Hafthäuser mit jeweils 112 Zellen und einer Arbeitsetage im Dachgeschoss. Diese bestand aus einem großen Raum, der sich ohne Zwischenwände über die gesamte Fläche erstreckte. Die Häuser gruppierten sich um das sogenannte Hauptgebäude, in dem sich die Verwaltung der Anstalt, Räume für den Schulunterricht, die Wohnung des Direktors und weiterer Beamter befanden. In das Dachgeschoss des Hauptgebäudes war der Kirchenraum integriert. Ihn betreten die Gefangenen über eine Brücke, die jedes Hafthaus mit der Kirche verband. Sie brauchten somit selbst für den Kirchenbesuch den Häuserkomplex nicht verlassen. Im Kirchsaal saßen die Gefangenen in kleinen, durch Bretterwände getrennten Verschlägen, die jeden eventuellen Kontaktversuch unmöglich machte. Dies ist als Bestandteil des Erziehungssystems zu verstehen: durch Schweigegebot während der Arbeit, Einzelhaft bei Nacht und Wahrnehmung ausschließlich des Seelsorgers während des Gottesdienstes sollte der Gefangene perma-

¹ Gemeinnütziger Volks-Kalender für das Gemein-Jahr 1841. Hauptsächlich für die Bewohner des Königl. Preuß. Regierungs-Bezirks Merseburg und der angrenzenden Gegenden, 15. Jahrgang, Halle an der Saale, S. 76.

ment damit beschäftigt sein, die eigene Straftat zu erkennen und sein Tun zu hinterfragen, um sich anschließend bessern zu können.

Noch während des 19. Jahrhunderts wurde der Gebäudekomplex mehrfach erweitert und umgebaut. Ein viertes Haftgebäude und ein Gefängnisfriedhof entstanden bereits als Folge der ersten großen Überfüllung der Anstalt nach der Revolution von 1848/49, später folgten die Errichtung von Wirtschaftsgebäuden, einem Lazarett sowie der Bau mehrerer Beamtenwohnhäuser auf dem Gelände und an der Peripherie der Anlage. Die Belegfähigkeit stieg von 350 auf etwa 500 Gefangene an.² Während der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts diente eines der Hafthäuser als „Weiberanstalt“, das Lazarett war zur selben Zeit um eine als „Irrenanstalt“ bezeichnete Abteilung erweitert. Beide Nutzungsepisoden – historisch gleichwohl sehr interessant – waren bereits vor 1933 wieder beendet.

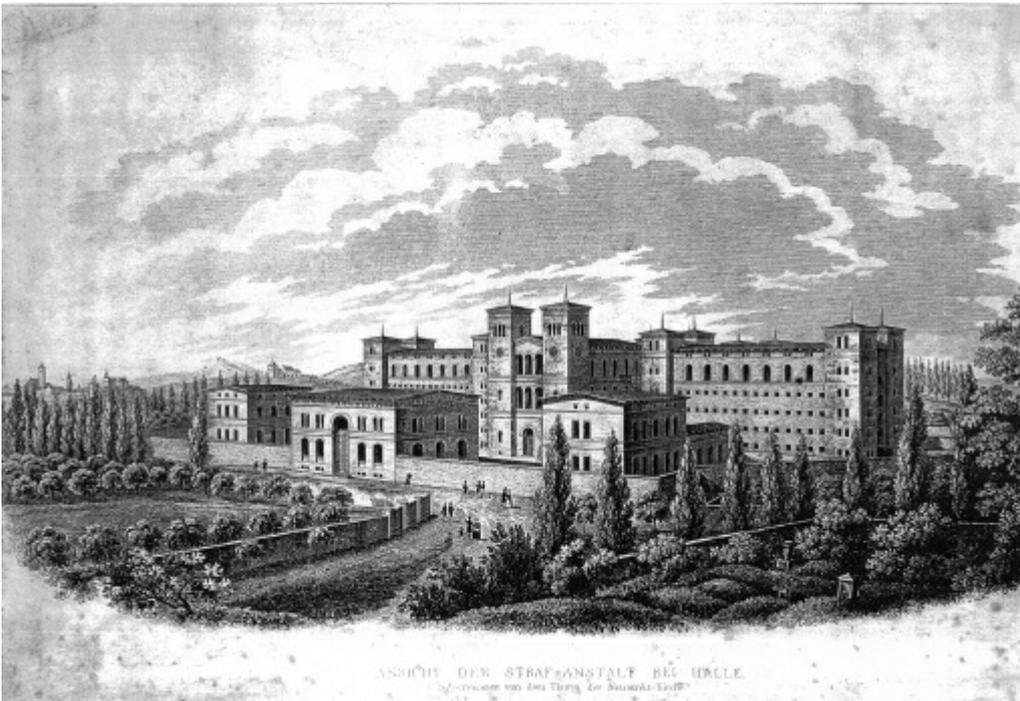
Nutzung während der NS-Diktatur

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme der Nationalsozialisten fungierte der „Rote Ochse“ als Gefängnis, diente also vorwiegend der Vollstreckung leichter und mittlerer Haftstrafen. Die neue Regierung setzte jedoch bereits in den ersten Wochen nach der Machtergreifung mit Hilfe von Sonderverordnungen und Sondergerichten eine justizförmige Verfolgung in Gang, die zunächst explizit der Ausschaltung politischer Gegner diente. Dies ging einher mit der Tatsache, dass die Justiz ihre Haftanstalten den Maßnahmen polizeilicher Willkür – der Inschutzhaftnahme – zur Verfügung stellte. Der „Rote Ochse“, dessen Gefangenenzahlen durch die im Dezember 1932 erfolgte Weihnachtsamnestie des Reichspräsidenten auf unter 500 gefallen war, hatte nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 binnen kurzer Zeit zahlreiche von der SA, der Polizei und Hilfspolizei festgenommene Männer unterzubringen, für die keinerlei richterliche Haftbefehle vorgelegt wurden. Diese Unterbringung war eine Folge der Massenverhaftungen in Halle und der unmittelbaren Umgebung, aus der eine Überfüllung aller anderen Aufnahmemöglichkeiten im Polizei- und dem Gerichtsgefängnis sowie den Reithallen der Reichswehr-Kasernen in der Saalestadt resultierte. Die Einrichtung eines Schutzhaftlagers in der ehemaligen Strafanstalt Lichtenburg im Sommer 1933 und die damit einhergehende Überführung aller Schutzhäftlinge aus Halle in dieses Lager bedeutete für den „Roten Ochsen“ die Rückkehr in seine Funktion als Vollstreckungsort für gerichtlich festgelegte Strafen. Doch geschah auch dies unter veränderten Vorzei-

chen. Als eines der ersten Sondergerichte im Reich war das Mitteldeutsche Sondergericht Halle bereits Anfang April 1933 arbeitsfähig und schickte Verurteilte in schnell steigender Zahl in den „Roten Ochsen“. Schon zu diesem Zeitpunkt trat die Strafvollstreckung gegen Kriminelle in den Hintergrund; der Anteil aus politischen oder rassistischen Gründen Verhafteter stieg stetig. Mit der Umwandlung der Strafanstalt Halle im November 1935 in ein Zuchthaus und dem daraus resultierenden Strafvollzug vor allem gegen Männer, die wegen ihrer Gegnerschaft zum NS-System verurteilt waren, manifestierte sich dieser Sachverhalt. So gehen allein auf Strafverfahren des Kammergerichts Berlin, das ab 1935 in zahlreichen Land- und Amtsgerichten in Mitteldeutschland tagte, weit über 1.200 Inhaftierungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und oppositionellen Gewerkschaftern zurück. Zur selben Zeit führte das Sondergericht Halle zahlreiche Verfahren gegen Mitglieder der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas, deren Zentrale in Magdeburg lag und damit im Zuständigkeitsbereich der halleischen Behörde. Nachweisbar sind ebenso jüdische Gefangene, wie der Arzt Dr. Gustav Flörsheim (geb. 1894), der später in das Zuchthaus Brandenburg verlegt und von dort Anfang 1943 „nach Auschwitz entlassen“ wurde, wie ein Stempel auf dem Deckel seiner Gefangenenpersonalakte dokumentiert.

Wenige Wochen nach Beginn des Zweiten Weltkrieges gelangten die ersten ausländischen Gefangenen in das Zuchthaus Halle, dessen Aufnahmekapazität auf 790 Gefangene erhöht worden war. Unter den durchschnittlich bis zu 1.200 Gefangenen, die sich gleichzeitig im Zuchthaus und den Außenkommandos befanden, gehörten Männer aus nahezu allen Ländern Europas. Sie dürften etwa die Hälfte der Belegschaft ausgemacht haben, waren Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die in „ihren“ Lagern gegen Verordnungen und Anweisungen verstoßen hatten und deshalb gerichtlich belangt worden waren. Die Urteile gegen Deutsche wie Ausländer gingen in den meisten Fällen auf Sondergerichte zurück, jedoch spielte der „Rote Ochse“ ebenso eine Rolle bei der Vollstreckung wehrmachtgerichtlicher Strafen. In den meisten Fällen verbüßten die Gefangenen die ersten Monate ihrer Haft in Einzelgewahrsam und waren voneinander isoliert. Danach wurden sie ihren erlernten Berufen oder Haupttätigkeiten gemäß den zumeist außerhalb der Anstalt befindlichen Arbeitskommandos zugeteilt. Diese waren in fast allen großen Betrieben der Umgebung zu finden, darüber hinaus im Schleusen- und Kanalbau, der die wirtschaftliche Nutzung der Saale sicherte und erweiterte. Kleinere Arbeitskommandos befanden

² Vgl. dazu insbesondere Die Strafanstalten und Gefängnisse in Preußen. Erster Theil: Anstalten in der Verwaltung des Ministeriums des Innern. Im amtlichen Auftrage herausgegeben von Dr. jur. C. Krohne und R. Uber, Berlin 1901, S. 169-178. Der dazugehörige „Atlas“ enthält auf den Blättern 41 und 42 einen Lageplan sowie Ansichten und Schnitte einzelner Gebäude nach dem Stand von 1900.

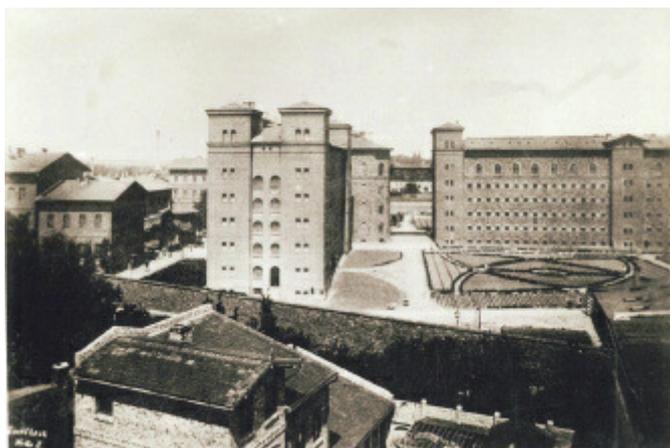


Ansicht der Straf-Anstalt bei Halle, Kupferstich von 1845

Abbildung: Stadtarchiv Halle

den sich jedoch auch in Handwerksbetrieben sowie in der Landwirtschaft. Im letzten Kriegsjahr – so lassen es einzelne Dokumente erkennen – ging die Zahl der Außenkommandos zurück. Stattdessen mussten Gefangenengruppen ausrücken, um nach Luftangriffen Tote und Verletzte zu bergen, Brände zu löschen und Trümmer zu räumen. Das Zuchthaus selbst blieb bis Kriegsende unbeschädigt und nahm nunmehr – da die Stadt Halle zentral im Reichsgebiet lag und über einen großen Eisenbahnknotenpunkt verfügte – viele Gefangene auf, die aus Zuchthäusern und Gefängnissen in Deutschland und den besetzten Gebieten beim Herannahen der Alliierten „evakuiert“ worden waren. Die Totenscheine von Gefangenen, die infolge der bei diesen Transporten erlittenen Strapazen kurz nach Eintreffen im Zuchthaus Halle verstarben, geben Auskunft über den katastrophalen körperlichen Zustand dieser Menschen. Am 17. April 1945 besetzten Angehörige der 104. U.S.-Infanterie-Division unter dem Kommando von Major General Terry de la Mesa Allen das Zuchthaus Halle. Die Einnahme erfolgte kampflos, der Norden der Stadt, in dem auch das Zuchthaus steht, war von der Wehrmacht bereits geräumt worden. Die genaue Zahl der befreiten Gefangenen ist bisher nicht bekannt. Wenige Tage vor der Besetzung, am 11. April, hatte die Direktion noch etwa 500 Gefangene mit der Reichsbahn in Richtung Bayern „evakuieren“ lassen, Straubing und Bayreuth tauchen als Zielanstalten in den Unterlagen auf. Dort allerdings sollte der Transport nie ankommen; er strandete Anfang Mai 1945 auf damaligem sudeten-deutschen Gebiet. Nur etwa die Hälfte der Gefangenen soll zu diesem Zeitpunkt noch gelebt haben.

Im „Roten Ochsen“ fanden die Amerikaner neben vielen männlichen Insassen auch Frauen vor, die seit der bei einem Luftangriff am 31. März 1945 erfolgten Zerstörung des halleschen Frauengefängnisses „Kleine Steinstraße“ ebenfalls im Männer-Zuchthaus untergebracht wurden. Amerikanische Soldaten und Militärpolizei stellten zunächst die Versorgung der Gefangenen mit Lebensmitteln und Medikamenten sicher. Die Gefangenen scheinen in den folgenden Wochen einzeln überprüft worden zu sein; eine Massenentlassung fand jedenfalls nicht statt. Vernommen wurden vor allem die Beamten und Aufseher der Haftanstalt, denn im ehemaligen Lazarettgebäude der Haftanstalt stießen die Befreier auf eine Richtstätte, in der ein Fallbeil und eine Hängenvorrichtung vom wohl schlimmsten Kapitel der Tätigkeit deutscher Justiz in Halle kündeten. Von Ende 1942 bis wenige Tage vor Kriegsende hatten die Scharfrichter hier mehr als 500 Menschen aus 15 Ländern Europas und Nordafrika getötet, darunter 43 Frauen und zahlreiche Jugendliche. Für fast genau die Hälfte der vollstreckten Urteile zeichnen Gerichte der deutschen Wehrmacht verantwortlich, allen voran das Reichskriegsgericht (RKG). Dieser oberste Gerichtshof der Wehrmacht, zuständig u.a. für Hoch- und Landesverratsachen von Wehrmatsangehörigen, bestimmten Verweigerungsdelikten, in Koordination mit dem Volksgerichtshof (VGH) aber auch tätig gegen Widerstandskämpfer aus allen besetzten Gebieten Europas, hatte seinen Sitz im Sommer 1943 von Berlin nach Torgau – und damit in den Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg – verlegt. Innerhalb dieses Bezirks wurden zum Tode Verurteilte jeweils nach Halle gebracht, um dort enthauptet oder er-



*Strafanstalt Halle, Blick in Süd-Nord-Richtung in den Anstalts-
hof, Abbildung von 1886. Zu erkennen sind ein Beamtenwohn-
haus mit Anbau und Niederlagsgebäude (ganz links). An diese
schloss sich – vor der Fassade des nächsten Beamtenwohnhauses
zu erkennen – ein achteckiges Beamtenbade- und Waschhaus an.
Zwischen dem Hafthaus C, dessen Südfassade zu sehen ist und
dem Hafthaus B – D liegt ein gärtnerisch gestalteter Gemüsegar-
ten, der auch als Freiganghof genutzt wurde. Hauptgebäude und
Flügel B–D sind, wie die anderen Hafthäuser auch, im oberen
Stockwerk durch eine Brücke miteinander verbunden. Sie diente
als Übergang zur Anstaltskirche, die sich im Dachgeschoss des
Haupthauses befand. Abbildung: Stadtarchiv Halle*

hängt zu werden. Allein das RKG ließ im Zuchthaus Halle 211 Urteile vollstrecken, darüber hinaus im Sommer 1944 insgesamt 23 belgische „Nacht- und Nebel“-Gefangene im Zuchthaus verwahren, um sie anschließend in einem Waldstück unweit der Haftanstalt durch Angehörige des Wehrmachtstandortkommandos Halle erschießen zu lassen. Zudem veranlassten Wehrmachtgerichte aus Magdeburg, Leipzig, Erfurt und in der Kriegsendphase aus Metz Exekutionen in Halle. Viele der im Zuchthaus vollstreckten Todesurteile gingen auf in Mitteldeutschland tätige Sondergerichte zurück, in Einzelfällen auf Urteile von Sondergerichten in Essen, Hamburg und Berlin, darüber hinaus auf politisch motivierte Strafverfahren verschiedener Oberlandesgerichte. Die Leichname der Gefangenen wurden – sofern die Ortspolizeibehörde sie nicht im Krematorium des Gertraudfriedhofes Halle einäschern und dort beisetzen ließ – verschiedenen Lehr- und Forschungseinrichtungen der Universitäten Halle, Jena und Leipzig zur Verfügung gestellt. Im November 1946 begann die Überführung der sterblichen Überreste zahlreicher Opfer des Nationalsozialismus – darunter auch Hingerichteter – in ihre Heimatländer. Die meisten blieben jedoch auf dem Gertraudfriedhof zurück und sind in drei besonderen Grabfeldern bestattet.

Sowjetische Besatzungsmacht

Die amerikanische Besatzungsphase in Halle währte nur bis zum 30. Juni 1945. Einen Tag später gehörte die Stadt, wie unter den Alliierten vereinbart, zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Das Zuchthaus übernahmen die als Bestandteil der neuen Besatzungsmacht fungierenden Vertreter des sowjetischen Innenministeriums (NKWD). Binnen weniger Tage mussten auf deren Befehl die verbliebenen Gefangenen verlegt werden. In den ersten Monaten nach dem Besatzungswechsel nutzte die Sowjetische Militäradministration (SMA) die Haftanstalt vorwiegend als Repatriierungslager. Hier wurden aus dem Gebiet der Sowjetunion stammende ehemalige Gefangene und Zwangsarbeiter gesammelt, für eine Rückkehr in die Heimat vorbereitet und schließlich dorthin gebracht. Auf die meisten wartete jedoch nicht das Wiedersehen mit ihren Familien, sondern die Verbringung in das stalinistische Straflagersystem (Gulag). Grund dafür war allein der Sachverhalt, die NS-Zeit überlebt zu haben. Dies genügte, um dem Verdacht ausgesetzt zu sein, mit den Nazis kollaboriert zu haben.

Der größte Teil des ehemaligen Zuchthauses füllte sich jedoch mit deutschen Staatsbürgern, die auf Grund unterschiedlicher Verdachtsmomente verhaftet worden waren. Vielen Inhaftierungen gingen Denunziationen voraus. Nur ein äußerst geringer Teil der Verhafteten hatte sich der Beteiligung an NS-Verbrechen schuldig gemacht. Viele waren Mitläufer des Systems oder untere Entscheidungsträger gewesen. Darüber hinaus genügte es, während der NS-Zeit eine Uniform getragen zu haben, um in Haft zu gelangen, wie Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes oder der Deutschen Reichsbahn gewesen zu sein. Zahlreichen sehr jungen Verhafteten wurde vorgeworfen, als Teil sogenannter „Werwolf“-Gruppen an Sabotageakten gegen die sowjetische Besatzungsmacht teilgenommen zu haben. Die meisten der bis Mitte 1950 Inhaftierten – so lange befand sich die Haftanstalt unter ausschließlich sowjetischem Kommando – hatten sich jedoch in irgendeiner Form den Maßnahmen der Besatzungsmacht bzw. der von ihr installierten ostdeutschen Machthaber widersetzt oder standen unter entsprechendem Verdacht. Die im Laufe der Jahre mehrere Tausend Verhafteten lassen sich in zwei Kategorien einordnen: Internierte und von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) Verurteilte. Die ohne Urteil festgehaltenen Internierten gelangten nach relativ kurzfristigem Aufenthalt im „Roten Ochsen“ in die Speziallager Torgau, Mühlberg, Buchenwald oder Sachsenhausen oder direkt in den Gulag („Pelzmützentransporte“). Nach Verurteilung durch ein SMT gab es verschiedene Möglichkeiten: bei Todesstrafe Vollstreckung durch Erschießen – wobei russische Archive bis heute die Herausgabe von Angaben über den genauen Tötungs- und die Bestat-



Gefangene vor dem Flügel B-D, Aufnahme vor 1945

Foto: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

tungsorte verweigern – oder bei Haftstrafe, die in einem Zwangsarbeitslager zu verbüßen war, Abtransport des Verurteilten in Speziallager. Der Verbleib der meisten Opfer dieser Zeit ist ungeklärt. Zahlreiche Verurteilte sind nach 1990 von der Russischen Militärhauptstaatsanwaltschaft in Moskau rehabilitiert worden. Den während der Internierung ums Leben gekommenen bleibt eine solche juristische Anerkennung ihrer Unschuld verwehrt.

Nutzung durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR

Wenige Monate nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik schuf diese im Februar 1950 mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ihre eigene politische Polizei, die gleichzeitig die Position einer juristischen Strafverfolgungs- und de-facto-Anklagebehörde einnahm. Bereits im Herbst 1950 – die Sowjets nutzten den „Roten Ochsen“ noch selbst – erhielt das MfS Haft- und Vernehmerräume zur Verfügung gestellt. Sowjetische Verhörspezialisten fungierten als Vor- und Ausbilder; von ihnen übernahmen Stasioffiziere ihr Instrumentarium und ihr Verständnis einer sozialistischen Rechtskultur. Nachdem die Besatzungsmacht die politische Strafverfolgung mehr und mehr in die Hände von MfS und sich entwickelnder Rechtssprechung ostdeutscher Gerichte übertragen hatte, manifestierte sich dieser Prozess auch in der vollständigen Übergabe der Haftanstalt an die DDR-Behörden. Dieser Vorgang ist zu großen Teilen im Jahr 1952 vollzogen worden. Dass die Stasi den „Roten Ochsen“ in den Folgejahren nicht allein nutzte, sondern mehr als die Hälfte der Fläche sowie drei der vier Hafthäuser dem Ministerium des Innern (MdI) der DDR überließ, hatte zwei Gründe. Im Zuge einer großangelegten Verwaltungsreform verschwanden die fünf leistete.

Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und machten stattdessen 14 Bezirken Platz, deren jeder auch eine eigene Bezirksverwaltung (BV) des MfS erhielt. Für die Bedürfnisse des MfS war der „Rote Ochse“ in Bezug auf Fläche und Einwohnerzahl des neu entstandenen Bezirks Halle schlicht zu groß. Der zweite Teil des Anstaltsgeländes entwickelte sich deshalb bald zu einer der größten Frauenstrafvollzugseinrichtungen der DDR. Daneben befand sich hier noch ein Strafgefangenenarbeitskommando, dessen Angehörige unter anderem den MfS-Fahrzeugpark mitzubetreuen sowie eine Anstaltsgärtnerei und verschiedene andere, dem MfS untergeordnete Arbeitsbereiche, zu bewirtschaften hatten. Beide Anstaltsbereiche – Frauenstrafvollzug und MfS-Untersuchungshaftanstalt (UHA) – wurden Mitte der 1950er Jahre durch eine Mauer getrennt. Die Lösung beider Bereiche vervollkommneten die Stasi-Verantwortlichen auch dadurch, dass selbst die Verbindungsbrücke zwischen dem von ihnen benutzten Hafthaus A und der ehemaligen Anstaltskirche abgerissen und die Durchgänge vermauert wurden. Das Kircheninventar war bereits 1953 herausgerissen und entfernt, die Kirche zu einem gesichtslosen Versammlungsraum umfunktioniert worden.

Im „MfS-Objekt Am Kirchtor“, wie der Stasi-Bereich der Anstalt dienstintern bezeichnet wurde, befanden sich in den folgenden Jahrzehnten eine ganze Reihe der mehr als 20 Abteilungen und unterstellte Bereiche der MfS-BV. Die detaillierte Nutzungsabfolge in den einzelnen Jahrzehnten gilt es noch zu erforschen, standen der Stasi doch spätestens seit dem Bezug der neuen Bezirksverwaltung am Gimritzer Damm (Halle-Neustadt) im Jahr 1971 umfassendere „Arbeitsmöglichkeiten“ zur Verfügung. Im „Roten Ochsen“ verblieben vier Bereiche. Das Hafthaus A, während der NS-Diktatur u.a. mit einer besonderen Untersuchungshaftabteilung für ausgewählte, vorwiegend politische Gefangene und ab 1943 mit Todeszellen ausgestattet, verblieb in den Händen der Abteilung IX (Untersuchungshaftvollzug). Die Vernehmungen lagen in der Verantwortung der in die oberen Etagen des ehemaligen NS-Hinrichtungsgebäudes eingezogenen Abteilung XIV (Untersuchungen, Ermittlungsverfahren). Daneben nutzten auch die Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) sowie die Arbeitsgruppe XXII (Terrorabwehr) die Gebäude des Komplexes. Das „Vernehmergebäude“ war zugleich Wirtschaftsgebäude: Die Trennwände der auch hier vorhandenen ehemaligen Todeszellen im Keller des Hauses wurden entfernt, die nun entstandenen größeren Räume als Gefangenenküche nebst Kartoffelschälanlage und Geschirrspüleinrichtung genutzt. Der ehemalige Hinrichtungsraum wurde zu einer Gefängniswäscherei, wobei das 1942 eingebaute Gullysystem gute Dienste bei der Ableitung der Seifenlaugen

Etwa 10.000 Gefangene, davon mehr als 1.600 Frauen, durchliefen die MfS-Untersuchungshaftanstalt Halle bis Herbst 1989. Nach Berlin-Hohenschönhausen ist die Einrichtung damit die zweitgrößte derartige Einrichtung in der DDR gewesen. Ein Grund dafür, dass sich die Stasi im Bezirk Halle offenbar schneller und rigider für die Inhaftierung entschied, als das in anderen Bezirken der Fall war, scheint in der „Verantwortung“ des Dienstes auch für die Überwachung der chemischen Großbetriebe Leuna und Buna sowie des Agfa-Nachfolgers ORWO Wolfen zu liegen. Diese für die DDR-Wirtschaft lebenswichtigen Einrichtungen galt es mit allen Mitteln vor Störungen und Störern jeglicher Art zu schützen. Zu letzteren gehörten Menschen, die sich über die stetig schlechter werdenden Arbeitsbedingungen beschwerten, Informationen darüber nach außen zu bringen drohten oder sich einfach die immer katastrophaleren Umweltschäden nicht mehr gefallen lassen wollten, die aus der rücksichtslosen Auslastung der veralteten und auf Verschleiß fahrenden Anlagen resultierten. Die Auswertung vorhandener Unterlagen lässt Rückschlüsse darauf zu, wie und in welchem Umfang sich die „feindlich negative Objekte“ des Staates im Laufe der Jahre änderten. Waren es Anfang der 1950er Jahre zunächst Menschen, die aus bürgerlichen, christlichen oder sozialdemokratischen Positionen heraus mehr oder weniger offen gegen die SED-Herrschaft opponierten, wechselte das Feindbild spätestens in der Ära Honecker ab 1971 mehrheitlich zu Menschen, die eine Ausreise aus der seit 1961 eingemauerten DDR anstrebten oder sich – erfolglos – durch Flucht aus dem „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ hatten verabschieden wollen. In den letzten Jahren des Bestehens dieses Staates traten daneben wieder mutige Bürger, die ihre Sympathien für den Prager Frühling verbal und mit sichtbaren Gesten zum Ausdruck brachten, die Friedens- und Umweltgruppen gründeten und mit kleinen, aber wirkungsvollen Aktionen zeigten, dass es eine sinnvolle Freizeitgestaltung jenseits der SED-gelenkten „Freien Deutschen Jugend“ und „Gesellschaft für Sport und Technik“ gab. Die Opfer des MfS-Zugriffs erlebten eine politische Polizei, die ein anderes Gesicht des Sozialismus verkörperte, als jenes, das der die Begriffe „demokratisch“ und „Republik“ in seinem Namen führende Staat zu verkörpern vorgab. Die Folgen strikter Einzelhaft mit Schlafentzug durch nächtelange Verhöre verbanden die Vernehmer mit gezielter psychischer Verunsicherung, indem man sich weigerte, dem Verhafteten mitzuteilen, wo er sich eigentlich befand. Den Inhaftierten war die Möglichkeit genommen, sich selbst zu orientieren: In den „Roten Ochsen“ waren sie mittels Gefangenentransporter überführt worden, aus dem ein Herausschauen nicht möglich war; die Fahrt selbst innerhalb der Stadt konnte Stunden dauern. Die Zellenfenster im Haftgebäude waren mit Glasbausteinen vermauert,

eine Orientierung also auch hier nicht möglich. Ob die Familie von der Verhaftung wusste, welche Details die Vernehmer kannten, wer mitverhaftet war, was aus den zurückgebliebenen Kindern wurde – dies waren Informationen, die von der Stasi als Teil der psychologischen Kriegsführung gegen Gefangene in unterschiedlicher Form genutzt wurden, die man erteilen, verfälschen oder verweigern konnte. Nach der Verlegung in Hafträume mit zwei oder drei Mitgefangenen musste man damit rechnen, dass der oder die Mitgefangene das im vermeintlich vertraulichen Gespräch zwischen „Schicksalsgenossen“ ausgetauschte dann aber als „Zellinformatoren“ an die Stasi-Vernehmer weitergaben.

Die durchschnittliche Untersuchungshaftdauer im „Roten Ochsen“ lag bei sechs Monaten. Dann folgte der Prozess vor einer Strafkammer des Kreis- oder des Bezirksgerichts, in wenigen Fällen auch des Obersten Gerichts der DDR. Die dabei verkündete Haftstrafe verbüßten die Gefangenen anschließend in den offiziell vom Ministerium des Innern (Mdi) der DDR betriebenen Strafvollzugseinrichtungen und Haftarbeitslagern. Seit Mitte der 1960er, verstärkt aber seit Anfang der 1970er Jahre, entwickelte sich ein Häftlingsfreikauf, der offiziell durch kirchliche Einrichtungen der Bundesrepublik vorangetrieben wurde. Die genaue Zahl der ehemals in halleischer MfS-Untersuchungshaft befindlichen Männer, Frauen und Jugendlichen, die im gesamten Zeitraum bis Ende 1989, als die letzten freigekauften, politischen Gefangenen die DDR-Anstalten Richtung Notaufnahmelager Gießen verlassen konnten, ebenfalls in die Bundesrepublik gelangten, ist bisher nicht ermittelt worden. Es dürften allerdings einige Tausend gewesen sein.

Vernehmer aus dem „Roten Ochsen“ sind ebenso wie Mitarbeiter anderer MfS-Abteilungen in die Maßnahmen der SED-Führung gegen Organisatoren und Teilnehmer an den Demonstrationen in Halle im Herbst 1989 einbezogen gewesen. Ob es aber eine größere Zahl von Zuführungen in die Untersuchungshaft „Am Kirchtor“ gegeben hat, darf bezweifelt werden. Am 5. Dezember 1989 schließlich suchten Vertreter des in der Stadt Halle entstandenen Bürgerkomitees zunächst die Stasi-Zentrale am Gimritzer Damm auf, um wenig später auch die Leiter der Stasi-Abteilungen im „Roten Ochsen“ in Kenntnis zu setzen, dass diese ihre gegen die Menschen des eigenen Staates gerichtete Tätigkeit einzustellen hätten. Allerdings sollte es noch mehrere Wochen dauern, bis die politische Situation für die praktische Umsetzung dieses Wunsches auch den nötigen Nachdruck entwickelt hatte. Bis dahin standen Aktenvernichtung und das Unbrauchbarmachen von technischen Anlagen und Geräten im Mittelpunkt der Eigenabwicklung der Stasi-Abteilungen im „Roten Ochsen“. Erst im Frühjahr 1990 verließen die letzten Mitarbeiter die ehemalige Untersuchungshaftanstalt der MfS-Bezirksverwaltung



Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), Zugangsbereich, Aufnahme 2006

Foto: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Halle. Die von ihnen aufgegebenen Gebäude wurden bald in das Nutzungskonzept einer nach rechtsstaatlichen Maßstäben zu führenden Justizvollzugsanstalt Halle übernommen. Lediglich das Vernehmergebäude sollte ab 1995 seiner Vergangenheit verbunden bleiben.

Die Entwicklung der Gedenkstätte

Revolutionsteilnehmer von 1848/49, „Kaiserattentäter“ ab Mitte der 1880er Jahre, Revolutionäre und Rechtsextreme in der Weimarer Republik – bereits die Jahrzehnte vor Hitler warteten mit einem interessanten Spektrum an politischen Inhaftierten des „Roten Ochsen“ auf, das zu untersuchen lohnen würde. In den Mittelpunkt der Gedenkstättenarbeit musste jedoch unweigerlich die auf diesen Ort bezogene Erforschung und Dokumentation der nationalsozialistischen Justiz treten sowie die als Ergebnis der NS-Diktatur hier folgende Internierung und Verurteilung von Menschen unter dem Kommando der sowjetischen Besatzungsmacht bzw. die daraus erwachsene Nutzung eines Teils der Anstalt

durch das MfS der DDR, die bis 1989/90 andauern sollte. Das Gedenkstättengebäude selbst verkörpert diese Entwicklung: Als Lazarett in der Kaiserzeit gebaut, wurde das Gebäude von den Nazis als Hinrichtungsstätte umfunktionierte und vom Staatssicherheitsdienst der DDR der NS-Justiz zum Vernehmertrakt gemacht. So waren es folgerichtig ehemals vom MfS inhaftierte Menschen, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR einen Ort forderten, an dem ihrer Leiden und des ihnen zugefügten Unrechts gedacht werden könne und die Schuldigen benannt würden. Diesem Ansinnen folgend setzte die Landesregierung Anfang der 1990er Jahre eine Expertenkommission ein, die im Ergebnis ihrer Arbeit jedoch einen Gedenkort nahelegte, der den Opfern beider deutscher Diktaturen gewidmet sein sollte. Darüber hinaus hatte er die Dokumentation der Lebenswege von Menschen einzubeziehen, die ab Sommer 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht im „Roten Ochsen“ interniert und verurteilt worden waren. Nur eine geringe Zahl von ihnen, so stellte sich bald heraus, war wegen der Beteiligung an NS-Verbrechen beschuldigt. Die

meisten galten eher als potentielle Gegner der neu entstehenden Ordnung.

Im Februar 1995 setzen Recherchen ein, mit Hilfe derer die Eckpunkte der historischen Entwicklung herausgearbeitet, die Quellenlage analysiert und die Möglichkeiten zukünftiger konkreter Gedenkstättenarbeit benannt wurden. Daneben erfolgte eine Beräumung des Gebäudes selbst, das seit 1990 für die Einlagerung von nicht mehr benötigtem Inventar aus dem zu DDR-Zeiten als Frauenhaftanstalt genutzten Teil des „Roten Ochsen“ hatte erhalten müssen. Bereits ein Jahr später – am 15. Februar 1996 – eröffnete der damalige Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Manfred Püchel, eine erste provisorische Dauerausstellung. Auf etwa 20 Tafeln in drei Zellen im ersten Obergeschoss des Gebäudes versuchte die Ausstellung Baugeschichte, die Nutzung durch die NS-Justiz, die Einrichtung der Richtstätte sowie die Internierungs- und Spruchpraxis der sowjetischen Besatzungsmacht und MfS-Untersuchungshaft zu dokumentieren. Wenig später erschienen wesentliche Forschungsergebnisse in Form einer kleinen Publikationsreihe.³ Die permanent erweiterte Forschung zur Geschichte des Ortes, seiner Insassen sowie der Behörden, die ihm die Gefangenen zugeführt hatten, mündete Anfang der 2000er Jahre in der Entscheidung, das gesamte Gebäude zu einer Gedenkstätte auszubauen und nicht nur die wenigen Räume zu nutzen, die bis dahin zur Verfügung standen. Diese Entscheidung ging einher mit zwei weiteren wichtigen Sachverhalten: dem schlechten baulichen Zustand des Gebäudes, der eine weitere öffentliche Nutzung nicht mehr zuließ – und der erst seit 1998 auch mit Originalquellen belegte Aspekt, dass es sich bei dem Gedenkstättengebäude nicht „nur“ um das Vernehmergebäude des MfS, sondern zugleich um das Hinrichtungsgebäude der Nazis gehandelt hatte. Wenig später konnte dieser Befund auch bauarchäologisch nachgewiesen werden, als unter den Fliesen eines als Wäscherei genutzten Raumes das Fundament der Guillotine, die bis April 1945 dort gestanden hatte, und nach dem Krieg vermauerte Türfüllungen und Fenster wieder freigelegt werden konnten. Die Nutzung des Hauses als Vernehmergebäude des MfS war dagegen von der Gebäudestruktur und anhand des vorhandenen Inventars relativ leicht nachzuvollziehen, hatte es doch nach dem Abzug der Stasi im März 1990 keine Veränderungen mehr gegeben.

Die Neuerarbeitung der Dauerausstellungen in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) erfolgte durch eine Gruppe wissenschaftlicher Mitarbeiter unter Leitung des damaligen Referatsleiters Gedenkstätten beim Landesverwaltungsamt, Dr. Lutz Miehe. Am 15. Februar 2006 – genau zehn Jahre nach Eröffnung des „Provisoriums“ – konnte Ministerpräsident Dr. Wolfgang Böhmer der Öffentlichkeit zwei Dauerausstellungen übergeben, die sich über insgesamt drei Etagen des Hauses erstrecken und die unterschiedlichen Facetten politischer Justiz dokumentieren.⁴ Die Umgestaltung des Gebäudes sowie die Erarbeitung der Dauerausstellungen finanzierten zu gleichen Teilen die Bundesregierung sowie das Land Sachsen-Anhalt. Einen großen Beitrag leistete darüber hinaus die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Der Umbau selbst erfolgte unter strikter Beachtung denkmalpflegerischer Aspekte und verbindet die historische Nutzungsabfolge der einzelner Gebäudeteile und Etagen mit den dort jeweils präsentierten Ausstellungsinhalten. Daneben galt es von Beginn an zu berücksichtigen, dass der Schwerpunkt zukünftiger Gedenkstättenarbeit neben Räumen für die Dokumentation der Geschichte vor allem Platz für pädagogische und andere Öffentlichkeitsarbeit erfordern würde. Die dafür notwendigen Räume sind aber ebenso Teil der „historischen belasteten“ Bausubstanz, ein behutsamer Umgang damit war also geboten.

Ein Jahr später wurde mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt eine landeseigene Stiftung öffentlichen Rechts mit dem gesetzlichen Auftrag gegründet, „durch ihre Arbeit dazu beizutragen, dass das Wissen um die einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen bewahrt und weitergetragen wird. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten.“

Grundlage der Arbeit der Stiftung sind der wissenschaftliche Forschungsstand und die fachlichen Standards der politischen Bildung nach dem Beutelsbacher Konsens: 1. dass nicht emotional überwältigt, sondern zu freier Urteilsbildung befähigt werden soll, 2. dass Kontroverses auch kontrovers darzustellen ist, 3. dass mehrere Perspektiven auf ein und denselben Gegenstand ermöglicht werden und dass 4.

³ Kurt Fricke, Die Justizvollzugsanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale 1933–1945. Eine Dokumentation, Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Heft 3, Magdeburg 1997; Michael Viebig, Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942 – 1945), Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Heft 5, Magdeburg 1998; Alexander Sperk, Die MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale von 1950 bis 1989. Eine Dokumentation, Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Heft 4, Magdeburg 1998.

⁴ Katalog zu den Dauerausstellungen: Daniel Bohse und Alexander Sperk (Bearb.), Der ROTE OCHSE Halle (Saale). Politische Justiz 1933–1945 und 1945–1989, Berlin 2008.



Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), NS-Ausstellung, Hinrichtungsraum, Aufnahme 2006

Foto: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

zielgruppenorientiert zu kritischer Reflektion angeregt wird.

Im Hinblick auf einen differenzierten Umgang mit den verschiedenen Epochen deutscher Zeitgeschichte folgt die Arbeit der Stiftung der Leitlinie, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen unter kommunistischer Herrschaft nicht relativiert und diese Verbrechen durch den Hinweis auf die NS-Verbrechen nicht bagatellisiert werden dürfen.

Die Ausstellungen

Die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) ist die einzige Einrichtung in Sachsen-Anhalt, die alle drei hier genannten Unrechtssysteme untersucht, dokumentiert und in pädagogische Arbeit münden lässt. Dies stellte und stellt eine besondere Herausforderung dar, geht man davon aus, dass die Mehrzahl der Besucherinnen und Besucher junge Menschen sind, Schüler und Studierende, die weder die NS-Diktatur noch die DDR-Gesellschaft selbst erlebt haben.

Die Gedenkstätte versucht dies auf verschiedenen Ebenen umzusetzen:

1. Die einzelnen zeitlichen Epochen sind klar voneinander getrennt (Kellergeschoss: NS-Dokumentation – 2. Obergeschoss: Sowjetische Besatzungsmacht und MfS der DDR). Einige original erhaltene Räume im ersten Obergeschoss ergänzen die MfS-Dokumentation, überlagern jedoch nicht die sonstige Nutzung dieser Etage als Sonderausstellungs- und Seminarbereich.

2. Die einzelnen Ausstellungen benutzen unterschiedliche Materialien und Farben für die Ausstellungstafeln. Die SMT/MfS-Ebene ist stark durch den Einsatz von filmischen Sequenzen – Dokumentaraufnahmen und vor allem Zeitzeugeninterviews – geprägt. Da derartige Mittel für den NS-Bereich nur in geringem Umfang bzw. gar nicht zur Verfügung stehen, haben sie dort nur eine sehr zurückgenommene Bedeutung.

3. Die NS-Ausstellung dokumentiert Sachthemen (Der „Rote Ochse“ im Gefüge des NS-Strafvollzuges, Die Gerichte, Die Richtstätte) und nutzt chronologische Abfolgen nur, wo dies unbedingt nötig ist. Im letzten Teil der Ausstellung befindet sich ein leerer Raum – der ehemalige Hinrichtungsraum mit freigelegten baulichen Relikten – quasi als Objekt in der Mitte und gruppiert alle anderen relevanten Themen um diesen Raum herum. Der MfS-Bereich folgt dagegen einer mehr chronologischen Geschichte der politischen Verfolgung in der DDR und ergänzt diese durch biografische oder einzelne Sachthemen.

Die NS-Ausstellung gliedert sich im Wesentlichen in vier Bereiche. Der erste Bereich dokumentiert den NS-Strafvollzug im „Roten Ochsen“, zeigt dessen Anfänge auf, nennt politische und „rassisch“ motivierte Justiz und die dazu gehörigen Opfergruppen, geht auf den Arbeitseinsatz in der Haftanstalt, Entlassungen und Überstellungen sowie den Kriegseinsatz von Strafgefangenen ein und nimmt abschließend Tätigkeitsfelder von Beamten in den Blick. Ein zweiter Bereich widmet sich dem Sondergericht Halle, dem Kam-



Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), NS-Ausstellung, Raum Gerichte, Aufnahme 2006

Foto: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

mergericht und dem Volksgerichtshof sowie – stellvertretend für die Justiz der Wehrmacht – dem RKG. Die (reduzierte) Darstellung der Aufgabenfelder dieser Gerichte wird über kurze Täter- und Verurteiltenschicksale realisiert und mit originalen Filmsequenzen („Verräter vor dem Volksgericht“, 1944) ergänzt. Der Raum zeigt, dass der NS-Staat – ohne auf überkommene Strukturen zu verzichten – eine parallele, auf seine diktatorischen Erfordernisse zugeschnittene Strafjustiz entwickelte, die mehr und mehr alle wesentlichen Aufgaben der Strafverfolgung übernahm. Der dritte Ausstellungsbereich umfasst die Dokumentation der Richtstätte und der hier erzeugten Opfer. Ausgehend von einfachen Informationen in einem im Hinrichtungsraum hinterlegten Totenbuch, das nur Namen, Vornamen, Geburts- und Sterbedaten enthält, nehmen die Informationen in den folgenden Räumen zu: Welche Widerstandsgruppen oder andere Verbindungen von Menschen gab es? Was geschah mit den Leichen? Welche Lehr- und Forschungseinrichtungen übernahmen „Material“? Welchen Verwaltungsschriftverkehr erzeugten Scharfrichter? Bedingt durch die vorwiegend sehr kleinen Räume können die genannten Themen sehr konzentriert und voneinander getrennt angeboten werden, ohne dennoch den Zusammenhang zu verlieren. Der Übergang in den letzten Dokumentationsbereich erfolgt durch die Präsentation großformatiger Fotos von Frauen; Fotos, die in die ersten beiden Tage der Befreiung durch U.S.-Truppen zu datieren sind und unverfälschte Situationen darstellen. Bei einigen der abgebildeten Frauen sind keine weiteren, als die durch den Fotografen auf der

Rückseite der in amerikanischen Archiven aufbewahrten Originalabzüge notierten Informationen bekannt. Andere Frauen konnten identifiziert und ihre Schicksale in verschiedene Dokumentations-, pädagogische und sogar künstlerische Ebenen übertragen werden. So zeigt eines der Fotos zwei alte Frauen, „zum Tode verurteilt wegen Lebensmitteldiebstahls“, wie es das Etikett ausweist. Eine der Frauen konnte später identifiziert werden. Sie war bei Kriegsende 72 Jahre alt und wurde für einen Diebstahl zum Tode verurteilt, der ihr nicht nachgewiesen werden konnte und den sie nicht zugegeben hatte. Die Recherchen der Gedenkstätte führten auch zu dem letzten Belastungszeugen aus dem im Februar 1945 stattgefundenen Gerichtsverfahren, einem damals acht Jahre alten Jungen. Seine Geschichte und der Inhalt der Gerichtsakte führten zur Inszenierung eines Theaterstückes, das am 17. April 2010, dem 65. Jahrestag der Befreiung auch dieser alten Frau – und der Entstehung des Fotos – in der Anstaltskirche der JVA Halle aufgeführt wurde.

Die Ausstellung in der „NS-Etage“ ehrt die Opfer durch Aufdeckung dessen, wie die Justiz und die mit ihr verflochtenen Behörden mit ihnen verfahren. Dies geschieht vor allem durch die Darstellung der Tätigkeit von Richtern, Staatsanwälten, Beamten des Strafvollzugs, Henkern, Standesbeamten, Verwaltungsfachleuten, Anatomen, Rechtsmedizinern, Rasse- und Völkerkundlern, Durchführenden von Medikamentenversuchen, Geistlichen, Dolmetschern, Bestattungsunternehmern, Friedhofsarbeitern. Sie soll zeigen, wer alles beteiligt und wer Mitwisser war, wer manch-

mal kleine Spielräume nutzte, um ein wenig zu helfen und wer, wie z.B. der Leipziger Rassen- und Völkerkunde professor Otto Reche in Auslebung von deutschem Opportunismus „die günstige Gelegenheit“ nutzte, um an Hautproben von „Fremdrassigen“ aus der Richtstätte Halle zu kommen. Nur so kann man zeigen, wer wie und warum funktionierte und dass vieles in ähnlichen Situationen noch heute denkbar wäre. Nur in dieser Kombination kann der Ort als Gedenkstätte funktionieren. Alles andere wäre bestenfalls ein Museum oder gar ein Gruselkabinett.

Die Dokumentation im SMT-MfS-Bereich beginnt mit einer in drei kleinen Räumen präsentierten Darstellung der Situation nach Übernahme des „Roten Ochsen“ durch die sowjetische Besatzungsmacht im Sommer 1945. Sie benennt die wichtigsten Verhaftetengruppen, zeigt die Repressionsmethoden – Internierung und Tribunale – sowie die daraus entstandenen Folgen: Haft in Speziallagern und Gulag. Dem folgt eine chronologische Darstellung der Stabilitätigkeit von 1950 bis 1989, die Zäsuren erkennen lässt und historische Schwerpunkte heraushebt. Eines dieser Ereignisse ist der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der in Halle auch mit der (versuchten) Erstürmung beider im Stadtgebiet vorhandener Haftanstalten verbunden war. Bei dem Versuch, Inhaftierte aus dem „Roten Ochsen“ zu befreien, kamen mehrere Menschen ums Leben. Die SED-Propaganda lancierte wenige Tage später Informationen über ein Gerichtsverfahren, im Rahmen dessen eine befreite Gefangene zur angeblichen Rädelführerin des Aufstandes hochstilisiert und ihr eine Vergangenheit als Hundeführerin in einem Nazi-KZ untergeschoben wurde, um den Volksaufstand als „faschistischen Putsch“ zu diskreditieren. Das Verfahren gegen die als „Erna Dorn“ bekannte Beschuldigte endete mit einem Todesurteil, das wenige Monate später in der Haftanstalt Dresden vollstreckt worden sein soll.

Der MfS-Bereich beinhaltet auch die Dokumentation von Dunkel- und Isolationshaft, Gründe für die Unterbringung in „Begünstigten-Zellen“, Arbeitsbereiche von Gefangenen sowie deren medizinische Versorgung. Breiten Raum nimmt die Rekonstruktion von Verhörsituationen ein, bei der originale Tonbandmitschnitte von Vernehmungen eingesetzt werden, die in großer Zahl in der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) vorhanden sind. Die in dieser Behörde verwahrten Unterlagen – Fotos ebenso wie Akten zu einzelnen Inhaftierten und ganzen „Operativen Vorgängen“ – bilden die wichtigste Materialbasis des gesamten Ausstellungsbereiches. Ergänzt werden alle Abteilungen, die sich mit den Schicksalen von Inhaftierten befassen, durch Zeitzeugendokumentationen, die im Vorfeld der Ausstellung entstanden. Eine Gruppe ehemaliger Inhaftierter aus verschiedenen historischen Zeitabschnitten nach 1945 beantwortete Fragen zu Verhaf-

tungsgründen, der speziellen Verhaftungssituation sowie alltäglichen und besonderen Ereignissen während der Untersuchungshaft. Die Interviews sind verschiedenen Themen zugeordnet und über die gesamte Ausstellung verteilt. Sie bilden damit auch ein verbindendes Element für den Besucher, da einige Personen immer wieder auftauchen, um an Dokumenten oder Objekten festgemachte Ausstellungsinhalte mit eigener Aussage zu ergänzen oder zu erläutern. Ein Ausstellungsraum bietet darüber hinaus Lesemappen und ergänzende Lektüre, um sich den Lebenswegen, Widerstands- und Verhaftungsgründen einzelner Inhaftierter intensiver widmen zu können. Gleichzeitig vermittelt dieser Raum den Eindruck eines Ruhepols der Ausstellung – Besucher haben die Gelegenheit, sich hinzusetzen und länger zu verweilen, sich konzentrierter auf die Welt der Inhaftierten einzulassen, denn in Vitrinen an einer Längswand sind primitives Zelleninventar, Geschirr, selbstgebastelte Spielkarten und anderes mehr zu finden.

Ein vorletzter Bereich dieser ehemaligen Vernehmeretage zeigt ein Organigramm der MfS-Bezirksverwaltung Halle nach dessen letztem Stand von 1989, stellt die Bereiche sowie die Zahl der Mitarbeiter vor und nennt alle verantwortlichen Leiter mit Namen und Dienstgrad. Eine kurz nach Ausstellungseröffnung hinzugefügte Kartei von Leitern und Vernehmern, die in den originalen MfS-„Kaderunterlagen“ vorhandene Fotos und biografische Eckdaten enthält, führte zu einer juristischen Auseinandersetzung, die 2008 durch den letzten Leiter der Abteilung IX, Oberstleutnant des MfS Jürgen Stenker, ausgelöst wurde. Die Art der Dokumentation in der Ausstellung ist jedoch durch die BStU-Gesetzgebung sanktioniert, eine konkrete Benennung dieser Tüterebene absolut zulässig.

Ein letzter Ausstellungsbereich zeigt die Situation im Herbst 1989 in Halle, die Reaktionen der „Staatsmacht“ auf die nach ihrer Sicht außer Kontrolle geratene Situation – eine Waffenkammer. Dieser Raum – im Originalzustand des Gebäudes an dieser Stelle vorgefunden – soll zum Nachdenken darüber anregen, wie es hätte ausgehen können, wenn eine der zentralen Forderungen der Friedlichen Revolution – „Keine Gewalt“ – letztendlich nicht von Erfolg gekrönt gewesen wäre.

Pädagogische Projekte

Im pädagogischen Bereich ebenso wie in der Auswahl und Präsentation von Sonderausstellungen ist die Gedenkstätte bemüht, jeweils nur einen der genannten drei Schwerpunkte (NS-Diktatur, Sowjetische Besatzungsmacht, MfS-Untersuchungshaft/DDR-Justiz) ausführlich zu behandeln, die anderen lediglich ergänzend und hinweisend zu erwähnen. Lediglich bei Projekten, die systemvergleichend angelegt sind, ist die gesamte Spannbreite einbezogen. Die Gedenk-



Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), SMT/MfS-Ausstellung, Flur im Vernehmertrakt, Aufnahme 2006

Foto: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

stätte bietet Führungen durch einzelne Ausstellungsbereiche an, ebenso jedoch auch kurze einführende Vorträge, gefolgt von der Möglichkeit, die Ausstellungen individuell zu besichtigen und anschließend gemeinsam zu reflektieren und zu hinterfragen. Für Schulklassen, Studierende sowie Gruppen verschiedener anderer Bildungsträger werden Projektstage und Projektwochen angeboten, die sich – häufig ausgehend von Einzelschicksalen – mit verschiedenen Gerichtsformen befassen.

Themen im NS-Bereich sind Sondergerichte, Gerichte der Wehrmacht, Justiz und „Euthanasie“, Strafverfahren gegen Frauen, Jugendliche und Ausländer sowie ein-

zelne „Straftatbestände“ wie Verstöße gegen die Rundfunkverordnung oder Verfahren wegen „verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen“. Auf der Grundlage von Auszügen aus Verfahrensakten, Vollstreckungs- und Verwaltungsunterlagen sowie Bestattungsnachweisen werden der Umgang der NS-Justiz und der angeschlossenen Behörden mit den Beschuldigten nachvollzogen, Verantwortlichkeiten herausgearbeitet und versucht, die Situation der Opfer und ihrer Familien zu erkennen.

Im SMT-/MfS-Bereich ist die Herangehensweise ähnlich, lassen sich Opferbiografien mit einzelnen Phasen der SED-Herrschaft verbinden. Sachthemen betreffen den

17. Juni 1953, den Umgang mit Ausreisewilligen und Republikflüchtigen sowie die Situation im Herbst 1989. Die pädagogische Arbeit dieses Bereiches ist stark auf die Einbeziehung von Zeitzeugen fokussiert, die im Rahmen eines über mehr als zwei Jahre vorangetriebenen Projektes „Häftlingsgesellschaft“ angesprochen worden sind. Es handelt sich dabei – ähnlich wie in der Ausstellung konzipiert – um Inhaftierte verschiedener zeitlicher Perioden, die Haft- und andere Unterlagen für die pädagogische Arbeit zur Verfügung stellen und zusätzlich selbst mit den Teilnehmern der Projekte ins Gespräch kommen.

Daneben beteiligte sich die Gedenkstätte an unterschiedlichen Wanderausstellungen, so u.a. an der von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin erarbeiteten Exposition „Was damals Recht war. Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“⁵ sowie an stiftungseigenen Projekten, zuletzt „Sachsen-Anhalt im Nationalsozialismus. Zur Geschichte der Provinz Sachsen und des Landes Anhalt 1933 bis 1945“, eröffnet am 27. Januar 2015. Seit 2007 wurde an bisher 13 Gerichten in Sachsen-Anhalt, der Landesvertretung in Brüssel und im Kammergericht Berlin die Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus: Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt“ gezeigt, die inzwischen 100 nach Sachthemen und Biografien unterteilte Ausstellungstafeln enthält. An jedem Ausstellungsort kommen neue Tafeln hinzu, jeweils bezogen auf die während der NS-Zeit an diesem Ort vorhandenen Justizstrukturen, deren Vertreter und

Opfer. Die wissenschaftliche Redaktion dieser als Kooperationsprojekt mit dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung, der Landeszentrale für politische Bildung, der Heinrich-Böll-Stiftung und anderen sachsen-anhaltinischen Partnern entstandenen Exposition liegt bei der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).⁶ Seit 2012 verleiht die Gedenkstätte darüber hinaus die hier ebenfalls erarbeitete Wanderausstellung „Haftschicksale verfolgter Sozialdemokraten 1945-1953“. Für alle diese Projekte werden spezifische Begleitprogramme angeboten, die Vorträge, Zeitzeugengespräche, Filmvorführungen und Diskussionsrunden enthalten können.

Die Gedenkstätte gestaltet seit 1999 gemeinsam mit dem Dokumentations- und Informationszentrum Torgau eine jährliche Tagung über das Wirken der Wehrmachtjustiz. Die Tagung findet an wechselnden Orten statt, war in der Vergangenheit in Anklam, Strasbourg und Schirmeck sowie Katowice zu Gast. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Gedenkstätte Gastgeber und Mitorganisator des „Halle-Forums“, eines Treffens ehemaliger Inhaftierter der Zeit nach 1945.

In den letzten Jahren erschienen wichtige von der Gedenkstätte veranlasste oder mitgestaltete Publikationen zum Thema Justiz im Nationalsozialismus,⁷ zur Justiz in der sowjetischen Besatzungszeit⁸ sowie einzelne Hefte einer von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt initiierten Publikationsreihe.⁹ ■

5 Gleichnamiger Katalog zur Ausstellung hg. von Ulrich Baumann und Magnus Koch, Berlin 2008.

6 Gleichnamiger Katalog zur Ausstellung hg. von Daniel Bohse und Michael Viebig, Magdeburg 2012; Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung mit Dokumentation in Mitteldeutschland während der NS-Diktatur agierender Gerichte und Zusammenarbeit von Justiz und Polizei, Magdeburg 2008; im Ergebnis von Schüler- und studentischen Projekten entstandene Publikationsreihe der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt mit den Heften „Wehrmachtjustiz Halle. Schüler auf der Suche nach Opfern und Schauplätzen“ (Halle 2008), „... das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt“. Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen im Sondergerichtsbezirk Halle (Saale 2012, „Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen“. Verfahren am Landgericht Halberstadt (1940-1945), Halle 2012, „Rundfunkverbrecher“ vor dem Sondergericht Halle. Strafverfahren von 1939 bis 1945, Halle 2013.

7 Zuletzt Claudia Bade/Lars Skowronski/Michael Viebig (Hg.): NS-Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg. Disziplinierungs- und Repressionsinstrument in europäischer Dimension, Göttingen 2015.

8 Daniel Bohse/Lutz Mische (Hg.): Sowjetische Militärjustiz in der SBZ/DDR (1945–1955), Halle 2007.

9 Darunter die Hefte „Vom Roten Ochsen geprägt“, Lebensumstände politischer Häftlinge von 1944 bis 1956, Magdeburg o.J. und „Vom Roten Ochsen geprägt“ (2), Berichte politisch Inhaftierter in den achtziger Jahren, Magdeburg 1996.

„Ist dies mein eignes Land?“

Tagebuch eines Mädchens aus dem „Dritten Reich“

Von Roland Flade



Ortrun Koerber im Sommer 1938 in Okayama auf dem Weg zu einer japanischen Bekannten, deren kleinem Sohn sie Englischunterricht gibt

Quelle: Ortrun Scheumann, Bad Dürkheim

Sogenannte „Egodokumente“ wie Briefe, Tagebücher, Fotografien und andere persönliche Habseligkeiten sind nicht nur „en vogue“, seitdem es Soziale Medien jedem leicht machen, seinen Blick auf die Welt der restlichen Menschheit via Internet mitzuteilen. Seit jeher spielen diese in der Betrachtung und Rezeption von Geschichte als Quellen eine wichtige Rolle, weil sie zeitgenössische Blickweisen unmittelbar wiedergeben und so zu einem „lebensnahen“ und differenzierten Bild der Vergangenheit beitragen.

So plastisch und interessant solche zeitgenössischen Quellen sein mögen – es ist notwendig, ihnen eine kritische Lektüre angedeihen zu lassen: Die ihnen eigene Sicht auf politische Ereignisse ist naturgemäß von subjektiven Standpunkten geprägt, gibt Ausschnitte der historischen Fakten wieder und ist häufig nur schwer überprüfbar.

1986 hat Ortrun Scheumann sprachlich leicht überarbeitete Auszüge aus ihrem auf Englisch geschriebenen, mehrere

Jahrzehnte umfassenden Tagebuch, die vom 15. April 1939 bis zum 8. Mai 1945 reichen, erstmals unter dem Pseudonym Ortrun Schnitzler, dem Mädchennamen ihrer Mutter, veröffentlicht. Der Titel lautete „*Beloved Enemies*“ („geliebte Feinde“). Nachträgliche Einfügungen oder Umwertungen wurden ihren Angaben nach nicht vorgenommen. Im Mai 2015 soll „*Beloved Enemies*“ unter dem Titel „Geliebte Feinde. Ein Mädchen erlebt das Dritte Reich in Würzburg“ im Würzburger Schöningh-Verlag als Publikation des Stadtarchivs Würzburg erscheinen. Herausgeber ist Dr. Roland Flade, der auch die Übersetzung ins Deutsche besorgte. Auf seine Bitte hin lieferte Ortrun Scheumann weitere Tagebucheinträge nach, die die Zeit in Japan und die Reise nach Deutschland betreffen. Im Folgenden stellt Roland Flade einige Auszüge aus dem Tagebuch vor.

Die Redaktion

BIOGRAPHISCHE NOTIZ

Ortrun Scheumann wurde am 20. Oktober 1924 als Tochter von Josef und Louise Koerber geboren. Sie hatte zwei Schwestern: Ingeborg (geboren 1923) und Ingrid (1935). Von 1929 bis 1939 unterrichtete der Vater deutsche Literatur und Sprache an Universitäten in den japanischen Städten Matsuyama und Okayama. 1939 kehrte die Familie zurück und der Vater trat eine Stelle als Studienrat an der Oberrealschule in Würzburg, dem heutigen Röntgen-Gymnasium, an. Ortrun besuchte die Mozartschule, wo sie im Februar 1944 das Abitur ablegte. Ab Mai 1944 musste sie zwangsweise in der Granatenproduktion beim Würzburger Druckmaschinenhersteller Koenig & Bauer arbeiten; dort lernt sie den italienischen Kriegsgefangenen Carlo kennen, in den sie sich verliebt.

Als Ortruns Vater im Januar 1945 mit dem „Volkssturm“ an die Ostfront ausrücken musste, wurde Carlo zum Beschützer der Familie. Ab März übernachteten er und die Koerbers sowie Rosita, eine Freundin von Ortruns Schwester Ingeborg, in einer Hütte außerhalb Würzburgs. Im Februar begannen die schweren Bombenangriffe auf die Stadt, denen rund 5000 Menschen zum Opfer fielen. Am 16. März 1945 wurde Würzburg fast vollständig zerstört. Beim Kampf um die ausgebrannten Ruinen starben in den ersten Apriltagen 1945 nochmals rund 1300 Menschen, darunter etwa 300 amerikanische Soldaten. Die am Stadtrand gelegene Wohnung der Familie erlitt jedoch nur leichte Schäden. 1947 wurde die Wohnung von den Amerikanern beschlag-

nahmt; bis 1957 lebten die Koerbers in der Stadtrandgemeinde Rimpar.

Carlo kehrte im April 1945 zu seiner Familie in Süditalien zurück; Ortrun hat ihn nie wieder gesehen. Ortruns Vater geriet im östlichen Teil Polens in russische Kriegsgefangenschaft. Es gelang ihm zu entkommen; nach mehreren Monaten kam er am 5. August 1945 in Würzburg bei seiner Familie an. Ortrun unterrichtete ab Anfang 1946 ein halbes Jahr lang im Kloster Triefenstein in der Nähe von Wertheim am Main an einer amerikanischen High School Deutsch für GIs, die dort ihren Abschluss nachholen wollten. Danach begann sie ein Musikstudium in Regensburg. Um dieses zu finanzieren, gab sie Deutschunterricht an der dortigen amerikanischen Grundschule. In einem Regensburger Lazarett lernte sie ihren späteren Mann Günther Scheumann, einen Musiker, kennen, der in Russland verwundet worden war. Günther Scheumann starb 1999.

Der Vater hatte nach dem Krieg eine Stelle an der Würzburger Lehrerbildungsanstalt gefunden. 1949 gründete er die englischsprachige Zeitschrift für Oberschüler „The Beacon“. Ortrun gab Anfang 1950 ihr Musikstudium in Regensburg auf, um sich mit dem Vater dem Projekt zu widmen. 1957, nach der Pensionierung des Vaters, zog die Familie nach Bad Dürkheim. Seit seinem Tod im Jahr 1972 führt Ortrun Scheumann die Zeitschrift bis zum heutigen Tag fort. Die Mutter Louise Koerber starb 1984, die Schwester Ingeborg bereits 1978. Die Schwester Ingrid lebt heute im US-Bundesstaat New York.

Einführung

Der im Folgenden abgedruckte Tagebuchauszug von Ortrun Koerber stellt ein bemerkenswertes Zeugnis dar: Dadurch, dass sie neun Jahre in Japan gelebt hatte und durch Reisen in die USA, nach Italien, Ceylon (heute Sri Lanka), auf die Philippinen, nach China und Russland einen großen Teil der Welt mit eigenen Augen gesehen hatte, war es ihr möglich, die nationalsozialistische Gesellschaft mit einem distanzierten, kritischen Blick zu betrachten.

In Matsuyama und Okayama, wo Ortruns Vater an verschiedenen Universitäten deutsche Literatur und Sprache unterrichtete, waren die Koerbers die einzige deutsche Familie. 1939 kehren sie – einen Tag vor Hitlers 50. Geburtstag – nach Deutschland zurück.

Ortrun erlebt – wie sie es mit sehr deutlichen Worten beschreibt – mit Befremden den Kult, der zu Ehren des sogenannten „Führers“ betrieben wird (vgl. Tagebucheintrag vom 19. April 1939). Die nationalsozialistische „Weltanschauung“ kommt ihr angesichts ihrer vielfältigen Erfahrungen absurd vor. Sie hat eine eigene, auf direktem Erleben beruhende Weltanschauung, sie hat amerikanische, englische und russische Freunde, liebt die Musik des aus Polen stammenden Frédéric Chopin, dessen Mazurkas sie auf dem Klavier spielt, und schreibt Gedichte in englischer Sprache. Den Nationalsozialismus erlebt sie im ersten Moment als abstoßende Unterdrückungsmaschinerie. Dieses Mädchen wird nun in das enge Korsett des „Bundes Deutscher Mädel“ gepresst und soll zu einem willfährigen Rädchen der NS-Diktatur werden. Sie widersetzt sich, und ihre Familie mit ihr.

Einige Einträge in Ortruns Tagebuch, das hier auszugsweise wiedergegeben wird, wurden nicht in Würzburg verfasst, sondern während eines Besuchs bei Verwandten und in Urlaubsorten. Auffallend ist, dass Ortrun über viele Details der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft Bescheid wusste, beispielsweise über Massenmorde im Osten. Den nachfolgenden Tagebuchauszügen sind punktuelle Erklärungen und Ergänzungen zu Orten und historischen Ereignissen beigelegt.

Das Tagebuch der Ortrun Scheumann - Auszüge

Okayama, Sonntag, 19. Februar 1939.

„Heute ist mir plötzlich klar geworden, wie bald wir von hier weggehen. Oh, ich bin so unglücklich. Ich glaube nicht, dass sie verstehen, wie leidenschaftlich ich diesen Ort liebe. Vati, Mutti und Ingeborg machen Pläne für die Heimreise und für das Leben in Deutschland. Sie wollen nicht gehen, aber es scheint ihnen nicht so viel auszumachen. Und ich liebe Okayama von ganzem Herzen und kann den Abschied nicht ertragen!“

Im Zug, Ostersonntag, 9. April 1939.

„Wir sind im Zug von Harbin in die Mandschurei. Wir reisten von Mukden nach Harbin, eine ziemlich schöne Stadt. Es gibt viele Russen hier, sogar russische Bettler. Es tat mir leid, sie zu sehen, wahrscheinlich weil wir nicht daran gewöhnt sind, arme Weiße zu sehen. In Japan gab es keine.“

Berlin, Mittwoch, 19. April 1939.

„Wir sind in Deutschland und die erste Nacht auf deutschem Boden ist vorbei. Vati wartet auf Nachricht vom Erziehungsministerium, wo er unterrichten soll. Es ist ein komisches Gefühl, nicht einmal den Namen der Stadt zu wissen, in der wir leben werden.“

Morgen ist Hitlers 50. Geburtstag. Alle Häuser sind mit Fahnen geschmückt. In jedem Schaufenster sind Hitlerbilder, in goldenen Rahmen und von Blumen umgeben. Auf der Friedrichstraße sahen wir eine Menschenmenge vor einem Schaufenster stehen. Wir gingen hin, um zu sehen, was los war, denn die Leute schienen so erregt. Sie regten sich auf, denn das Hitlerbild im Fenster war ziemlich hässlich. Schließlich kam der Geschäftsführer des Ladens heraus und sagte, dass das Porträt sofort entfernt würde.“

Berlin, Donnerstag, 20. April 1939.

„Gestern Abend gingen wir alle zum Fackelzug. Tausende waren auf der Straße. Später gingen wir zur Reichskanzlei. Dort schrie die Menge ‚Heil, Heil!‘. Gerade als wir umkehren wollten, begannen alle mit neuer Kraft zu rufen. Wir drehten uns um und sahen, wie Hitler auf den Balkon trat.“



Josef Koerber mit den Töchtern Ortrun (rechts) und Ingeborg 1935 in Japan Quelle: Ortrun Scheumann, Bad Dürkheim

Heute Morgen gingen Vati, meine Schwester Ingeborg und ich zur Parade. Tausende und Abertausende von Menschen säumten die Straßen. Die Parade bestand aus Kriegsgerät: Panzer, Kanonen, Gewehre und viele Flugzeuge. Die Prominenten, Hitler, Göring, Botschafter vieler Länder und Militärattachés in Galauniformen, standen auf einem Podium voller Fahnen. Es sah sehr eindrucksvoll aus.“

Würzburg, Montag, 24. April 1939.

„Nach neunstündiger Fahrt kamen wir in Würzburg an, unserer zukünftigen Heimat. Sofort machten sich Vati, Mutti und Ingeborg auf, um nach einer Wohnung für uns zu suchen; währenddessen wartete ich im Park mit der kleinen Ingrid. Wir leben jetzt in zwei Räumen einer Pension. Ich hoffe sehr, dass wir bald eine richtige Wohnung finden. Im Zug wunderten sich alle über uns, denn Vati und Mutti unterhielten sich auf Deutsch, Ingeborg und ich auf Englisch, und da die kleine Ingrid keine andere Sprache als Japanisch spricht, mussten wir mit ihr Japanisch reden.“

Sonntag, 30. April 1939.

„Ingeborg und ich sind dem BDM¹ beigetreten, einer staatlichen Organisation für Mädchen. Alle Mädchen müssen

¹ Im „Bund Deutscher Mädels“ waren alle 14- bis 21-jährigen Mädchen unter der Dachorganisation der Hitlerjugend organisiert, außer diejenigen, die den nationalsozialistischen „Rassekriterien“ nicht genügten, vgl. etwa Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, hg. v. Volker Dahm, Albert A. Feiber, Hartmut Mehringer und Horst Möller, München 2008, S.273 f. (Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte zur Dokumentation Obersalzberg).

Mitglied sein. Es gibt eine ähnliche Organisation für Jungen, die Hitlerjugend heißt. Gestern ging Mutti mit uns in ein Warenhaus und wir kauften unsere Uniformen. Sie bestehen aus einem dunkelblauen Rock, einer weißen Bluse, einer schwarzen Krawatte und einer khakifarbenen Jacke.

Dann mussten wir all die Abzeichen und Hakenkreuze kaufen, die man auf Jacke und Bluse nähen oder stecken muss. Wir wussten so wenig darüber, dass die Verkäuferin uns rundheraus fragte, ob wir alle aus dem Ausland kämen. Niemand, der auch nur kurz in Deutschland gelebt hat, könnte so unwissend sein.

Heute war ich beim ersten BDM-Treffen. Als alle Mädchen vor einem alten Haus versammelt waren, gingen wir in einen großen Raum im Keller. Wände, Decken und Boden waren kahl. Wir saßen auf Bänken um einen langen Tisch. Als die BDM-Führerin, ein Mädchen von etwa 20 Jahren, kam, standen wir auf, erhoben den Arm und riefen ‚Heil Hitler!‘ Etwa zwei Stunden lang sprach sie über Hitler und las patriotische Gedichte vor. Die Mädchen blieben nicht still. Einige flüsterten und kicherten die ganze Zeit, obwohl sie immer wieder verwarnt wurden. Das Ganze war wirklich nicht besonders angenehm. Ich hoffe, dass wir noch andere Dinge tun als nur Vorträge anzuhören.“

Gonsenheim, Montag, 14. August 1939.

„Ich musste heute an Japan denken. Wie gerne wäre ich wieder dort! Deutschland wirkt manchmal fast wie ein Gefängnis auf mich. Wie schön und frei das Leben in Japan war. Alles steht mir so deutlich vor Augen: der Strand, die Sonne, das tiefe Blau des Wassers und des Himmels. Jeden Abend schwammen Ingeborg und ich zu einigen Felsen hinaus und beobachteten, wie die Fischerboote heimkamen. Wie glücklich wir dort waren! Hier ist alles grau: der Himmel, die Häuser, sogar die Menschen.“

Gonsenheim, Dienstag, 22. August 1939.

„Schlechte Nachrichten. Gerade als Ingeborg und ich heute Morgen aufstanden, kam Mutti und erzählte uns, dass Deutschland einen Nichtangriffspakt mit Russland abgeschlossen hat.² Jetzt bin ich sicher, dass es Krieg gibt. Polen wird von Osten und Westen angegriffen. Welche Chance hat Polen? Nicht die geringste!“

Gonsenheim, Samstag, 26. August 1939.

„Noch kein Krieg, Gott sei Dank! Aber man sieht überall auf den Straßen Soldaten, jeden Tag werden Truppen mobi-

liert. Als wir gestern Nachmittag in Mainz waren, fuhren endlose Schlangen von Lastwagen mit Soldaten vorbei. Alle hatten ernste Gesichter. Vati sagt, dass es 1914 ganz anders war: Die Menschen schienen damals begeistert über die Aussicht eines Krieges.“

Zell, Freitag, 1. September 1939.

„Es ist Krieg! Gerade haben wir Hitlers Rede gehört. Alle Hotelgäste hatten sich im Aufenthaltsraum um das Radio versammelt. Die Frauen weinten alle. Mutti glaubt, dass es wieder einen Weltkrieg gibt, nur schlimmer und grausamer als der erste.“

Langenbrombach, Samstag, 2. September 1939.

„Gestern sind wir in eine andere Pension gezogen. Die Landschaft ist hier so lieblich. Einige Schritte vom Haus entfernt gibt es Wald und Wiese, einen kleinen Bach und eine alte Wassermühle. Aber wir können an nichts anderes denken als an den Krieg.“

Wir können hier nur die deutschen Nachrichten hören. Nicht weil das Radio nichts taugt. Aber sie haben gerade im Radio gesagt, dass jeder, der ausländische Nachrichten hört, ins Gefängnis kommt. Und wenn man anderen erzählt, was man gehört hat, gilt man als Verräter und wird vielleicht erschossen!

Gerade kamen die neuesten Nachrichten. Die deutschen Truppen stoßen schnell vor. Warschau hat einen fürchterlichen Luftangriff erlebt. Die Menschen hier in der Pension sagen, dass die Polen den Krieg begonnen haben. Sind sie verrückt? Es kann keinen Zweifel geben, wer ihn anfangt!“³

Würzburg, Sonntag, 8. Oktober 1939.

„Wir sind wieder in Würzburg! Ich bin mit den Hausaufgaben fertig, etwas Algebra, Geometrie und Biologie, und jetzt habe ich Zeit für mein Tagebuch. Endlich haben wir eine Wohnung gefunden.“

Die Schule fängt um 7.45 Uhr an und ich muss jeden Morgen um 6.45 Uhr aufstehen. Gestern mussten wir in der Schule ein Lied singen, in dem die Polen ‚das dreiste Lumpenpack‘ genannt werden. Oh, wie ich mich nach Japan zurücksehne. Ich vermisse es so sehr. Wenn ich nur zurückkehren könnte, oh, nur für einen einzigen Tag!“

Samstag, 20. Januar 1940.

„Hier ist jeder ganz sicher, dass Deutschland den Krieg ge-

2 Die Datierung des „Nichtangriffspakts“ durch Ortrun ist fragwürdig; dieser wurde offiziell am 23. September 1939 geschlossen, vgl. Die Tödliche Utopie (wie Anm. 1), S. 562 f.

3 Langenbrombach im Odenwald liegt zu beiden Seiten des Bachs, der dem Ort den Namen gab. 1971 schloss sich Langenbrombach anlässlich der Gebietsreform in Hessen freiwillig mit vier Nachbargemeinden zur Gemeinde Brombachtal zusammen. Ortrun vermutet hier richtig: Der Polenfeldzug wurde von Hitler mindestens seit April 1939 geplant; die angeblichen Grenzübergreifungen bewaffneter Polen am 31. August 1939 wurden vom Sicherheitsdienst der SS fingiert, um einen Anlass für den Überfall auf Polen zu inszenieren.



Die Würzburger Domstraße und der Dom im Jahr 1943 Quelle: Sammlung Alexander Kraus, Würzburg

winnt. Die Engländer und Franzosen denken genau das Gegenteil. Ich weiß nicht, was ich glauben soll.“

Sonntag, 21. Januar 1940.

„Heute Morgen mussten Ingeborg und ich und die ganze BDM-Gruppe einen langen und langweiligen Vortrag anhören. Der Mann, der zu uns sprach, war so hässlich: Er hatte einen fetten Hals und zwei Speckrollen, die sich wie ein Doppelkinn um seinen Hals ringelten. Er versicherte uns, dass noch in diesem Jahr die deutschen Siegesfähnen im Feindesland wehen. Er sagte, wir könnten durch unseren Glauben dazu beitragen, den Krieg zu gewinnen. Was für eine seltsame Methode, einen Krieg zu gewinnen, und was für eine leichte Methode! Aber was passiert, wenn die Engländer und Franzosen auch glauben? Daran hatte er wahr-

scheinlich nicht gedacht. Nach seinem Vortrag las er drei antichristliche Gedichte vor, und damit war die Sache beendet. So ein vergeudeter Sonntagmorgen!“

Montag, 24. Juni 1940.

„Frankreich ist besiegt! Die Franzosen haben die Kämpfe eingestellt und im berühmten Wald vom Compiègne⁴ den Waffenstillstand unterzeichnet. Innerhalb weniger Wochen ist Frankreich, eine große und mächtige Nation, trotz der Hilfe aus England geschlagen worden. Ich hörte Radio Paris, während deutsche Truppen in die Stadt eindrangen. Bis zum Schluss spielten sie Chopins Musik, dann Stille.

Jede Woche gehen die Mädchen meiner Schule und die Schüler aller anderen Schulen ins Kino, wo die Wochenschau läuft. Wir sahen deutsche Truppen Reims, Laon

⁴ Im Wald von Compiègne wurde in einem Eisenbahnwagen am 11. November 1918 der Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich/England unterzeichnet; für den Waffenstillstand zwischen Deutschland/Frankreich 1940 ließ Hitler den gleichen Eisenbahnwagen herbeischaffen, um symbolisch Revanche für 1918 zu nehmen.

und andere Städte einnehmen. Wir sahen Dörfer, die bis auf die Grundmauern niederbrannten. Überall lagen Tote in den Ruinen. Ich wollte meine Augen schließen, aber ich starrte voller Entsetzen weiter auf die Leinwand. Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland, Frankreich – wird es niemals aufhören?

Manchmal frage ich mich, von welchem Land ich möchte, dass es den Krieg gewinnt – Deutschland oder all die anderen? Und meine Antwort ist immer dieselbe: Ich möchte, dass England gewinnt, weil ich denke, dass die, die so grausam angegriffen wurden, das Recht haben, wieder frei zu sein. Aber klingt das nicht schrecklich? Ich will, dass mein Vaterland diesen Krieg verliert.“

Samstag, 13. Juli 1940.

„Ab und zu kann man in Zeitungen lesen, dass Leute, die im Radio Auslandssender hören, in Konzentrationslager kommen oder erschossen werden. Trotzdem haben wir das Gefühl, dass wir dieses Risiko eingehen müssen. Natürlich sind wir immer sehr vorsichtig, wenn wir die Nachrichten der BBC hören. Wir schließen die Fenster und Türen, schieben das Radio von der Wand weg und verringern die Lautstärke. Ich weiß nicht, was wir tun würden, wenn wir nicht BBC hören könnten. Es ist ein schreckliches Gefühl nicht zu wissen, was in der Welt passiert, und man weiß es nie, wenn man nur die deutschen Nachrichten hört.“

Mittwoch, 19. März 1941.

„Es ist unglaublich, wie oft man in der Schule ‚Heil Hitler‘ sagen muss. Jedes Mal, wenn ein Lehrer ins Klassenzimmer kommt, müssen wir aufstehen, unsere Arme erheben und ‚Heil Hitler‘ rufen. Wir haben ungefähr fünf Fächer am Tag, das heißt fünf Lehrer und zehn ‚Heil Hitler‘. Ich öffne nur meinen Mund und sage die Worte nicht, aber auch so ist es schon grässlich genug. Wenn wir einen Lehrer außerhalb der Schule treffen, müssen wir ihn ebenfalls mit ‚Heil Hitler!‘ begrüßen.

Ich bin sicher, dass unsere Musiklehrerin so über die Nazis denkt wie unsere Familie. Bei einigen Leuten weiß man das einfach, auch wenn darüber nicht geredet wird. Ich treffe sie manchmal auf dem Schulweg und wenn niemand in der Nähe ist, sagen wir immer ‚Guten Morgen!‘.“

Sonntag, 4. Mai 1941.

„Vor einigen Tagen hörten wir Churchill im Radio. Heute hörten wir Hitler. Welch ein Unterschied in der Art zu sprechen! Hitler spricht von den Engländern als den größten Feiglingen und Kapitalisten und Egoisten und weiß Gott noch was, und von Churchill als einem Irren, dem man nicht

erlauben sollte, eine Nation zu führen. Auf der anderen Seite spricht Churchill von Deutschland als einer mächtigen Nation und er sagt, dies sei eine der ernstesten Epochen der englischen Geschichte. Jedes Mal, wenn Hitler im Bezug auf England einen sehr hässlichen Begriff verwendet, spendet der ganze Reichstag Applaus. Wie gut die Nazis ihre Anhänger dressiert haben!

Kürzlich hörte ich jemanden sagen, dass die Deutschen die freieste Nation der Welt seien. Frei? Mein Gott, wo ist diese Freiheit? Man darf nicht lesen, was man will, man darf im Radio nicht hören, was man will, man darf sich nie, nie über irgendetwas beschweren, man muss sagen, dass alles hier wunderbar ist, sonst . . .

Oh, diese glorreiche Freiheit!“

Freitag, 9. Mai 1941.

„Wenn ein Fremder dieses Tagebuch lesen würde, wäre das eine Katastrophe für mich und meine ganze Familie. Ich darf es niemals herumliegen lassen. Leute sind wegen viel kleinerer Dinge ins Konzentrationslager geschickt worden. Den Nazis ist es egal, welche Methode sie anwenden, um sich ihrer Feinde zu entledigen – und wir sind ihre Feinde und stolz darauf.“

Donnerstag, 4. September 1941.

„Von einem deutschen Offizier, der eben aus Polen zurückgekehrt ist, haben wir gehört, dass Tausende Menschen in Warschau verhungern. Das jüdische Viertel wurde abgeriegelt, niemand darf hinein oder heraus. Er erzählte uns, dass, wenn ein Pole einen Deutschen tötet, die Deutschen sich rächen, indem sie 10 bis 50 Polen erhängen oder erschießen. Er sah ganze Reihen an den Dorfstraßen hängen. Wir hören diese Schreckensnachrichten und können nichts tun. Oh Gott, wenn ich nur irgendwie helfen könnte! Wie nutzlos meine Tränen sind! Niemals, niemals, so lange ich lebe, werde ich den Nazis ihre Taten vergeben!“

Donnerstag, 5. Februar 1942.

„Die Lebensbedingungen in Deutschland werden ziemlich hart, wenig Lebensmittel, keine Schuhe, keine Kleider, keine Seife, nichts, nichts, wohin man schaut. Die Lebensmittelrationen sind beträchtlich gekürzt worden. Die ‚Frauenschafter‘, die Nazi-Frauenorganisation,⁵ gibt Rezepte heraus für Mahlzeiten, die aus Kartoffeln und Mehl und sonst praktisch nichts bestehen. Von einem Nachbarn, der Arzt ist, hörten wir, dass Krankheiten wie Rachitis und Tuberkulose zunehmen. Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass zur ungenügenden Ernährung noch die verlängerte Arbeitszeit kommt.“

5 In der NS-Frauenschafter (NSF) waren in der „Volksgemeinschaft“ alle Frauenverbände organisiert, vgl. <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ns-organisationen/frauenschafter.html> [Stand: 18.02.2015].



Russische Kriegsgefangene im Jahr 1942 in Würzburg

Foto: Stadtarchiv Würzburg

Am 25. April 1942 werden 850 jüdische Männer, Frauen und Kinder zum Würzburger Güterbahnhof Aumühle getrieben. Der Weg, an dem das Bild entstand, endet an den Bahngleisen. Im Hintergrund ist die St.-Josefs-Kirche im Stadtteil Grombühl zu erkennen. Foto: Ernst Gortner, Nürnberg



Samstag, 10. Oktober 1942.

„Ich denke manchmal, dass das Leben nach einem Sieg der Nazis ganz unerträglich wäre – in Deutschland genauso wie in jedem Land, das die Deutschen besetzt haben. Schon jetzt ist es schlimm genug. Alles wird von oben organisiert und jede Eigenständigkeit wird den Deutschen ausgetrieben. Mir erscheinen sie bereits sehr gut abgerichtet, denn sie nennen dies den idealen Staat und sie sagen mit offensichtlichem Stolz: ‚Alles, was wir haben, verdanken wir dem Führer!‘

Und ich denke: ‚Was hat er uns denn gegeben, dieser Nazigott?‘ Nichts als Leid. Kann man wirklich erwarten, dass wir ihn lieben? Den wichtigen Leuten der Partei geht es gut. Sie bekommen zehnmal soviel Lebensmittel wie wir, sie fressen sich bei Festen voll und fahren in ihren Luxusautos herum, ohne auch nur den Kopf zu wenden und nach den armen alten Juden in Lumpen zu schauen, die die Straße kehren, oder nach den Kriegsgefangenen in zerrissenen Kleidern und ohne Schuhe. Sie verschwenden keinen Gedanken auf diese Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter, die die Straßen nach Essensresten absuchen. Sie genießen das Leben und wissen dabei ganz genau, was für unmenschliche Dinge in den Konzentrationslagern geschehen.

Ich kenne das Gedicht von Sir Walter Scott, das mit diesen Zeilen beginnt:

*„Breathes there a man, with soul so dead,
Who never to himself hath said,
This is my own, my native land?“*

(„Gibt es einen Menschen, mit toter Seele, / der niemals zu sich selber sagte, / Ist dies mein Land, mein eignes Land?“)
Auch ich sage, „Ist dies mein eignes Land?“ Könnte ich doch nur einmal Stolz und Glück empfinden, wenn ich es sage! Stattdessen ist mein Herz von Scham erfüllt, wenn ich sehe, wie unwürdig sich das Volk verhält, dem ich angehöre.“

Donnerstag, 10. Dezember 1942.

„Ein fürchterlicher Schatten hängt drohend über dieser vierten Kriegsweihnacht. Es ist so unmenschlich, dass ich kaum darüber schreiben kann. Vor etwa sechs Monaten zwangen die Nazis alle Juden, gelbe Sterne mit der Aufschrift ‚Jude‘ an ihre Kleidung zu nähen. Auf diese Weise konnte jeder einen Juden sofort erkennen. ⁶ Diese armen Menschen erhielten noch weniger Lebensmittel als wir. In den meisten Geschäften durften sie nicht mehr einkaufen und die Parkbänke trugen gewöhnlich Schilder mit der Aufschrift ‚Für Juden verboten‘. Am Eingang zu Gaststätten, Büchereien oder Konzertsälen waren Schilder, die Juden den Eintritt untersagten.

Seit einiger Zeit sehe ich keine Juden mehr in den Straßen und das jüdische Altersheim ist jetzt mit Deutschen belegt. Ich hatte keine Ahnung, wohin sie alle gekommen waren und war schrecklich schockiert, als ich hörte, dass alle Juden, die in Deutschland leben, nach Polen geschickt wurden, wo sie mit Tausenden von polnischen Juden – Männern, Frauen und Kindern – getötet werden sollen! Ist das möglich? Es ist so grausam, so unglaublich grausam! Ich dachte nicht, dass sogar die Nazis so etwas tun könnten. Gibt es denn gar nichts, das wir unternehmen könnten, um zu helfen? Oh, wie furchtbar sinnlos unsere Tränen sind!“

Freitag, 26. Februar 1943.

„Drei Studenten der Münchner Universität, ein Mädchen, ihr Bruder und einer ihrer Freunde, wurden vor einigen Tagen enthauptet! ⁷ Sie hatten heimlich Flugblätter gedruckt und in mehreren bayerischen Städten verteilt. Sie hatten auch Anti-Nazi-Sprüche auf Gehsteige und an die Türen öffentlicher Gebäude geschrieben. Vor etwa zwei Wochen gingen sie in der Dunkelheit mit einem Koffer voller Flugblätter zur Universität. Sie verstreuten sie in den Gängen und legten sie auf Stühle und Schreibtische. Aber der Hausmeister hatte sie gesehen. Er verschloss die Türen, so dass sie das Gebäude nicht verlassen konnten und alarmierte



Japanische Mahlzeit bei den Koerbers im Jahr 1944 in Würzburg. Links die Mutter Louise Koerber, vorne Ortrun. Die Gäste sitzen, wie in Japan üblich, auf dem Boden.

Quelle: Ortrun Scheumann, Bad Dürkheim

dann die Gestapo. Die Studenten wurden verhaftet und etwa zehn Tage später enthauptet. Das Mädchen war erst 21, ihr Bruder zwei Jahre älter. Wie jung sie waren, als sie starben! Und wie tapfer sie waren!“

Montag, 4. Oktober 1943.

„Ich weiß nicht, ob ich schon erwähnt habe, dass ich nicht mehr zu BDM-Treffen gehe. Vor einigen Jahren wurde in Würzburg ein Orchester der Hitlerjugend gegründet. Als ich davon erfuhr, beschloss ich hinzugehen und zu fragen, ob sie mich aufnehmen, obwohl ich keine besonders gute Cellospielerin bin. Ich hatte erfahren, dass die Mitglieder des Orchesters nicht an Treffen des BDM oder der Hitlerjugend teilnehmen müssen. Musik ist so viel schöner als Reden über Politik und Versammlungen!

Ich durfte dem Orchester beitreten und ein ganzes Jahr nahm ich an den wöchentlichen Proben teil. Das war übrigens ganz nett. Wir spielten einige der leichteren Symphonien von Haydn und Mozart. Gelegentlich fanden Konzerte in Würzburg und Orten in der Umgebung statt.

Unser Dirigent war ein Musiklehrer von einer Würzburger Schule. Ich bin sicher, dass er kein Nazi ist, denn er sagte, dass wir unsere Uniformen zu den Proben nicht tragen müssten. Und er sagte immer ‚Guten Abend‘ statt ‚Heil Hitler‘. Vor zwei Monaten musste er uns verlassen und an die russische Front, und weil niemand da ist, der seinen Platz einnehmen kann, existiert das Orchester nicht mehr. Die Leitung der Hitlerjugend wurde offensichtlich nicht informiert, denn keiner von uns hat seitdem etwas von

⁶ Hier irrt Ortrun: Die Pflicht, den sog. „Judenstern“ zu tragen, wurde bereits im September 1941 eingeführt, vgl. Die Tödliche Utopie (wie Anm. 1), S. 385 ff.

⁷ Gemeint sind Sophie und Hans Scholl, sowie Christoph Probst, die am 22. Februar 1943 hingerichtet wurden, vgl. Die Tödliche Utopie (wie Anm. 1), S. 475 ff.



Ortrun (ganz rechts im karierten Kleid) mit ihrer Abschlussklasse, Anfang 1944 Quelle: Ortrun Scheumann, Bad Dürkheim



Ortrun im Jahr 1944 Quelle: Ortrun Scheumann, Bad Dürkheim

ihr gehört. Ich brauche wohl nicht zu erwähnen, dass ich hoffe, dass es so bleibt.“

Dienstag, 6. Juni 1944.

„Wir haben den 6. Juni, und dieses Datum werden wir wohl nie vergessen. Die Invasion hat begonnen! ⁸ Ich war in der Fabrik, als ich die Nachricht von einem Mann hörte. Obwohl ich sie täglich erwartet hatte, war ich so überrascht, dass meine Beine fast versagten.

Dies ist der Beginn der letzten Schlacht. Ich kann nur hoffen, dass alles sehr schnell zu Ende geht. Die Alliierten sind mit Tausenden von Schiffen gelandet, das Unternehmen ist sicher erfolgreich. Ich wünschte nur, dass das Radio pausenlos darüber berichten würde. Als ich mit Carlo heute über die Invasion sprach, sagte er: ‚Aber du bist doch eine Deutsche!‘ Natürlich bin ich das, aber kann er nicht verstehen, dass ich auf den Sieg der Alliierten hoffen muss, wenn ich ein besseres und freieres Deutschland herbeisehe?“

Montag, 11. September 1944.

„Unser Haus wird von der Gestapo überwacht! Wir leben in größter Furcht. Heute Morgen kam ein Bekannter, der auf irgendeine Weise mit der Polizei zu tun hat. Mutti war

allein zu Hause. Er berichtete von der Überwachung und bat uns, vorsichtig zu sein. Sonst war nichts aus ihm herauszubekommen. Er sagte, dass allein schon der Besuch in unserem Haus ein gewaltiges Risiko für ihn sei.

Was hat die Gestapo über uns herausgefunden? Ist es etwas, was wir gesagt haben? Ist es doch wegen Carlo? Gestern war er mit zwei Freunden wieder in unserem Haus. Sie hörten die italienischen Nachrichten der BBC. Ist es möglich, dass jemand das herausgefunden hat? Wir haben Angst vor einer Durchsuchung der Wohnung. Wenn sie meine Tagebücher finden, sind wir alle verloren – die ganze Familie und einige unserer Freunde. Vati und Mutti baten mich, die Tagebücher zu verbrennen, aber das kann ich nicht. Schließlich fanden wir eine andere Lösung. Ein Freund besitzt einen großen Garten mit einem kleinen Schuppen. Wir fragten ihn, ob wir meine Tagebücher – es sind sechs – darin verstecken dürfen. Zuerst weigerte er sich, doch dann stimmte er zu. Heute Nachmittag hat Mutti die Bücher dorthin gebracht, sie legte sie in ihre Einkaufstasche und deckte sie mit Gemüse zu. Sie sagt, dass sie vor Furcht zitterte, bis sie sie sicher im Schuppen verborgen hatte. Jetzt schreibe ich in ein kleines Notizbuch, das ich in der Küche aufbewahre. Wenn die Gestapo kommt, verbrenne ich es im Küchenherd. Wir fühlen uns nun etwas sicherer.

Aber vielleicht haben wir etwas übersehen? Einen Papierfetzen, auf dem Vati eine Nachricht der BBC notiert hat? Wir leben in ständiger Furcht.“

Dienstag, 30. Januar 1945.

„Vati muss mit dem Volkssturm⁹ an die Ostfront! Am letzten Montag kam ein Hitlerjunge mit der Nachricht, dass

⁸ Die Landung der Alliierten begann mit der Operation „Overlord“, vgl. dazu jüngst Peter Lieb: Unternehmen „Overlord“, München 2014.

⁹ Im September 1944 wurden noch nicht mobilisierte Männer zwischen 16 und 60 Jahren in den sog. „Volkssturm“ eingezogen, vgl. Die Tödliche Utopie (wie Anm. 1), S. 626.



*Heinz Schnarrenberger malte das brennende Würzburg im Jahr 1948 aus der Erinnerung.
Quelle: Main-Rost Würzburg*

Vati sich am nächsten Morgen um zehn Uhr in der Kaserne zu melden habe. Ich kann unser Entsetzen angesichts dieser Nachricht nicht beschreiben, obwohl wir damals noch dachten, dass er nur ein oder zwei Wochen zu einer Militärübung weg müsse. Nach einem traurigen Abschied ging er mit Mutti los, die ihn zur Kaserne begleitete. Doch am Abend kam Vati zurück und erzählte, dass es nicht genug Platz zum Übernachten für so viele Männer gab. Er trug eine grässliche SA-Uniform und sah so mitleiderregend aus. Vati ist alles, nur kein Soldat.

Außer dem Kommandeur waren beim Abschied keine jungen Männer da. Keiner, mit dem wir sprachen, vertraute darauf, jemals zurückzukommen. Als der Zug schließlich abfuhr, weinten alle Frauen. Es ist so schrecklich, dass Vati, der die Nazis so hasst, nun sein Leben für sie aufs Spiel setzen muss. Auf unserem langen Heimweg waren Mutti und ich zu traurig zum reden.“

Mittwoch, 14. Februar 1945.

„Was für eine Nacht! Um 8 Uhr war Voralarm. Wir zogen die Mäntel an, machten die Taschen fertig, und dann kam der richtige Alarm. Wir beschlossen, zu einem neuen Luftschutzkeller etwa fünf Minuten von hier zu gehen. Er ist sehr tief, früher wurde Wein dort gelagert, man muss 50 Stufen hinabsteigen. Da unten war es schrecklich feucht, Wasser tropfte von der Decke. Stundenlang saßen wir in der Kälte auf einer nassen Bank. Um Mitternacht konnten wir nach Hause gehen, kalt, müde und sehr hungrig. Hunde dürfen in öffentliche Luftschutzkeller nicht mitgenommen werden und so mussten wir den armen Wuffi zu Hause lassen.“

Wir aßen Bratkartoffeln und tranken Kaffee, als wir heimkamen. Es ist schlimm, aber wenn man die halbe Nacht aufbleibt, hat man viel mehr Hunger. Wir haben kaum noch Lebensmittelmarken für diesen Monat. Ab nächsten Monat müssen die Marken fünf Wochen und nicht nur vier Wochen reichen.“

Montag, 5. März 1945.

„Wie wunderbar es ist, am Leben zu sein und hier am Schreibtisch sitzen zu können. Wie weit weg und unwirklich diese Augenblicke von Todesnähe mir jetzt erscheinen, obwohl sie erst zwei Tage zurückliegen. Um 10.30 Uhr heulten die Sirenen. Wir griffen nach den Mänteln und liefen hinaus in die dunkle Nacht. Auf halbem Weg zu einem Luftschutzkeller unter unserer Kirche, in den wir jetzt manchmal gehen, hörten wir die Flugzeuge schon über uns. Plötzlich leuchtete der Himmel in einem merkwürdigen gelben Licht. Die ersten Bomben explodierten, während wir die Stufen zum Keller hinuntereilten, der schon voller Menschen war. Die ganze Zeit fielen weitere Bomben und die Explosionen kamen näher. Ich hatte das Gefühl, als ob meine Lungen platzen. Zitternd hielten wir einander fest.“

Mittwoch, 7. März 1945.

„Wir haben kein Brot mehr, alle Bäckereien sind leer. Wir haben praktisch nichts mehr zu essen. Heute Morgen waren wir ohne Frühstück drei Stunden im Luftschutzkeller. Als wir heimkamen, machten wir Feuer, um Kartoffeln zu kochen. In diesem Monat sind die Lebensmittelrationen noch einmal verringert worden. Jeder isst Kartoffeln, Kartoffeln, nichts als Kartoffeln.“

Vielleicht ist der Krieg bald vorbei. Es heißt, dass die Alliierten den Rhein überschritten haben. Ich möchte so gerne Nachrichten hören! Wir haben keinen Strom und man fühlt sich so weit weg von allen wichtigen Ereignissen, wenn man kein Radio hat. An den Abenden sitzen wir um eine Kerze herum und warten auf den Alarm. Wenn er bis 22 Uhr nicht gekommen ist, gehen wir ins Bett, ohne uns auszuziehen und versuchen zu schlafen. Was für ein seltsames Leben! Am Ende jedes Tages frage ich mich, ob die folgende Nacht uns allen den Tod bringt.“

Freitag, 16. März 1945.

„Es ist ein schöner Tag, das Wetter ist besser geworden und keine Wolke steht am Himmel. Heute sind wir nicht in die Stadt gegangen, weil wir uns ausruhen wollten. Weder Carlo noch ich gehen in die Fabrik; ich habe keine Ahnung, ob irgendjemand noch dort arbeitet. Wir bereiten das Mittagessen auf unserem Ofen im Obstgarten zu und suchen dann mehr trockenes Holz für das Feuer. Wenn wir Wasser holen wollen, müssen wir über eine halbe Stunde gehen. Mitten im Wald ist eine kleine Quelle und ich mag den Weg dorthin. Weniger angenehm ist es allerdings, die schweren Eimer zurückzuschleppen.

Heute haben wir den Krieg fast vergessen. Seit zwei Tagen hat es keinen einzigen Alarm gegeben. Es ist, als ob wir ein Picknick machen würden. Vielleicht ist der Krieg vorbei und wir wissen es nicht.“

Montag, 19. März 1945.

„So viel ist geschehen, seit ich zum letzten Mal geschrieben habe, so viel Entsetzliches, dass ich mich sogar jetzt davor fürchte, es aufzuschreiben – so wie man Angst hat, an einen Alptraum zu denken, selbst wenn man wach ist. Wenn ich hier in der Sonne vor unserer kleinen Hütte sitze und den Liedern der Lerchen lausche, könnte ich fast glauben, dass alles tatsächlich ein Alptraum war, wenn ich nicht vom Schreiben aufblickte und auf das schaue, was einmal Würzburg war: graue Ruinen, die nach drei Tagen noch schwelen. Vergeblich suche ich die Kuppeln und Kirchtürme, die einst den Blick auf die Stadt so schön machten. Alles, alles ist zerstört. Würzburg ist tot.

Es geschah vor drei Nächten, am 16.¹⁰ Wir waren wie gewohnt ins Bett gegangen, trotz des Alarms um 20 Uhr. Als wir Flugzeuge über uns hörten, ging Carlo hinaus um nachzusehen. Alles war ruhig und er kam wieder herein und setzte sich auf seine Matratze. Aber er war unruhig und ließ die Tür auf. Mit einem Mal wurde unsere Hütte von ei-

nem unheimlichen gelben Licht durchflutet, das von draußen kam.

Wir wussten sofort, was los war. Wir hatten solche Todesangst, dass wir wie gelähmt waren. Wir wollten unsere Mäntel und Schuhe holen, aber nichts schien an dem Platz zu sein, wo wir es eine Stunde zuvor hingelegt hatten. In der Stadt fielen die ersten Bomben, ein beständiges, immer lauter werdendes Donnerrollen. Rosita verlor die Nerven, sie warf sich auf den Boden und schrie vor Panik. Carlo zog sie hoch und wir liefen aus der Hütte. Tausende von geisterhaften Lichtern erhellten den Himmel, einige hingen direkt über uns. ‚Was sollen wir machen? Wohin sollen wir gehen?‘, riefen wir. Wir hätten versuchen können, zum Bauern und in seinen Keller zu gelangen oder in den Wald, aber in unserer Panik wussten wir nicht, was wir tun sollten und wohin wir gehen sollten. Die Angst lähmte uns, wir schienen unfähig, uns zu bewegen.

Bomben fielen und explodierten jetzt ganz in unserer Nähe. Mutti schrie: ‚Lauft zur Grube hinter dem Kirschbaum!‘ Wir machten uns auf, ohne zu überlegen, ob wir das Richtige taten. Wir befolgten einfach nur den Befehl von jemandem, dessen Stimme Autorität ausstrahlte. Der Kirschbaum steht nur einige Meter von der Hütte entfernt, aber niemals schien er mir so weit weg wie in diesen Augenblicken, als es mir kaum zu gelingen schien hinzukommen.

Wir lagen im feuchten Gras. Rosita war jetzt still, aber Ingrid weinte herzerweichend und starrte uns mit furchterfüllten Augen an. Es war so fürchterlich, der betäubende Donner der Bomben, das morbide, unnatürliche Licht und der Tod, der so nah war. Abertausende von Bomben wurden abgeworfen. Die Explosionen betäubten uns fast und ließen uns nach Luft schnappen.

Und dann, so plötzlich wie es begonnen hatte, war alles vorbei. Die Lichter verschwanden vom Himmel, die Flugzeuge waren weg, wir lebten. Wir konnten aufstehen und zu unserer Hütte zurückgehen. Würzburg verbrannte in einem Meer von Flammen. Riesige Wolken aus Feuer und Rauch stiegen aus der Stadt empor, sogar der Wald über uns brannte. Ein Sturm, so stark wie ein Orkan, tobte. Die ganze Nacht ließen die Detonationen der Zeitbomben unsere kleine Hütte erzittern, und die ganze Nacht kauerten wir da, so schreckerfüllt, dass wir nicht reden konnten.

Sobald es hell war, gingen wir in die Stadt hinunter. Die Häuser brannten noch und eine gigantische schwarze Wolke hing über der Stadt. Wir brauchten fast den ganzen Morgen, um die Stadt zu durchqueren. Eine Straße nach der anderen erwies sich als unpassierbar. Der Rauch machte uns

¹⁰ Der Hauptangriff auf Würzburg erfolgte am 16. März 1945 durch die Royal Air Force. Zur Zerstörung Würzburgs vgl. auch Jürgen Kniep: Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in Bayern, Katalog zur Landesausstellung, hg. vom Haus der Bayerischen Geschichte, Regensburg 2009. http://www.hdbg.de/wiederaufbau/wiederaufbau_rundgang.php [Stand: 18.02.2015].



Schon die Luftangriffe im Februar 1945 fügen der Würzburger Altstadt schwere Schäden zu. Das Foto zeigt die Domstraße nach der Bombardierung am 19. Februar.

Foto: Stadtarchiv Würzburg

blind und raubte uns den Atem. Alles was wir sahen, waren Ruinen und zwischen den Ruinen lagen die versengten und verbrannten Körper von Menschen, geschrumpft auf die Größe von kleinen Kindern, so entstellt, dass keiner sie hätte erkennen können. In einer schmalen Straße mussten wir über die Leichen steigen um vorwärts zu kommen. Ingrid schrie vor Entsetzen und sie wäre stehengeblieben, wenn wir sie nicht mitgezerrt hätten. Diese Menschen müssen ganz unvorstellbar gelitten haben, als sie fliehen wollten und merkten, dass sie nicht weiterkamen, weil das Feuer sie von allen Seiten einschloss.“

Sonntag, 25. März 1945.

„Wir stehen vor einem großen Problem: Wir haben nichts mehr zu essen. Seit dem Luftangriff gibt es keine Geschäfte mehr in Würzburg. Vor einigen Tagen erhielten wir einige Laibe Brot von einer Nazi-Wohlfahrtsstelle, jetzt ist nur

noch einer übrig. Vorgestern sagte der Bürgermeister, dass jeder die Stadt verlassen muss und dass Würzburg zur toten Stadt erklärt wird; nur wer wichtige Arbeiten verrichtet und hier bleiben muss, erhält besondere Lebensmittelmarken. Andere bekommen gar keine Rationen mehr. Was sollen wir also machen?

Wir sind fest entschlossen dazubleiben. Flucht ist zwecklos. Allerdings haben wir nur noch wenige Kartoffeln, ein Glas Marmelade und etwas Tomatenmark. Sicher haben die Leute auf dem Bauernhof in der Nähe genug zu essen, aber sie haben uns nicht angeboten, mit uns zu teilen. Wie hungrig wir auch sein mögen, Mutti ist unerbittlich. Sie sagt, dass es besser ist, wenig zu haben als gar nichts. Mittags und abends gibt es gewöhnlich ein oder zwei gekochte Kartoffeln für jeden und manchmal ein wenig von unserem schnell zu Ende gehenden Vorrat an Tomatenmark. Etwa eine Stunde nach dem Essen hat man wieder gewaltigen Hunger, und dann, nach einer weiteren Stunde, ebbten die Magenschmerzen ab und man merkt nicht mehr, wie hungrig man ist.“

Donnerstag, 5. April 1945.

„Immer noch wird um Würzburg gekämpft. Die deutschen Soldaten haben auf unserer Seite des Flusses keinen Widerstand geleistet. Viel zu spät begannen sie, ihre Verteidigungsstellungen einzurichten. Sie verließen die halbfertigen Schützengräben, flohen auf die andere Seite des Mains und jagten die Brücken hinter sich in die Luft. Von unserem Hügel aus sahen wir, wie die Amerikaner sofort begannen, eine der Brücken zu reparieren. Es dauerte weniger als eine Stunde und sie überquerten den Fluss.

Den ganzen Tag feuert schon Artillerie über uns und wir sehen die Explosionen in der Stadt. Die amerikanischen Geschütze sind so nah, dass alles bebt. Wir sehen zwei ihrer Panzer im nächsten Feld. Die Granaten pfeifen über das Dach unserer kleinen Hütte. Ich bin zu aufgeregt um weiterzuschreiben.“

Dienstag, 10. April 1945.

„In diesen fünfeinhalb Kriegsjahren habe ich oft versucht mir vorzustellen, wie es sein würde, wenn die Alliierten in unsere Stadt kommen. Natürlich haben wir nie an die Möglichkeit gedacht, dass der Krieg so lange dauert und dass um Würzburg gekämpft wird; wir stellten uns vor, dass alles viel ruhiger ablaufen würde. Jedenfalls sind die Alliierten jetzt hier. Sechs amerikanische Soldaten lagen ziemlich nahe bei unserer Hütte in Stellung und kamen, um mit uns zu reden, obwohl ihnen das, wie sie uns sagten, verboten war. Wie überrascht sie waren, Menschen zu finden, die Englisch sprechen. Wir hatten ein Munitionslager entdeckt und erzählten ihnen davon und gingen mit ihnen hin. Wir fanden dort auch einen riesigen Haufen altes Brot. Wir nahmen



Domstraße nach dem 16. März 1945

Quelle: Geschichtswerkstatt Würzburg

zwei Decken, die in der Nähe lagen, und packten so viel Brot hinein, wie wir tragen konnten. Die Soldaten sagten, dass sie nicht glauben konnten, dass wir das alte Brot essen würden. Aber es ist immer noch besser als Steckrüben.

Gestern Nachmittag klopfte jemand an die Tür und da stand einer der Amerikaner. Er kam, um uns zu sagen, dass die sechs in der Nacht in Richtung Osten verlegt würden. Er sagte, wie froh er gewesen sei, Englisch sprechende Menschen so fern von zu Hause zu finden. ‚Ihr seid die ersten Leute, mit denen wir hier in Deutschland reden konnten und die ersten, bei denen wir das Gefühl hatten, ihnen vertrauen zu können.‘ Er gab uns die Hand, hinterließ seine Adresse und bat uns, nach Kriegsende zu schreiben.“

Sonntag, 15. April 1945.

„Wir leiden jetzt unter der einfachen Tatsache, dass wir Deutsche sind. In all diesen Kriegsjahren waren wir in unseren Gedanken und Hoffnungen so sehr auf der Seite der Alliierten und verteidigten sie in Gesprächen mit Deutschen so oft, dass wir ganz vergaßen, dass wir selbst Deutsche sind und dass die Alliierten, wenn sie nach Würzburg kommen, uns nicht als Freunde und Gleiche behandeln werden, sondern so wie alle anderen Deutschen – als Feinde.“

Wir haben in dieser letzten Woche einige Dinge gelernt. Wir wissen jetzt, dass für uns die Jahre des Kampfes nicht vorbei sind. Das Ende des Krieges, auf das wir gewartet und für das wir gebetet haben, ist sehr nahe. Aber die Zeiten sind hart und wir wissen nicht, wie es jetzt weitergeht.“

Dienstag, 8. Mai 1945.

„Der Krieg ist aus! Der Krieg ist aus! Die ganze Welt ruft diese Worte. Die amerikanischen Soldaten im Haus gegenüber haben den ganzen Abend vor Freude gejubelt. Sie schießen in die Luft, aus ihren Radios tönen Friedensglocken. Wir hören sie bis zu unserem Haus herüber. In Amerika, in England, in fast allen Ländern wird es heute Nacht Freudenfeiern und Glücksgefühle geben. Auch ich bin glücklich, sehr glücklich aber ich kann nicht lachen. Nicht weil ich Deutsche bin und Deutschland den Krieg verloren hat. Ich wusste, dass es so kommen würde und ich habe es von ganzem Herzen herbeigesehnt.“

Ich kann nicht lachen, weil ich diese Jahre voller Terror, Verlust und Tod nicht vergessen kann. Ich kann nicht lachen, weil der Krieg uns so viel unwiederbringlich geraubt hat: die Zukunft, die wir uns vorgestellt hatten, Menschen, die wir liebten, unsere schöne Stadt – und noch so viel mehr. Und Vati? Wo ist er? Wann kommt er zurück? Ich bete, dass es nie wieder Krieg gibt und dass spätere Generationen vor den Gräueln verschont bleiben, die wir erlebt haben.“

Friedensglocken läuten. Ich gehe ans Fenster und schaue auf die Ruinen von Würzburg. Tränen steigen mir in die Augen. Ich weiß nicht, ob vor Trauer oder aus Dankbarkeit.“ ■

Länder des Nahen Ostens im Porträt

Tunesien: Insolvenzverwalter des „Arabischen Frühlings“

Von Kristina Milz

LÄNDER-
PORTRÄT-
SERIE



Demonstration während des Generalstreiks von tunesischen Medienvertretern wegen der Inhaftierung des Journalisten Zied el-Heni, Tunis, 16. September 2013 Foto: Kristina Milz

Vor vier Jahren floh der tunesische Diktator Ben Ali vor den revolutionären Unruhen nach Saudi-Arabien. Seither haben gravierende politische und gesellschaftliche Veränderungen das nordafrikanische Land zum einzig verbliebenen Hoffnungsträger des einst so gefeierten „Arabischen Frühlings“ gemacht. Dabei steht es vor enormen Herausforderungen: Die Arbeitslosigkeit steigt, die Wirtschaft stagniert und die Jahrzehnte währende autokratische Herrschaft muss aufgearbeitet werden. Seit Monaten verzweifeln zudem tausende Familien, weil ihre Söhne für den „Islamischen Staat“ kämpfen. Trotzdem regiert seit der friedlichen Machtübergabe Ende 2014 die Hoffnung in Tunesien. Ein Porträt des Geburtslandes der Arabischen Revolution.

Tunis am Morgen des 2. Februar 2013: Basma Khalfaoui bereitet das Frühstück und packt die Schultasche für ihre Tochter. Plötzlich fallen Schüsse. „Ich ging sofort auf den Balkon, um zu sehen, was los ist“, erzählt sie später und blickt auf den Boden. Sie rennt im Nachthemd auf den Parkplatz vor dem Haus. Ihr Mann liegt blutend auf dem Boden. „Es war klar, dass er erschossen wurde, aber ich wollte es nicht glauben“, sagt sie. Damals war sie noch die Frau eines unbequemen Oppositionspolitikers mit linken Träumen. Heute ist Basma Khalfaoui die Witwe einer Ikone. Ihr Mann Chokri Belaïd erlag seinen Verletzungen im Krankenhaus.¹

Ein befreundeter Nachbar wurde des Attentats beschuldigt und verhaftet, doch Belaïds Familie ist überzeugt, dass die islamistische Partei *Ennahda* („Wiedergeburt“), die zum damaligen Zeitpunkt die Regierung stellte, die Verantwortung für das Attentat trägt: Sie habe den Boden dafür bereitet, dass sich der Hass gegen Andersdenkende ein tödliches Ventil suchte. Im August 2013 machte die Regierung denn auch die salafistische Gruppierung *Ansar al-Sharia* („Anhänger des islamischen Rechts“), deren Anhänger lange auch den fundamentalistischen Rand der *Ennahda* stellten, für den Mord verantwortlich und verbot sie als terroristische Organisation. Für die Hinterbliebenen zumindest ein erster Schritt.

Nicht Wenige sind der Meinung, der „Arabische Frühling“ habe längst Insolvenz angemeldet. Einzig Tunesien, das Land, in dem Anfang 2011 die Proteste in der arabischen Welt nach der öffentlichen Selbstverbrennung eines Obsthändlers in dem Städtchen Sidi Bouzid ihren Ausgangspunkt nahmen, gilt in politikwissenschaftlichen Analysen noch als Hoffnungsträger der Region.² Gemessen am nachrevolutionären Chaos seiner Nachbarn – wie etwa der Libyer und insbesondere der Syrer – ist diese Qualifizierung nach wie vor plausibel. Während ein arabisches Land nach dem anderen aus unterschiedlichsten Gründen an der Revolution zu scheitern droht, hat Tunesien jüngst die erste friedliche demokratische Machtübergabe geschafft. Doch auch im kleinsten Land Nordafrikas sieht sich die postrevolutionäre Gesellschaft gewaltigen Herausforderungen ausgesetzt.

„Sie machen mich wütend“

Vor nunmehr vier Jahren wurde Tunesiens autoritärer Herrscher Zine el-Abidine Ben Ali gestürzt. Die Proteste stützten sich auf breite Zustimmung im Volk.³ In einer Umfrage⁴ gab eine Mehrheit der befragten Tunesier an, dass sich das Leben in ihrem Land im Vergleich zur Lage vor der Revo-

¹ Vgl. Kristina Milz: Ein Stuhl bleibt leer, in: *zenith – Zeitschrift für den Orient* 5 (2013), S. 44–47.

² So beispielsweise Isabelle Werenfels: Tunesiens Demokratisierung: Lernen aus den Katastrophen der Anderen, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, Kurz gesagt, 27.01.2014, <http://www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/tunesiens-demokratisierung-lernen-aus-den-katastrophen-der-anderen.html> [Stand: 09.02.2015].

³ 48 Prozent der Tunesier gaben sogar an, an der Revolution aktiv beteiligt gewesen zu sein. Mansoor Moaddel: *The Birthplace of the Arab Spring: Values and Perceptions of Tunisians and A Comparative Assessment of Egyptian, Iraqi, Lebanese, Pakistani, Saudi, Tunisian, and Turkish Publics*, University of Maryland 2013, hier S. 4.

⁴ Befragt wurden 3.070 volljährige Tunesier/innen sowie Vergleichsgruppen in Ägypten, Irak, Libanon, Pakistan, Saudi-Arabien und der Türkei.



Basma Khalfaoui, Witwe des Politikers Chokri Belaïd

Foto: Kristina Milz



Gedenkstein für Belaïd unweit des Attentatortes im Viertel El Mensab, Tunis Foto: Kristina Milz

lution verbessert habe: Willkürliche Verhaftungen und die Korruption beispielsweise seien zurückgegangen.⁵ Noch mehr Befragte allerdings glauben, dass die Schere zwischen Arm und Reich seither weiter auseinandergegangen sei.⁶ Auch wenn die katastrophale wirtschaftliche Lage zu Recht als eine der Hauptursachen der Revolution betrachtet wird,⁷ dürfen die als „postmaterialistisch“ etikettierten Werte und Einstellungen des tunesischen Volkes nicht vernachlässigt werden: Demokratie und Menschenrechte waren zentrale Forderungen der Protestierenden.

Viele Tunesierinnen und Tunesier erkennen die bisherigen Errungenschaften der Revolution in rechtsstaatlichen Fragen an. Auf der anderen Seite scheinen sie diese nicht der zum Zeitpunkt der Befragung⁸ regierenden Koali-

tion aus *Ennahda*, *Ettakatol* („Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheit“) und *Al-Mottamar* („Kongress für die Republik [CPR]“) zuzuschreiben. Auf die Frage, welche Gefühle sie den politischen Führungskräften entgegenbrächten, antwortete 2013 ein bemerkenswertes Drittel mit der Auswahlmöglichkeit „Sie machen mich wütend“. ⁹ Weitere zwanzig Prozent sind eigenen Angaben zufolge „traurig“ und viele andere gaben an, sie würden die politische Führung „verachten“. Dieser klaren Mehrheit an massiver Unzufriedenheit steht nur ein Drittel der Befragten gegenüber, die „Respekt“ haben oder sich angesichts der politischen Führung „sicher fühlen“. 84 Prozent der Tunesier empfinden das Leben in ihrem Land als „unvorhersehbar“ und „gefährlich“. ¹⁰

5 Moaddel (wie Anm. 3), S. 5.

6 Ebd.

7 Ein „hohes Maß an ökonomischem Wachstum“ sehen denn auch 29 Prozent der Tunesier als oberste Priorität für das Land, vgl. Moaddel (wie Anm. 3), S. 37.

8 Die Befragung wurde in den Monaten März bis Mai 2013 durchgeführt.

9 Hier und im Folgenden: Moaddel (wie Anm. 3), S. 24.

10 Ebd., S. 79.



Auftritt des tunesischen Präsidenten Zine El Abidine Ben Ali mit seiner Frau Leila, Carthago, 25. Oktober 2009

Foto: ullstein bild/Fotograf Hassene Dridi

Die Fälle der ermordeten tunesischen Oppositionspolitiker¹¹ eröffnen einen Blick auf die strukturellen Problemfelder, die Tunesien nach der Diktatur beherrschen. Familie Belaïd wurde ein halbes Jahr kein Polizeischutz gewährt, obwohl sie diesen nach dem Attentat umgehend angefordert hatte.¹² Auch die Reaktion der Justizbehörden auf den Mord war nach rechtsstaatlichen Kriterien kaum zu rechtfertigen. Hinzu kamen öffentliche Verunglimpfungen, die Belaïd bereits im Wahlkampf Atheismus und Finanzierung aus dem Ausland unterstellt hatten – pauschale Verleumdungsmuster, die in der gesamten arabischen Welt immer wieder greifen. Von der *Ennahda* nahestehenden Journalisten wurde sogar das Gerücht gestreut, seine Ehefrau selbst habe ihren Mann erschossen. Die Fronten zwischen Säkularen und Islamisten sind verhärtet. Während die einen die *Ennahda*-

Anhänger oftmals pauschal als „Terroristen“ bezeichnen, ist andersherum der Vorwurf allgegenwärtig, die Gegner der Regierung stünden nach wie vor dem gestürzten Ben-Ali-Regime nahe.¹³

Von der Unabhängigkeit zur zweiten „Jasmin-Revolution“

Um die derzeitigen Konfliktlinien im Land nachvollziehen zu können, ist ein Blick auf die jüngere historische Entwicklung sowie die Bevölkerungsstruktur Tunesiens aufschlussreich. Der Staat an der Küste Nordafrikas erlangte seine Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft im Jahr 1956. Angeführt wurde die Bewegung vom tunesischen Nationalisten Habib Bourguiba, der das Land

11 Nur wenige Monate nach der Ermordung Belaïds, am 25. Juli, wurde der Vorsitzende der kleinen linken Partei „Die Volksbewegung“, Mohamed Brahmi, ebenfalls vor seiner Haustür erschossen. Der Trauerzug wurde zu einer Massendemonstration mit Straßenschlachten zwischen Islamisten und Säkularen.

12 Milz (wie Anm. 1), S. 45.

13 So etwa bei den Demonstrationen für Pressefreiheit als Reaktion auf die Verhaftung eines regierungskritischen Journalisten im September 2013, als die versammelten Medienvertreter das Religionsministerium belagerten. Kristina Milz: Freiheit hinter Gittern, in: zenithonline vom 23.09.2013, <http://www.zenithonline.de/deutsch/gesellschaft/a/artikel/freiheit-hinter-gittern-003814/> [Stand: 08.02.2015].



Abbildung: ddp images/Peter Hermes Furian

bis 1987 autoritär regierte. Die Spuren, die der französische Kolonialismus hinterlassen hat, sind bis heute spürbar: Obwohl Arabisch als einzige Amtssprache fungiert,¹⁴ spricht eine breite Mehrheit im Alltag das als Tunesisch bezeichnete Gemisch aus Arabisch und Französisch, für das es keine offizielle schriftliche Entsprechung gibt.¹⁵ Bestrebungen, die französische Sprache aus dem Land zu verdrängen, blieben relativ erfolglos. Reines Französisch hingegen gilt als typisches Kennzeichen der gebildeten Oberschicht.

Im November 1987 setzte General Ben Ali als amtierender Ministerpräsident den langjährigen Staatspräsidenten Bourguiba mit der Begründung ab, dieser sei „senil“. Dabei wurde er von einer breiten Mehrheit des politischen Spektrums unterstützt. Der unblutige Putsch wurde als „Jasminrevolution“ bezeichnet – ein Begriff, den sich auch die Demonstranten von 2011 zu eigen machten, um damit die Souveränität des Volkes im „Land des Jasmins“ zu unterstreichen.

Sowohl in der Ära Bourguiba als auch unter Ben Ali wurden zwei Kräfte Tunesiens systematisch unterdrückt, die sich später als schärfste Widersacher des Systems herausstellen sollten: die Gewerkschaften¹⁶ und der politische Islam.¹⁷ Bourguiba verabschiedete zahlreiche Reformen, die den Einfluss der Religion auf das öffentliche Leben einschränkten. Islamistische Gruppierungen wurden vom politischen Prozess ausgeschlossen, Koranschulen wurden verstaatlicht. Nach der Machtübernahme Ben Alis, der zunächst einen weniger autoritären Führungsstil als sein Vorgänger pflegte, wurden einige inhaftierte Oppositionelle freigelassen. Mit dem drohenden Beispiel des Nachbarlands Algerien konfrontiert, wo infolge des Wahlsiegs der Islamisten Ende 1991 ein Bürgerkrieg ausbrach, der die herrschenden Machtverhältnisse infrage stellte, wurde Tunesien zunehmend autokratisch regiert. Dass diese Entwicklung des pro-europäischen, pro-amerikanischen Regimes in der EU und den USA toleriert, ja aus Angst vor einem Erstarken des Islamismus sogar protegiert wurde,¹⁸

gehört in die Reihe der wenig ruhmreichen Politiken des „Westens“ gegenüber der arabischen Welt. Die systematische Unterdrückung der Opposition sollte sich 2011 ins Gegenteil verkehren, als in der ersten demokratischen Wahl des Landes das Volk genau diesen Kräften die größte Legitimität zusprach.

Im Vergleich zu anderen Staaten des Nahen Ostens ist Tunesien mit seinen rund elf Millionen Einwohnern¹⁹ durch eine ausgesprochen homogene Gesellschaft gekennzeichnet: 98 Prozent der Bevölkerung gelten als arabischstämmig.²⁰ Nach offiziellen Angaben gehören 99,1 Prozent der Tunesier und Tunesierinnen dem sunnitischen Islam an.²¹ Ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft entlang konfessioneller oder ethnischer Linien kann demnach auch von einer genau dies provozierenden Politik (wie sie beispielsweise im Zuge der Protestwelle in Syrien vom Assad-Regime verfolgt wurde und wird), nicht herbeigeführt werden. Vielmehr konzentriert sich der gesellschaftliche Konflikt in Tunesien auf eine andere Ebene, insbesondere in Bezug auf die religiöse Überzeugung: Hier teilt sich die Gesellschaft hinsichtlich der Auslegung des sunnitischen Islam und konzentriert sich auf Fragen der Säkularität und der Bedeutung der „*Shari'a*“ (des islamischen Rechts) für das Gemeinwesen.

Stellung des Islam in Politik und Gesellschaft

Entgegen der Wahrnehmung vieler europäischer Kommentatoren, die die Vereinbarkeit von mehrheitlich muslimisch bevölkerten Ländern und der Demokratie grundsätzlich infrage stellen,²² ist die Trennung von Staat und Religion in Tunesien ein durchaus bestimmendes Ideal: Mehr als zwei Drittel der Tunesierinnen und Tunesier sind überzeugt, dass Religion und Politik nicht vermischt werden sollten.²³ Eine islamische Regierung befürworten mit Nachdruck lediglich 17 Prozent der Befragten.²⁴ Damit einhergehend präferiert

14 CIA World Factbook 2014, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ts.html> [Stand: 11.02.2015].

15 Juliette Garmadi-Le Cloirec: Remarques sur la Syntaxe du Français de Tunisie, in: Langue Française 35 (1977), S. 86.

16 Zur „Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT)“ und seiner Vergangenheit in der Opposition siehe Anna Fleischer: Tunesien: Der Geburtsort des „Arabischen Frühlings“ – Drei Jahre danach. Kurzanalyse des Deutschen Orient-Instituts, Berlin 2014, S. 5 f.

17 Hier und im Folgenden: Fleischer (wie Anm. 16), S. 2 f.

18 Dazu auch ebd., S. 4 f.

19 United Nations Population Fund 2014.

20 CIA World Factbook (wie Anm. 14).

21 Das verbleibende Prozent setzt sich aus Christen, Juden, Schiiten und Anhängern der vergleichsweise jungen *Baha'i*-Religion zusammen: CIA World Factbook (wie Anm. 14).

22 Die Diskussion um die Demokratiekompatibilität „des Islam“ erfreut sich spätestens seit den jüngsten Entwicklungen in der arabischen Welt wieder verstärkter Aufmerksamkeit. Der kulturalistische Ansatz, der auf dem von Huntington suggerierten „Kampf der Kulturen“ fußt, ist in dieser Frage vor allem im populistischen Diskurs nach wie vor breit vertreten. Samuel P. Huntington: The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York 1996.

23 Moaddel (wie Anm. 3), S. 61.

24 Einen nützlichen Vergleichswert stellen hier die ägyptischen Untersuchungsergebnisse mit immerhin 26 Prozent dar, vgl. Moaddel (wie Anm. 3), S. 66.

LANDESDATEN

	TUNESIEN	Deutschland
Fläche	¹ 163.610 km ²	4357.340 km ²
Bevölkerung	² 11.100.000	480.822.200
Bevölkerungsprognose bis 2050	² 13.192.000 (2012)	⁵ 74.720.000 (2013)
Bevölkerungswachstum	¹ 0,92% (Schätzung)	¹ -0,18% (Schätzung), ⁴ 0,3% (2013)
Ethnische Gruppen	¹ 98% Araber, ¹ % Europäer u.a.	¹ 91,5% Deutsche, ² ,4% Türken, ⁶ ,1% andere
Religionszugehörigkeit	¹ 99,1% Sunniten, ¹ % andere (Christen, Juden, Schiiten, Baha'i)	¹ 34% Protestanten, ³ 4% Katholiken, ³ ,7% Muslime, ²⁸ ,3% Konfessionslose u. a. Religionen
Sprachen	¹ Arabisch (offiziell), Französisch, Tamazyit	¹ Deutsch
Durchschnittsalter	¹ 31,4 Jahre	¹ 46,1 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren	¹ 23%	¹ 13%
Bevölkerung über 65 Jahren	¹ 7,7%	¹ 20,9%
Lebenserwartung bei der Geburt	² Männer 74 Jahre, Frauen 78 Jahre (Ø2010-2015)	¹ Männer 78 Jahre, ¹⁵ , Frauen 82 Jahre, ⁸⁶
Geburten pro Frau	² 2,0 (Ø2010-2015)	¹ 1,43 (Schätzung)
Alphabetisierungsrate	¹ 79,1% (Männer 87,4%)	¹ 99% (Männer und Frauen)
Wachstum BIP	³ 0,3%	⁴ 1,5%
BIP pro Kopf	³ 10.739 US-\$ (2013)	¹ 39.500 US-\$ (2013)
Arbeitslosigkeit	¹ 17,2% (Schätzung 2013)	¹ 5,3% (2013)
Jugendarbeitslosigkeit (15-24 J.)	¹ 42,3% (2011)	¹ 8,1%
Inflation	¹ 6,1% (Schätzung 2013)	¹ 1,6% (Schätzung 2013)
Human Development Index (United Nations Development Programme)	Rang 90 (von 187 Staaten)	Rang 6 (von 187 Staaten)
Global Peace Index (Institute for Economics and Peace)	Rang 79 (von 162 Staaten)	Rang 17 (von 162 Staaten)
Rating Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)	Rang 133 (von 180 Staaten)	Rang 14 (von 180 Staaten)
Korruptionsindex CPI (Transparency International)	Rang 79 (von 175 Staaten)	Rang 12 (von 175 Staaten)

Angaben (soweit nicht anders angegeben) aus dem Jahr 2014.

¹ CIA World Factbook

² United Nations Populations Fund

³ Trading Economics

⁴ Statistisches Bundesamt

⁵ Eurostat



Erste Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung nach der Krise des ANC-Prozesses im Sommer, Tunis, 17. September 2013

Foto: Kristina Milz

nahezu die gleiche Anzahl an Befragten Politiker, die strenge islamische Überzeugungen haben, gegenüber Politikern, die sich auf „nationale Interessen“ beschränken.²⁵

Angesichts dieser Befunde erscheint der überwältigende Wahlsieg der islamistischen *Ennahda* im Oktober 2011 in der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung²⁶ zunächst erklärungsbedürftig. Der Widerspruch löst sich durch einen Blick auf die Geschichte Tunesiens auf: Gewählt wurden insbesondere solche Parteien und Politiker, die eine politische Vergangenheit als oppositionelle Kraft gegen das Ben-Ali-Regime vorzuweisen hatten.²⁷ Die beiden späteren Koalitionspartner der *Ennahda* – CPR (mit 8,7 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft) und *Ettakatol* (7 Prozent)²⁸ – sind säkular orientierte Mitte-Links-Parteien. *Ettakatol*, die sich der Korruptionsbekämpfung und Transparenz im politischen Prozess verschrieben hat, wurde bereits 1994 gegründet, aber erst 2001 rechtlich anerkannt; die

25 Ebd., S. 72.

26 Mit 37 Prozent der Stimmen die mit Abstand erfolgreichste Partei. National Democratic Institute: Final Report on the Tunisian Constituent Assembly Elections, Washington 2011, S. 19, https://www.ndi.org/files/tunisia-final-election-report-021712_v2.pdf [Stand: 11.02.2015].

27 So argumentiert auch Nouri Gana: Introduction: Collaborative Revolutionism, in: Nouri Gana (Hrsg.): The Making of the Tunisian Revolution. Contexts, Architects, Prospects, Edinburgh 2013, S. 1–31.

28 National Democratic Institute (wie Anm. 26).

29 Fleischer (wie Anm. 16), S. 7.

30 Werenfels (wie Anm. 2).

Bürgerrechtspartei CPR wurde 2001 gegründet und bereits im darauffolgenden Jahr wieder verboten.²⁹

Zudem darf nicht vergessen werden: Die *Ennahda*-Partei war im Vergleich zu anderen islamistischen Parteien in Nahost bezüglich ihrer Einstellungen zur gesellschaftlichen und politischen Ordnung immer schon progressiver und toleranter; dies gilt insbesondere auch im Vergleich zur ägyptischen Muslimbruderschaft.³⁰ Der Oberbegriff „Islamismus“ bezeichnet zunächst lediglich das Phänomen eines „politischen Islam“ und kann daher von moderaten Bewegungen wie der *Ennahda* hin zu terroristischen Vereinigungen Unterschiedliches, wenn nicht sogar Gegensätzliches meinen.

Die überwiegend säkulare Orientierung der tunesischen Gesellschaft bedeutet keine Abwendung der Menschen vom Glauben: Auf die Frage nach identitätsbestimmenden Merkmalen sieht sich deutlich mehr als die Hälfte



Die Große Moschee in Kairouan gehört zum Weltkulturerbe. Das Areal um eines der bekanntesten Gotteshäuser Tunesiens umfasst mehrere tausend Quadratmeter. Foto: Kristina Milz

der tunesischen Bevölkerung in erster Linie als Muslime, gefolgt von einem Drittel, das seine Nationalität als ausschlaggebend bezeichnet.³¹ Eine Abwesenheit oder gar „Überwindung“ des Nationalismus ist damit freilich nicht bezeichnet: Drei Viertel der Befragten sind der eigenen Aussage nach „sehr stolz“ darauf, Tunesier/in zu sein.³² Das widerspricht der in islamistischen Kreisen beliebten Vorstellung einer „Umma“ („Gemeinschaft aller Muslime“), die in diesem Milieu oftmals im Sinne einer panislamischen, auch hinsichtlich der Staatlichkeit gemeinsamen Identität gefordert wird.

Allerdings haben die grundsätzlich säkularen Ansichten der Tunesierinnen und Tunesier Grenzen, insbesondere bezüglich der Toleranz gegenüber anderen Religionen: Ein Drittel der Bevölkerung ist der Ansicht, dass tunesische Kinder nichts über andere Religionen lernen sollten; 18 Prozent finden sogar, dass Nicht-Muslimen ihre Religionsaus-

übung verboten werden sollte.³³ Gegen gleiche Rechte für alle Religionsgruppen spricht sich knapp jeder Vierte aus.³⁴ Diese Ergebnisse machen auch die Grenzen der Meinungsfreiheit plausibel, die ein Großteil der tunesischen Bevölkerung zieht: Grundsätzlich spricht sich die überwiegende Mehrheit für den Schutz dieses Grundrechts aus, selbst wenn es den eigenen Überzeugungen oder der Politik der Regierung widerspricht. Nicht mehrheitsfähig ist dagegen der Schutz von Meinungen, die der Religion widersprechen.³⁵ Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass eine Kritik des Islam nicht toleriert werden sollte, aber: nur rund 30 Prozent finden, dass religiöse Führer nicht kritisiert werden dürfen.³⁶ Hier offenbart sich eine Kluft zwischen dem Glauben an sich und der Autorität der Religionsgelehrten, die mit einer weiteren Zahl korrespondiert: Knapp die Hälfte der Befragten gibt an, nie eine Moschee zu besuchen.³⁷

31 Moaddel (wie Anm. 3), S. 74.

32 Ebd., S. 76.

33 Ebd., S. 81 f.

34 Ebd., S. 22.

35 Ebd., S. 6.

36 Ebd., S. 83 f.

37 Weitere 17 Prozent nur selten, vgl. Moaddel (wie Anm. 3), S. 86.

Angesichts dieser Befunde mögen die Berichte über junge, meist männliche Tunesier überraschen, die in den vergangenen Monaten in erschreckender Anzahl den Weg nach Syrien oder in den Irak suchten, um den sogenannten „Islamischen Staat“ bei der Umsetzung seiner brutalen Herrschaft zu unterstützen. Meist lassen sie verzweifelnde und ratlose Familienmitglieder zurück. Aus keinem Land kommen derzeit mehr IS-Kämpfer als aus Tunesien, mehrere tausend sollen es sein.³⁸ Man muss jedoch nicht davon ausgehen, dass der Islamismus in seiner derzeit wohl aggressivsten Ausprägung³⁹ zwangsläufig ein Ergebnis religiöser Überzeugung oder gar „Verführung“⁴⁰ darstellt, bedeutet er doch vielmehr eine klare Abkehr vom Mehrheitsglauben der Muslime. Zur Beantwortung der Frage, inwiefern seine Anziehungskraft auf Teile der tunesischen Jugend als Ausdruck von Unzufriedenheit auf ganz anderen Gebieten gedeutet werden kann, scheint ein Blick auf die sozioökonomischen Rahmenbedingungen des Landes aufschlussreich.

Jung, gebildet, arbeitslos

„Eigentlich ähnelte sein Leben dem Leben Hunderttausender anderer junger Tunesier: kein Geld, kein vernünftiger Job, keine Perspektive. Unterdrückt von einem autoritären Regime, gegängelt und gedemütigt von korrupten Beamten, frustriert von einer Gesellschaft, die jungen Menschen kaum Chancen bot.“⁴¹ So kann die Lebenswirklichkeit Mohamad Bouazizis charakterisiert werden, des 26-jährigen

tunesischen Obsthändlers, der mit seiner Selbstverbrennung am 17. Dezember 2010 die Protestwelle in Nahost ins Rollen brachte. Er wurde zur Symbolfigur des Aufstandes gegen die repressiven Regime der arabischen Despoten; sein Bild ging über soziale Netzwerke um die Welt.⁴²

Bouazizi ist kein bedauerlicher Einzelfall: Die Probleme der Jugend sind die Probleme des Landes. Mit 31,4 Jahren Durchschnittsalter⁴³ ist Tunesien eine sehr junge Gesellschaft: 39 Prozent der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre.⁴⁴ Was hat sich an den Rahmenbedingungen für die junge, gut ausgebildete Generation⁴⁵ seither verändert? Die Situation hat sich sogar verschlechtert. Die allgemeine Arbeitslosigkeit in Tunesien liegt jüngsten Erhebungen zufolge bei satten 17,2 Prozent,⁴⁶ vor der Revolution waren es drei Prozentpunkte weniger.⁴⁷ Während die allgemeine Arbeitslosigkeit von 1994 bis 2010 auf relativ konstantem Niveau blieb, ja in den Jahren vor der Revolution sogar leicht zurückging, hat sich die Arbeitslosigkeit von Universitätsabgängern im gleichen Zeitraum vervierfacht.⁴⁸ Drastisch ist die Zahl der Jugendarbeitslosigkeit – für das Revolutionsjahr 2011 wurde sie mit 42,3 Prozent beziffert.⁴⁹ Für viele Tunesier bedeutet dies: Nach dem Hochschulabschluss führt der direkte Weg in die Arbeitslosigkeit, die Aussichten auf eine baldige Anstellung sind gering. Derzeit ist ein Drittel der tunesischen Hochschulabgänger ohne Arbeit.⁵⁰

Die Revolution, für welche die Unzufriedenheit mit der materiellen Lage in der Bevölkerung eine entschei-

38 Martin Gehlen: Tunesiens Mittelschichtkids ziehen in den Dschihad, in: Zeit Online, 02.12.2014, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/tunesien-jihadisten-radikalisierte-jugend> [Stand: 08.02.2015].

39 Vergleichbaren pseudoreligiösen Terror verbreitet derzeit wohl neben dem „Islamischen Staat“ nur noch die nordnigerianische Gruppierung *Boko Haram* („Westliche Bildung ist verboten“ ist eine gängige Übersetzung des Namens).

40 Zit. nach Gehlen (wie Anm. 38).

41 Yasemin Ergin: Als die Willkür unerträglich wurde, in: Daniel Gerlach u. Christian H. Meier (Hg.): Der Nahe Osten in hundert Köpfen. Biografische Skizzen zu Zeitgeschichte und Gegenwart, Bonn 2012, S. 168–170, hier S. 169.

42 Die Rolle von Facebook und anderen sozialen Netzwerken bei den arabischen Revolutionen wurde in vielen Beiträgen übertrieben hoch bewertet. Das Internet stellte mit seinen Möglichkeiten zur Vernetzung ohne Zweifel einen Katalysator der Proteste dar, kann aber sicherlich nicht als Bedingung oder gar ursächlich für diese betrachtet werden. In Ägypten beispielsweise wurde das Internet wenige Tage nach Beginn der Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz landesweit gesperrt – ein Eigentor des Mubarak-Regimes, da diese Maßnahme die Leute erst recht auf die Straße trieb, um Neuigkeiten zu erfahren.

43 CIA World Factbook (wie Anm. 14). Daran wird sich auch in Zukunft vermutlich nichts ändern: Die derzeitige Geburtenrate liegt bei 2,0 Kindern pro Frau (Durchschnittswert von 2010–2015): United Nations Population Fund (Hg.): The Power of 1.8 Billion. Adolescents, Youth and the Transformation of the Future, New York 2014, S. 114.

44 Germany Trade&Invest (Hg.): Wirtschaftstrends kompakt. Tunesien, November 2014, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/11/pub2012112680251111_159420.pdf [Stand: 10.02.2015].

45 Im Ranking zum globalen Bildungsniveau liegt Tunesien derzeit stabil im Mittelfeld auf Rang 90 von 187 Ländern und nimmt im regionalen Vergleich damit eine der besten Platzierungen ein. United Nations Development Programme, Human Development Reports, Education Index (November 2013), <http://hdr.undp.org/en/content/education-index> [Stand: 11.02.2015].

46 Schätzung 2013 nach CIA World Factbook (wie Anm. 14).

47 Fleischer (wie Anm. 16), S. 10.

48 African Development Bank (Hg.): The Revolution in Tunisia: Economic Challenges and Prospects, Edinburgh 2011, S. 2, http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/North%20Africa%20Quarterly%20Analytical%20Anglais%20ook_North%20Africa%20Quarterly%20Analytical.pdf [Stand: 11.02.2015].

49 Die Zahl bezieht sich auf Tunesier/innen zwischen 15 und 24 Jahren. Angabe 2011 nach CIA World Factbook (wie Anm. 14).

50 Germany Trade&Invest (Hg.): Wirtschaftstrends kompakt Jahreswechsel 2014/15: Tunesien, S. 7, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2015/01/pub201501088013_wirtschaftstrends---tunesien--jahreswechsel-2014-15.pdf [Stand: 11.02.2015].

dende Rolle spielte, brachte neue Unsicherheiten mit sich, die die Wirtschaft zusätzlich belasteten: Der so wichtige Tourismussektor brach ein,⁵¹ die Volkswirtschaft schrumpfte im Jahr 2011 um 1,8 Prozent.⁵² Die „schmerzhaften Umbruchprozesse mit Machtkämpfen zwischen Islamisten, Säkularen und Militärs“ mit ihrer einhergehenden Unsicherheit brachte die Volkswirtschaft unter Druck.⁵³ 2012 erholte sich das BIP wieder leicht und hatte einen Zuwachs von 2,7 Prozent zu verzeichnen.⁵⁴ Von 2010 auf 2012 stieg das staatliche Haushaltsdefizit von 1,0 Prozent des BIPs auf 6,3 Prozent, die Staatsverschuldung erhöhte sich im selben Zeitraum von 40,5 auf 52,5 Prozent. Der tunesische Dinar musste gegenüber dem Euro deutlich abgewertet werden. Die Exportwirtschaft dagegen erzielte nicht zuletzt deshalb auch nach der Revolution steigende Erlöse, hatte aber mit der lahmen Wirtschaft in Europa zu kämpfen.

Nach Einschätzung des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI)⁵⁵ ist Tunesien als „Marktwirtschaft mit Funktionsdefiziten“ einzustufen.⁵⁶ Die Schere zwischen Arm und Reich ist, wie bereits erwähnt, nach dem Empfinden der tunesischen Bevölkerung nach der Revolution noch weiter auseinandergegangen. Dies ist insofern erstaunlich, da die grassierende Korruption und die im Ben-Ali-Regime strukturelle Vetternwirtschaft⁵⁷ sich zumindest nicht verstärkt haben dürften. Die Differenz zwischen dem lange vernachlässigten Binnenland und den florierenden Küstenregionen ist immens: Im Jahr 2000 lag der landesweite Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung bei 18,4 Prozent – wobei nur 6,9 im Großraum Tunis, dagegen 30,8 Prozent im mittleren Westen des Landes betroffen waren.⁵⁸ Beobachter befürchten, dass sich die strukturelle Ungleichverteilung mit dem jüngsten Wahlsieg der säkularen Partei *Nidaa Tounes*, deren Wählerschaft sich

vor allem aus der privilegierten urbanen Region Tunesiens rekrutiert, durch eine forcierte Klientelpolitik noch verstärkt.⁵⁹ Optimistischere Stimmen weisen darauf hin: Eine hohe Inflation und Arbeitslosigkeit würden für stagnierenden privaten Konsum im Land sorgen, aber: „Nach Abschluss des demokratischen Übergangs ziehen die Investitionen mäßig an.“⁶⁰

Selbst wenn ein Großteil der jungen Tunesierinnen und Tunesier, die an der Seite des „Islamischen Staates“ in den Kampf gegen „Ungläubige“ zogen, der vergleichsweise vermögenden Mittelschicht entstammen und nicht direkt von Armut betroffen sind,⁶¹ bleibt die Frage nach den Gründen für deren Radikalisierung. Schwerlich kann diese monokausal einzig den aus den Golfstaaten finanzierten und von der *Ennahda* lange Zeit geduldeten salafistischen Imamen angelastet werden. Das radikale Gedankengut, das diese zweifelsohne vertreten, verlangt nach einem Nährboden, auf dem es gedeihen kann. Dass ein hohes Maß an Verunsicherung und Perspektivlosigkeit dabei eine Rolle spielt, ist im Falle Tunesiens kaum von der Hand zu weisen. Die junge Generation sieht sich einem langwierigen Transformationsprozess gegenüber, der naturgemäß nur schrittweise vorankommt und immer wieder Rückschläge hinnehmen muss – nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch in Fragen der Demokratisierung.

Dennoch gilt: „In einer Region, in der politische Konflikte in der Regel mit Gewalt oder Repression ausgeglichen werden, demonstriert Tunesien eindrücklich, dass der Verhandlungsweg zwar zäh sein mag, aber demokratischere und voraussichtlich auch nachhaltigere Resultate zeitigt.“⁶² Die seit Januar 2014 geltende neue tunesische Verfassung kann als Meilenstein in der Entwicklung des Landes gesehen werden. Doch wie kam es dazu?

51 2013 betrug der Anteil des Reise- und Tourismussektors am gesamten BIP in Tunesien 14,2 Prozent, im Jahr vor der Revolution waren es noch 17,5 Prozent: World Travel and Tourism Council Data, <http://knoema.com/atlas/Tunisia/topics/Tourism/Travel-and-Tourism-Total-Contribution-to-GDP/Total-Contribution-to-GDP-percent-share> [Stand: 12.02.2015]. Von 2010 auf 2011 gingen die Einnahmen in der Branche um rund 30 Prozent zurück: Wirtschaftskammer Österreich (Hg.): Länderreport Tunesien, Wien 2014, S. 4, <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-tunesien.pdf> [Stand: 12.02.2015].

52 Jan Claudius Völkel: BTI 2014 – Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika, Gütersloh 2013, S. 9, http://www.bti-project.de/uploads/tx_itao_download/BTI_2014_Regionalbericht_Naher_Osten_und_Nordafrika.pdf [Stand: 11.02.2015].

53 Völkel (wie Anm. 52), S. 13.

54 Hier und im Folgenden: Völkel (wie Anm. 51), S. 19.

55 Der BTI ist eine von der Bertelsmann Stiftung vorgelegte vergleichende Studie zum Entwicklungsstand und zur Governance von politischen und wirtschaftlichen Veränderungsprozessen in Entwicklungs- und Transformationsländern.

56 Völkel (wie Anm. 52), S. 9.

57 Die Familie Ben Ali wie die seiner Frau Leila Trabelsi und der weitere Familienkreis kontrollierten angeblich mehr als 40 Prozent der tunesischen Wirtschaft. Ausführlich hierzu: Fleischer (wie Anm. 16), S. 4.

58 African Development Bank (wie Anm. 48), S. 3.

59 Vgl. hierzu die Analyse von Anne Wolf: Power Shift in Tunisia. Electoral Success of Secular Parties Might Deepen Polarization, in: SWP Comments 54 (2014), http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C54_wolf.pdf [Stand: 11.02.2015].

60 Germany Trade&Invest (wie Anm. 38).

61 Die ärmeren Jugendlichen sehnen sich Gehlen zufolge eher nach Europa, vgl. Gehlen (wie Anm. 38). Entgegengesetzte Stimmen befürchten, dass sich die Radikalisierung mit zunehmenden ökonomischen Problemen verstärken könnte: Wolf (wie Anm. 59).

62 Werenfels (wie Anm. 2).

„Dégage!“ – und dann?

Tunesiens Bürger waren sich in den Tagen vor der Flucht Ben Alis einig: „Dégage!“ („Hau ab!“) war die Parole, der die Demonstranten ohne jeden Vorbehalt zustimmten. Zu groß war die Verärgerung im Volk über einen Diktator, der die Symbolfigur des Protestes gegen das unterdrückerische Regime kurz vor dessen Tod noch scheinheilig am Krankenbett besuchte.⁶³ Doch im Gegensatz zu manch anderen arabischen Reformstaaten beschränkte sich diese Einigkeit nicht nur auf den Sturz eines ungeliebten Despoten. Eine überwältigende Mehrheit der Tunesier und Tunesierinnen würde wohl dem Churchill'schen Credo beipflichten: „Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“⁶⁴ Wie diese jedoch in Tunesien zu erreichen und zu gestalten ist, darüber wurde und wird im Land gestritten.

Als eine der ersten Amtshandlungen der Übergangsregierung wurden die Verfassung als ungültig erklärt und Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung (ANC) angesetzt, die im Oktober 2011 stattfanden (s. o.). Im Dezember wurde der Menschenrechtsaktivist Moncef Marzouki für ein Jahr zum Präsidenten gewählt. Er ernannte Hamadi Jebali von der stärksten Partei *Ennahda* zum Premierminister. Ein Grundgesetz wurde verabschiedet, das den Aufbau der Regierung regelte. Außerdem sollte es die Gewaltenteilung und Menschenrechte garantieren, bis eine neue Verfassung in Kraft trat. Erst im Januar 2014 ratifizierten die Abgeordneten diese neue Verfassung.⁶⁵ Sie nennt – entgegen der Forderung der tunesischen Islamisten – den Islam nicht als Quelle der Gesetzgebung, sondern definiert den Willen des Volkes als oberste Macht. Männer und Frauen werden per Verfassung vor dem Gesetz gleichgestellt.⁶⁶ Die liberale Gestalt des konstitutionellen Textes sucht in der arabischen Welt ihresgleichen.⁶⁷

„Diese Verfassung war der Traum der Tunesier. Diese Verfassung ist der Beweis für eine Rückkehr der Revolution. Diese Verfassung schafft eine demokratische Bürgernation“,⁶⁸ fasste der ANC-Vorsitzende Mustapha Ben Jaafan den Enthusiasmus am Tag der Ratifizierung in Worte. Der Weg zu dieser Errungenschaft war steinig: Der ANC-Prozess erlebte im Sommer 2013 eine veritable Krise, die aber überwunden werden konnte.⁶⁹ Ende Juli hatten mehrere dutzend Abgeordnete ihre Arbeit ausgesetzt. Erst Mitte September kam es wieder zu einer Zusammenkunft. Debattiert wurde in dieser Sitzung über Sport in der Grundschule und Fischereigesetze – während tags zuvor wütende Proteste gegen den Umgang der Regierung mit der Pressefreiheit das Land erschütterten.⁷⁰

Bis zur Ratifizierung der Verfassung mussten mit Jebali und seinem Nachfolger Ali Larayedh auf öffentlichen Druck nach der Ermordung der Oppositionspolitiker Belaid und Brahmi zudem bereits zwei Premierminister zurücktreten. Auch diese Ereignisse sind bemerkenswert: Zum ersten Mal in der arabischen Welt verzichtete eine von Islamisten dominierte Regierung „im nationalen Interesse“ auf die Macht. Das kann auch als Lehre aus dem Schicksal der weniger kompromissbereiten Muslimbruderschaft in Ägypten interpretiert werden.⁷¹ Als Mohammed Mursi im Juli 2013 aus dem Amt getrieben wurde, wurde die Organisation von der Militärregierung massiv unterdrückt: Aussehen, auf die man im tunesischen Islamismus gerne verzichtete.

Der Ausnahmezustand, der in Tunesien seit dem Januar 2011 galt, wurde im März 2014 von Präsident Marzouki aufgehoben. Im Oktober und November 2014 schließlich stimmte das Land über das neue Parlament und einen neuen Präsidenten ab. Die regierende *Ennahda* musste dabei große Stimmeneinbußen hinnehmen, die Wahlbeteiligung war im Vergleich zu 2011 von 52 auf 39 Prozent⁷²

63 Mohamed Bouazizi erlag seinen Verbrennungen am 4. Januar 2011. Fleischer (wie Anm. 16), S. 6.

64 Wörtlich wird in der Umfrage nach folgender Aussage gefragt, der 91 Prozent zustimmten: „Democracy may face problems but it's better than any other form of government.“ Moaddel (wie Anm. 3), S. 65.

65 Der Verfassungstext in deutscher Sprache (Übersetzung durch den Sprachendienst des Deutschen Bundestages): <http://www.kas.de/wf/doc/12770-1442-3-30.pdf> [Stand: 11.02.2015].

66 Verglichen mit anderen Ländern der Region sprechen sich in Tunesien deutlich mehr Bürger/innen für eine Gleichstellung von Mann und Frau aus. Auffällig ist, dass nach wie vor nur 26 Prozent Liebe als ausschlaggebenden Grund für eine Heirat sehen – im Vergleich zum Rat der Eltern, den 56 Prozent befolgen würden. Dass eine Frau sich jedoch so anziehen sollte, wie sie möchte, sehen in keinem anderen Land wie in Tunesien so viele als selbstverständlich an, vgl. Moaddel (wie Anm. 3), S. 6.

67 Werenfels (wie Anm. 3); Fleischer (wie Anm. 16), S. 2.

68 Zit. nach Tarek Amara: Tunisia approves new constitution, appoints government, in: Reuters, 26.01.2014, <http://www.reuters.com/article/2014/01/27/tunisia-politics-idUSL5N0L00NY20140127> [Stand: 12.02.2015] [Übersetzung der Autorin K. M.].

69 Ausführliche Analyse bei Anna Antonakis-Nashif: Legitimitäts- und Verfassungskrise in Tunesien. Zuspitzung durch politische Morde und die Entwicklungen in Ägypten, in: SWP Aktuell 49 (2013), http://www.swpberlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A49_atk.pdf [Stand: 09.02.2015].

70 Milz (wie Anm. 13).

71 Werenfels (wie Anm. 2).

72 Johanne Kübler: Der neue Alte in Tunis, in: zenithonline, 08.01.2015, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/a/artikel/der-neue-alte-in-tunis-004329/> [Stand: 08.02.2015].



Der tunesische Präsident Béji Caïd Essebsi (1. Reihe, Mitte) mit seinem Kabinett nach der Vereidigung, Tunis, 6. Februar 2015

Foto: ullstein bild/Fotograf: Zoubeir Souissi

rapide gesunken. Da keiner der Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit erreichen konnte, kam es im Dezember zu einer Stichwahl zwischen Altpräsident Moncef Marzouki und Béji Caïd Essebsi, die Letztgenannter für sich entschied.

Essebsi war bereits Außen- und Innenminister unter Bourguiba, Parlamentspräsident unter Ben Ali und Übergangspremier nach der Revolution von 2011. Heute gehört der 88-Jährige der erst 2012 gegründeten, säkularen Partei *Nidaa Tounes* („Ruf Tunesiens“) an und gilt als kleinsten gemeinsamer Nenner des Anti-*Ennahda*-Bündnisses.⁷³ Als Premierminister fungiert seit Anfang Februar 2015 mit Habib Essid ein parteiloser Ökonom, der vor allem für seine Wirtschaftskompetenz bekannt ist. Nach der friedlichen Machtübergabe durch *Ennahda* hat die junge Demokratie die erste Hürde genommen. Die Zeit der politischen Instabilität des Landes scheint mit der neuen Verfassung und einer handlungsfähigen, demokratisch legitimierten Regierung vorerst überwunden zu sein. Neben der stagnierenden Wirtschaft sieht sich die Politik jedoch weiteren enormen Herausforderungen gegenüber, die für die nun führenden Köpfe auch persönlicher Art sein werden: die Achtung der Menschenrechte und die Aufarbeitung der Diktatur.

73 Kübler (wie Anm. 72).

74 Hier und im Folgenden: ebd.

75 Ausführlich hierzu: Elyes Ben Sendrine: Methoden und Praxis des Machtmissbrauchs. Wie das Regime Ben Ali Kritiker systematisch mundtot machte, in: Moritz Behrendt, Robert Chatterjee, Daniel Gerlach u. Philipp Spalek (Hg.): Diktatur bewältigen. Aufarbeitung und Übergangsgerechtigkeit in Ägypten und Tunesien, Berlin 2013, S. 174–203.

Presse- und Meinungsfreiheit auf dem Prüfstand

Ein wahrer Personenkult⁷⁴ um den neuen Präsidenten Essebsi geht vor allem auf die Zeit der Übergangsregierung nach der Revolution zurück, in der er sich einen hervorragenden Ruf insbesondere im Vergleich zu den Islamisten erarbeitete – selbst Journalisten nannten ihn in Artikeln bei seinem Spitznamen „*Bajbouj*“, den er seit Kindheitstagen trägt. Für systemkritische Journalisten gilt Essebsi eher als Gefahr, wie zwei Beispiele verdeutlichen: Kurz nach seiner Wahl zum Jahresende kam es zu spektakulären Verhaftungen. Die Regisseurin Ines Ben Othman wollte gegen eine Polizistin Anzeige erstatten, die sie auf Facebook mehrfach bedrängt und beleidigt hatte; stattdessen wurde sie selbst verurteilt. Der Blogger Yassine Ayari, der *Nidaa Tounes* und Essebsi im Wahlkampf scharf kritisiert hatte, wurde von einem Militärtribunal wegen Verleumdung zu drei Jahren Haft verurteilt.

Diese Verstöße gegen die Meinungsfreiheit haben in Tunesien eine lange Tradition: Das Grundrecht war bereits von Bourguiba massiv eingeschränkt worden, unter Ben Ali wurde jegliche Art von Kritik unterdrückt.⁷⁵ Doch



Der Journalist Zied el-Heni am Tag seiner Entlassung, Tunis, 17. September 2013 Foto: Kristina Milz

auch nach der Revolution sehen sich Journalisten schwierigen Arbeitsbedingungen und Einschränkungen gegenüber: Zwar herrscht seither offiziell Pressefreiheit, doch der Zugang zu Informationen wird regierungskritischen Journalisten verwehrt. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ stuft Tunesien im Jahr 2014 in ihrem Ranking der globalen Pressefreiheit auf Rang 133 von 180 Ländern ein.⁷⁶ Das ist zwar eine Verbesserung gegenüber dem Stand unter Ben Ali, wo das Land noch auf dem 164. Platz rangierte⁷⁷ – aber es ist nicht der von vielen erwartete Meilenstein.

Die nach wie vor schlechte Bewertung ist nicht zuletzt Fällen wie dem von Zied el-Heni geschuldet.⁷⁸ Der einflussreiche tunesische Journalist, der über Korruption und politische Attentate berichtet hatte, saß im September 2013 drei Tage in Haft, weil er einen Staatsanwalt verleumdet haben soll. Er hatte im Fernsehen die Freilassung eines Kameramanns gefordert, der aufnahm, wie ein Ei auf den Kulturminister geworfen wurde. El-Heni beschuldigte im Fernsehen Staatsanwalt Tarek Chkioua eines Komplotts, das das Ziel habe, die tunesischen Medien einzuschüchtern. Diese Aussage war offensichtlich zu viel der Meinungsfreiheit. Der Journalist musste ins Gefängnis, ohne dass seine Anwälte angehört wurden. Es folgte ein Generalstreik der tunesischen Medienvertreter. Gegen eine Kautions wurde el-Heni wieder freigelassen.

„Es ist bekannt, dass el-Heni früher dem Ben-Ali-Regime nahestand“, kommentierte ein ANC-Abgeordneter den Vorfall. Für die einen ist el-Heni ein Held, der für die Freiheit der Presse kämpft – für andere dagegen ist er ein

76 Reporters Without Borders, World Press Freedom Index 2014: <http://rsf.org/index2014/en-index2014.php> [Stand: 11.02.2015].

77 Reporters Without Borders, World Press Freedom Index 2010: <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2010,1034.html> [Stand: 11.02.2015].

78 Hier und im Folgenden: Milz (wie Anm. 13).

79 Kübler (wie Anm. 72).

80 Zur Dringlichkeit der Archivöffnung siehe Amen Allah Derouiche: Warum die Archive geöffnet werden müssen. Ohne vollen Aktenzugang sprießen in Tunesiens postrevolutionären Gerichtsverfahren die Gerüchte, in: Behrendt/Chatterjee/Gerlach/Spalek (wie Anm. 75), S. 206–216.

81 Fleischer (wie Anm. 16), S. 6.

Mann, der früher das alte System unterstützte. Ein berechtigter Vorwurf? Oder ein haltloser Verdacht? El-Heni ist ein gutes Beispiel dafür, dass sich die Grenzen nicht einfach ziehen lassen. Zu Zeiten der Diktatur schrieb der Journalist für das regierungsnahen Blatt „La Presse“. Unbestritten ist aber auch, dass sein Blog im Internet während der Präsidentschaft Ben Alis mehr als hundert Mal geschlossen wurde.

Der Fall el-Heni fiel noch in die Regierungszeit von *Ennahda* – *Nidaa Tounes* und die neue Regierung müssen nun beweisen, dass sie die Meinungsfreiheit höher schätzen als ihre Vorgänger. Bisherige Vorkommnisse wie die der beiden Verhaftungen zum Jahresende (s. o.) nähren bereits Zweifel.

„Instanz der Wahrheit und Würde“

Ähnliches gilt für die Aufarbeitung der Diktatur Ben Alis, deren Unterstützung dem neuen Präsidenten Essebsi als ehemaligem Minister aus dieser Zeit schwer fallen dürfte. Im Juni 2014 wurde die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Sihem Bensedrine zur Präsidentin der „*Instance Vérité et Dignité*“ („Instanz der Wahrheit und Würde“) gewählt. Die Wahrheitskommission soll alle hohen Amtsträger auf Verbindungen zum Ben-Ali-Regime überprüfen. Sie nahm ihre Arbeit im Dezember 2014 auf. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen wollte Bensedrine kurz nach der Wahl Essebsis Dokumente aus dem Präsidentenpalast in Sicherheit bringen – ein Eklat.⁷⁹ Sie fürchtete offensichtlich die Vernichtung wichtiger Akten,⁸⁰ da Essebsi hatte verlauten lassen, dass die Wahrheitskommission einzig dazu diene, alte Rechnungen zu begleichen.

Bei den Protesten gegen Ben Ali wurden 300 Menschen getötet, die Zahl der Verletzten wird auf 700 geschätzt.⁸¹ Alte Rechnungen sind also tatsächlich noch offen. Das gilt aber nicht nur für die Regierungszeit Ben Alis und dessen unter zahlreichen Opfern durchgesetzten Sturz, sondern auch für die darauf folgende Periode der *Ennahda*-Regierung: Die Ermordung des Oppositionspolitikers Chokri Belaïd wurde bis heute nicht aufgeklärt, genauso wenig wie die seines Kollegen Mohamed Brahmî. Zumindest den Ermittlungen im islamistischen Milieu steht mit der neuen säkular orientierten Regierung politisch nichts mehr im Wege. Wie diese jedoch mit ihren eigenen Kritikern umgeht – nicht zuletzt daran wird sich entscheiden, ob Tunesien in der Demokratie angekommen ist. ■

Salafismus – eine Einordnung

Von Mitra Moussa Nabo



Foto: ullstein bild /

Fotograf: Raimund Franken

Seit geraumer Zeit spielt das Phänomen Salafismus eine immer größere Rolle in der deutschen Öffentlichkeit. Die Verteilung von Koran-Exemplaren durch Salafisten, bundesweite Demonstrationen der losen Aktionsgruppe „Hooligans gegen Salafisten“ oder regelmäßige Warnungen der Verfassungsschutzbehörden vor einer stetigen Einflusszunahme salafistischer Bestrebungen sind nur einige Beispiele, die in der medialen Perzeption und in politischen Debatten aufgegriffen werden und unser Bild von Salafismus prägen. Dieses eher diffuse Bild hat bisweilen eine dominante sicherheitspolitische Färbung, die immer wieder durch unterschiedliche Ereignisse und deren sicherheitspolitische Einordnung manifestiert wird. Exemplarisch stehen hierfür die jüngsten Gewalttaten in Paris, der „Jihad-Tourismus“ in Konfliktgebiete wie Syrien und Irak oder aber regelmäßige Meldungen über Verhaftungen mutmaßlicher Terroristen. Vor diesem Hintergrund wird Salafismus primär als eine Bedrohung wahrgenommen, und zwar entweder als konkrete Gefahr in Hinblick auf terroristische Ambitionen oder aber als latente Bedrohung für die friedliche gesellschaftliche Koexistenz der Bundesrepublik.

Diese Perzeption des Phänomens Salafismus wird durch eine dominierende Lesart im öffentlichen Diskurs weiter verschärft. Begriffe wie „Islamismus“, „Extremismus“, „Fundamentalismus“, „Jihadismus“ oder „Terrorismus“ werden in dieser Form oder in adjektivierender Weise mit dem Salafismus kontextualisiert. Dadurch wird der Begriff Salafismus noch verworrener und undurchsichtiger. Salafismus wird so zu einer obskuren sowie unfassbaren Erscheinung und zu einem Sinnbild diffuser Bedrohungswahrnehmungen.

Ausgehend von dieser kurz skizzierten Problematik des Phänomens Salafismus im Kontext des öffentlichen Diskurses wird hier der Versuch unternommen, Salafismus aus einer analytischen Perspektive zu beleuchten, um der Komplexität und vielschichtigen Relevanz für die deutsche Gesellschaft gerecht zu werden. Hierbei geht es nicht um die Negierung sicherheitspolitischer Belange oder die Verharmlosung seiner Bedrohungspotentiale. Vielmehr soll mittels einer umfassenderen Betrachtungsweise Salafismus als ein empirisches Phänomen fassbar gemacht werden und in Abgrenzung zu einer normativ-wertenden Sichtweise in seiner mehrdimensionalen Bedeutung verstehbar werden.

Islamismus und Co.

Der öffentliche Diskurs zum Salafismus ist stark von einer Reihe an Narrativen und Begrifflichkeiten geprägt. Einige davon werden im Hinblick auf die inhaltliche Konzeption von Salafismus als sinnvoll erachtet, so z.B. „Islamismus“ und „Jihadismus“. Diese werden hier erläutert und kontextualisiert, auch im Zusammenhang mit verwandten Begriffsfeldern.

Islamismus

Es existiert keine allgemein gültige Definition von Islamismus. Auch ist es unsinnig, diesen Begriff genau bestimmen zu wollen, da unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Ausprägungen existieren. Dennoch soll hier eine allgemeine Minimaldefinition aufgezeigt werden, um ein grundsätzliches Verständnis dafür zu entwickeln, wie Islamismus empirisch verstanden werden kann.

Der Begriff Islamismus ist in öffentlichen sowie akademischen Debatten weit verbreitet und dient unterschiedlichen Darstellungen, die z.B. Politik und Gesellschaft arabisch-islamischer Staaten betreffen. Er wurde in den 1990er Jahre sukzessive etabliert. Nicht zuletzt seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist Islamismus im Kontext medialer und politischer Diskurse pejorativ geprägt. Diese dominierende abwertende Darstellung impliziert, dass Islamismus per se eine extremistische, gewalttätige, antidemokratische sowie antiwestliche Ideologie sei.

Was bedeutet nun Islamismus und in welcher Beziehung steht er zum Salafismus? Grundsätzlich bedeutet Islamismus – auch politischer Islam genannt – „islamisch geprägter politischer Aktivismus“. Dieser kann mindestens aus zwei prinzipiell unterschiedlichen Perspektiven wahrgenommen werden. Auf der einen Seite, in einer „abgrenzenden“ Perspektive, sind Islam und Politik prinzipiell getrennt. Auf der anderen Seite, in einer „komplementären“ Sichtweise, bedingen und ergänzen sich Islam und Politik.

Aus der „abgrenzenden“ Perspektive wird hervorgehoben, dass der Islam zu allererst eine Religion kollektiver Moral sei, die kaum spezifisch Politisches enthalte. Und wenn ein Bezug zwischen Religion und Politik hergestellt werde, sei dieser auf die Bestrebungen der Herrschenden zurückzuführen, um „sich der Religion als ein[es] legiti-

mierende[n] Schutzschildes für [ihre] Handlungen“ zu bedienen.¹ Diese Argumentation kann als Missbrauchsvorwurf verstanden werden. Demnach wird der Islam in einer kalkulierten und strategischen Weise instrumentalisiert, um Macht zu erlangen bzw. Machtpositionen zu reproduzieren.

In deutlicher Abgrenzung zu dieser Sichtweise gründet das Gegenargument der „komplementären“ Perspektive auf der grundsätzlichen Annahme, dass „der Islam keine Trennung zwischen einer sakralen und profanen Sphäre“ kenne.² Gott „hat den Menschen, dem die Schöpfung anvertraut wurde, im Koran Regeln mit auf dem Weg gegeben, wie er mit dieser Welt umzugehen hat. [...] [S]eine Anweisungen sind rational und dienen den Interessen der Menschen [...] und dem Aufbau ausgewogener sozialer Beziehungen auf der Basis von Gerechtigkeit (*adala*) und Recht (*haqq*), der gegenseitigen sozialen Verantwortung (*takaful ijtima'i*) und der Menschenwürde (*karama*). Genauso wenig wie Religion und Alltagsleben nach islamischen Vorstellungen zu trennen sind, lässt sich die Religion von der Politik trennen, ist die Politik doch nur ein Bereich der Organisation gesellschaftlichen Zusammenlebens.“³ In diesem Sinne sind auch zahlreiche Debatten des innerislamischen Diskurses formuliert. Diese sind deutlich politischer Natur. Dabei werden beispielsweise Fragen zu Regierung und Herrschaft, Fragen zum Recht oder Fragen zu Machtbeziehungen zwischen Herrscher und Beherrschten diskutiert.⁴

Für den vorliegenden Beitrag wird eine „komplementäre“ Sichtweise auf den Islamismus eingenommen, die von der Verschmelzung von Religion und Politik ausgeht.

Demnach bezeichnet der Begriff Islamismus eine Ansammlung heterogener ideologischer und weltanschaulicher Ansätze sowie Bestrebungen, die sich aus dem Islam ableiten lassen.⁵ Dieser systematische politische Aktivismus des Islam ist eine moderne Erscheinungsform, die am Ende des 19. Jahrhunderts entstand und sich bis heute weiter ausdifferenzieren konnte. Ihm zufolge dient die Religion nicht der schieren Machtausübung, islamische Herrschaft – verstanden als legitime Machtausübung – dient primär der Etablierung islamischer Ordnung – in Staat und Gesellschaft. Dabei wird die *Scharia*⁶ als die Rechtsquelle islamischer Ordnung angesehen. An dieser Stelle ist es aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass keine einheitliche oder konsensuale juristische Auseinandersetzung mit der *Scharia* existiert. Diese Uneinheitlichkeit ist Ausdruck der Heterogenität des Islam, die nicht nur im Hinblick auf die konfessionelle Teilung zwischen Sunniten, Schiiten und Kharijiten bestimmt ist, sondern auch im Hinblick auf die innerkonfessionelle Differenzierung. So lassen sich beispielsweise in der sunnitischen Konfession – die quantitativ größte islamische Konfession – vier distinkte Rechtsschulen unterscheiden, die seit dem 9. Jahrhundert ausschließlich für die Interpretation von Koran und *Sunna/Hadith*-Sammlungen vorgesehen sind. Diese vier Rechtsschulen zeigen zum Teil fundamentale Unterschiede hinsichtlich juristischer Grundsatzfragen zur Lesart und Auslegung der Rechtsquellen – Koran und *Sunna/Hadith*-Sammlungen.⁷

Diese heterogene Ausprägung der islamischen Religion ist im Islamismus ebenfalls deutlich. So wird nicht nur zwischen schiitischen⁸ und sunnitischen Islamismen unter-

1 Nazih Ayubi: Politischer Islam. Religion und Politik in der arabischen Welt, Freiburg/Basel/Wien 2002, S. 16 u. 174.

2 Ivesa Lübben: Welche Rolle für den Islam?, in: Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika, hg. von Annette Jünemann/Anja Zorob, Wiesbaden 2013, S. 281.

3 Ebd., S. 281 f.

4 Tamim Al-Barghouti: The Umma and the Dawla. The Nation State and the Arab Middle East, London 2008, S. 7.

5 Till Seidensticker: Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen, ²München 2014, S. 9.

6 *Scharia* bezeichnet die islamische Rechtsordnung und begründet damit die islamische Jurisprudenz (*fiqh*). Die Hauptkomponenten der *Scharia* sind 1. Der Koran und 2. Die *Sunna/Hadith*. Der Koran ist im Islam das Wort Gottes, das widerspruchsfrei sowie unfehlbar ist. Gemäß dem Islam ist es das letzte Offenbarungsbuch, „das Gott dem Propheten Muhammad (570 – 632) durch den Engel Gabriel übermitteln ließ. [...] [Der Koran] wurde im Laufe der Tage vorgetragen und enthält Predigten, Ermahnungen, Prophetengeschichten, Auseinandersetzungen mit Ungläubigen und Juden und Christen. Er verkündet Antworten und gibt Verordnungen bekannt [...]“. Adel Khoury: Der Islam. Sein Glaube, seine Lebensordnung, sein Anspruch, ⁶Freiburg im Breisgau 2001, S. 36. Die *Sunna* ist „der vorbildliche Weg des Propheten Muhammad, dessen Hauptaufgabe darin bestand, die göttliche Offenbarung zu verkünden. [...] [D]ie Art und Weise wie Muhammad inmitten seiner Gemeinde lebte und seine Pflichten als vorbildlicher Muslim erfüllte, wie er die Gläubigen auf den Weg Gottes führte und die erforderlichen Regeln festlegte [...]“. Khoury (s. o.), S. 42. Dieser Weg oder diese Tradition Muhammads (die *Sunna*) wird im *Hadith* („Berichte und Erzählungen von und über Muhammad“) wiedergegeben. Die *Scharia* als Rechtsordnung im schiitischen Kontext gründet ebenfalls auf den Koran, die *Hadith*-Sammlungen werden zusätzlich durch Aussprüche der Imame, die als legitime Nachfolger Muhammads erachtet werden, ergänzt.

7 Die vier Schulen sind 1. die Malikitische Rechtsschule (*malikiya*); 2. die hanafitische Rechtsschule (*hanafiya*); 3. die schafiitische Rechtsschule (*schafiyya*); 4. die hambalitische Rechtsschule (*hambaliya*). Die wesentlichen Streitfragen innerhalb der verschiedenen Ausrichtungen handeln von Fragen zur Wichtigkeit konsensualer Entscheidungen (*malikiya*), der Möglichkeit von Entscheidungsfreiheit und dezisionistischer Urteile (*hanafiya*), von rationalen Argumentationen und widerspruchsfreien Analogieschlüssen sowie einer Höhergewichtung der *Sunna/Hadith*-Sammlungen (*schafiyya*) und die literalistische Auslegung von Koran und *Sunna* (*hambaliya*). Hans Küng: Der Islam. Geschichte, Gegenwart, Zukunft, ⁴München/Zürich 2004, S. 336–343.

8 Beispiele des schiitischen Islamismus sind die libanesische Partei Hizbullah oder die irakische Dawa-Partei. Als eine wesentliche ideologische Grundlage für viele schiitisch-islamistische Gruppen dient der Ansatz von Ruhollah Chomeini. Die Lehre von „der Herrschaft des Rechtsgelehrten“ prägt im Iran das politische System.

„Jihad“

Der Begriff „Jihad“ bedeutet im Arabischen „Anstrengung“. An unterschiedlichen Stellen im Koran steht *Jihad* für „moralisches Sich-Abmühen“ auf dem Weg oder für die Sache Gottes. Dies bedeutet z.B. die Anstrengung des Einzelnen, um die „inneren Laster“ und das „eigene Böse“ zu bezwingen, um so eine moralisch bessere islamische Gesellschaft zu verwirklichen. Dieses Verständnis vom *Jihad* wird von einigen Gelehrten als „der große *Jihad*“ bezeichnet.⁹

Ergänzend dazu wird *Jihad* im Koran in einer erweiterten Sinnzuschreibung verwendet. In diesem Kontext ist die Bedeutung von *Jihad* offenkundig als gewaltsamer Kampfbegriff zu verstehen. Diese legitimierte Gewaltanwendung wird sowohl defensiv als auch offensiv konzipiert und dient als Mittel der Herrschaft. So werden die islamischen Eroberungen im Sinne eines offensiven *Jihads* verstanden. Die idealtypische Einteilung der Welt in ein „Gebiet des Islam“, in dem die islamische Rechtsordnung gilt, und in ein „Gebiet des Krieges“, welches es zu erobern und zu bezwingen gilt, verdeutlicht einen islamischen Expansionsanspruch, der auch mittels Gewalt realisiert werden kann. Dieser *Jihad* ist im Prinzip als Kollektivpflicht verankert. *Jihad* als Individualpflicht ist im Falle einer äußeren Aggression, die gegen das „Gebiet des Islam“ gerichtet ist, vorgesehen.¹⁰

Im Hinblick auf die gewaltsame Bekämpfung von Ungläubigen bzw. Nicht-Muslimen spielt der *Jihad* ebenfalls eine Rolle. Im Sinne des gerade erwähnten Expansionsanspruches galt und gilt es, jüdische sowie christliche Siedlungsgebiete dem Islam zu unterwerfen, wobei Juden und Christen als Angehörige der monotheistischen Religion – im Koran als „Leute des Buches“ bezeichnet – historisch eine Sonderstellung zukommt. Sie wurden als „Schutz-Bürger“ behandelt und hatten eine Kopfsteuer zu entrichten. In den späteren Expansionswellen wurde – auch die gewaltsame – Bekehrung betrieben. Der *Jihad* in Bezug auf Ungläubige bzw. Polytheisten dient grundsätzlich ihrer Dezimierung, entweder mittels der physischen Vernichtung oder aber der Konversion, wobei in der Praxis ein pragmatischer Umgang gepflegt wurde, wie z.B. die relativ friedliche Koexistenz der Muslime und Hindus in Indien gezeigt hat.¹¹

Die landläufig etablierte Bedeutung von *Jihad* als „Heiliger Krieg“ ist indes begrifflich falsch. Das Attribut



Foto: ullstein bild / Fotograf: Raimund Franken

schieden, sondern es müssen auch innerhalb des schiitischen bzw. des sunnitischen Islamismus weitere Differenzierungen getroffen werden.

Der Umstand, dass hier primär vom Islam gesprochen wird, verdeutlicht, wie eng das Religiöse mit dem Politischen verwoben ist. Der Islam als Religion und juristische Quelle hat aus islamisch/islamistischer Perspektive einen Absolutheitsanspruch, er bestimmt alle Bereiche des Lebens. Dieser Absolutheitsanspruch des Islam als göttliche Rechtsordnung bedeutet im Weiteren, dass nur Gott der Souverän sein kann – nicht das Volk.

Im Kontext des vorliegenden Beitrages kann Salafismus zunächst einmal – bei einem weitgefassten Politikbegriff – als eine bestimmte Ausprägung des sunnitischen Islamismus betrachtet werden.

⁹ Charles Amjad-Ali: Jihad and Just War Theory: Dissonance and Truth, in: Dialog, Journal of Theology 38 (2009) 2, S. 244.

¹⁰ Küng (wie Anm. 7), S. 710 ff; Seidensticker (wie Anm. 5), S. 105 f.

¹¹ Seidensticker (wie Anm. 5), S. 106.

„heilig“ ist in Bezug auf *Jihad* im Koran nicht auffindbar. Allerdings ist das Konzept *Jihad* – sowohl martialisch als auch selbstdisziplinierend – als Pflichtakt zu betrachten, um in bestimmten Situationen der Sache Gottes zu dienen.

Die Relevanz von *Jihad* für die Etablierung einer islamischen Ordnung ist zentral. Damit ist das Konzept für den islamischen/islamistischen Aktivismus und das ihm eigene Selbstverständnis von großer Bedeutung. Dementsprechend wird dieser Begriff von zahlreichen Rechtsgelehrten bzw. Islamisten immer wieder aufgegriffen, neu bewertet, gedeutet und neu konzipiert.

Auch für die unterschiedlichen salafistischen Gruppierungen ist das *Jihad*-Konzept von zentraler Bedeutung. Die Bezeichnung „jihadistisch“, die von Jihadismus abgeleitet ist, bezieht sich auf eine bestimmte salafistische Strömung, die den gewaltsamen Kampf als primäres Mittel zur Durchsetzung der islamischen Ordnung betrachtet. Dieses wird später genauer beleuchtet.

Fundamentalismus

Der Begriff Fundamentalismus wurde ursprünglich in den 1930er Jahren entworfen und bezeichnet „protestantische Vereinigungen, die sich seit dem 19. Jahrhundert gegen liberale Erneuerungen innerhalb der Theologie wenden, historisch-kritische Bibelinterpretationen ebenso wie Darwins Evolutionstheorie und säkulare Gesellschaftsformen ablehnen“.¹²

Spätestens seit der Islamischen Revolution im Iran im Jahre 1979 wurde mit dem Begriff Fundamentalismus bzw. islamischer Fundamentalismus der islamisch-politische Aktivismus gekennzeichnet. In den 1990er Jahren wurde der Begriff Islamismus – wie bereits erläutert – parallel zum Begriff Fundamentalismus etabliert. In der akademischen Forschung wurde Fundamentalismus in diesem Prozess zum Teil vom Begriff Islamismus abgelöst. Im medialen und politischen Diskurs werden beide Begriffe im Grunde häufig synonym verwendet.

Im vorliegenden Beitrag wird die Verwendung des Begriffs Fundamentalismus als problematisch erachtet, weil er ungleich weniger als der Begriff Islamismus eine analytische Handhabe darstellt, um den gegenwärtigen islamisch-politischen Aktivismus adäquat zu erfassen, denn dieser ist nicht unbedingt per se völlig modernitätsfeindlich. Zwar werden die säkulare Herrschaftsform und wesentliche Charakteristika moderner westlicher Gesellschaften abge-

lehnt, gleichwohl werden naturwissenschaftliche Errungenschaften und Erkenntnisse sowie moderne Technik sehr wohl angenommen. Vielmehr gilt der islamisch-politische Aktivismus nicht als Projekt gegen die Moderne, sondern als Projekt gegen den vermeintlichen Verfall der islamischen Welt: Es geht um die Wiederbelebung bzw. die Fortentwicklung der islamischen Zivilisation.¹³

Überdies ist die Bezeichnung fundamentalistisch fragwürdig, weil – ungeachtet des islamisch-politischen Aktivismus – die überwiegende Mehrheit aller Muslime, gleich welcher Konfession, den Koran als das unfehlbare Wort Gottes betrachtet.¹⁴ Aus dieser Perspektive wäre der „real existierende Islam“ als Ganzes eine fundamentalistische Erscheinung – empirisch ist diese Auffassung sehr problematisch.

Auch aus analytischer Perspektive ist der Begriff Fundamentalismus schwierig zu handhaben. Die Bezeichnung „fundamentalistisch“ ist immer relational. Denn das „Fundamentalistische“ soll mit dieser Bezeichnung vom „Nicht-Fundamentalistischen“ abgegrenzt werden. Im Prinzip geht es um die Auseinandersetzung antagonistischer Denkperspektiven: Aus moderner bzw. säkularer Sicht sind Fundamentalisten reaktionäre radikale Akteure, die die Gesellschaft in ein Zeitalter der Unterdrückung und Intoleranz zurückführen wollen. Dem entgegen steht umgekehrt die Überzeugung, dass westliche Modernisierung bestehende soziale Gemeinschaften sowie generell Werte und Normen überrolle und säkulare Unterdrückung, sittliche Leere und sogar die Einschränkung der Freiheit bewirke.¹⁵

Extremismus und Terrorismus

Im öffentlichen Diskurs um Islamismus bzw. Salafismus spielen verschiedene Begriffe wie „Extremismus“ oder auch „Terrorismus“ eine große Rolle, deren Definition aber umstritten ist. Dabei stehen sich normativ-wertende und analytisch-kritische Positionen gegenüber. Eine vertiefte Diskussion darüber würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

Salafismus – oder Salafismen

Salafismus ist ein komplexes Phänomen, das religiöse, politische, gesellschaftliche sowie individuelle Aspekte umfasst. Zudem prägen Fragmentierung und Mehrdeutigkeit das Er-

12 Gisbert Gemein/Hartmut Redmer: Islamischer Fundamentalismus, Münster 2004, S. 11.

13 Ebd., S. 16 f.

14 Samer Shehata: Introduction, in: Islamist Politics in the Middle East: Movements and Change, hg. von Samer Shehata, London/New York 2012, S. 3.

15 Michael Emerson/David Hartman: The Rise of Religious Fundamentalism, in: Annual Review of Sociology 32 (2006), S. 131.



Foto: ullstein bild / Heritage Images /
Werner Forman Archive

scheinungsbild des Salafismus, so dass seine systematische Erfassung eine nicht ganz einfache Herausforderung darstellt. Gerade wenn man um die Gefahr der Simplifizierung und Reduktion weiß, ist es umso schwieriger, Salafismus in einem textuell überschaubaren Rahmen umfassend und kohärent zu beleuchten. Dennoch wird hier der Versuch unternommen, eine sinnvolle sowie nachvollziehbare Darstellung vorzunehmen.

Die erste Schwierigkeit beginnt hinsichtlich der Begriffsbestimmung. Als Analysekategorie ist der Begriff Salafismus deshalb problematisch, weil er in einem Spannungsfeld liegt; auf der einen Seite ist Salafismus als Selbstbezeichnung sehr weit verbreitet und entbehrt jeglichen Konsenses hinsichtlich einer allgemeingültigen Definition. Ferner ist der Begriff Salafismus in gewisser Weise präokkupiert, bezeichnet er nämlich eine Reformbewegung innerhalb des Islam um die Wende zum 20. Jahrhundert.¹⁶ Für die Zwecke dieses Beitrags wird versucht, eine idealtypische Begriffsbestimmung zu definieren. Diese wird zentrale Aspekte und Merkmale erfassen, um so deutlich zu einer analytisch brauchbaren Definition zu gelangen.

¹⁶ Justyna Nedza: Salafismus – Überlegungen zur Schärfung einer Analysekategorie, in: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, hg. von Behmann Said/Hazim Fuad, Bonn 2014, S. 80–83.

¹⁷ Behman Said/Hazim Fuad: Einleitung, in: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam (wie Anm. 16), S. 31 f.

Salafismus – eine ideengeschichtliche Einordnung

Die folgenden Ausführungen haben keineswegs den Anspruch eine genuine sowie lineare historische Entwicklung vom Salafismus heutiger Prägung nachzuzeichnen – dies ist in Bezug auf Salafismus nicht sinnvoll. Vielmehr sind sie der Versuch einer allgemeinen Verortung in einen historischen Bezugsrahmen, in dem eine ideengeschichtliche Entwicklung und ihre Anknüpfungspunkte für den heutigen Salafismus aufgezeigt werden.

Der Terminus „Salafismus“ ist das Pendant zum arabischen Begriff *salafiyya*. Dieser leitet sich wiederum aus der Bezeichnung *al-salaf al-saleh* ab und bedeutet die „frommen/rechtschaffenen Altvorderen“: *al-salaf* bedeutet „Altvorderen“ und *al-saleh* bezeichnet den Begriff „fromm“ bzw. „rechtschaffen“.¹⁷

Der Rückgriff auf die „frommen Altvorderen“ ist im Grunde der Versuch der Idealisierung einer bestimmten Frühphase des Islam. In dieser Zeit, so ist die Überzeugung,

wurde die reinste und authentischste Form des Islam praktiziert. Die daran anknüpfende Glaubenslehre bezieht sich auf die Glaubenslehre der „Angehörigen der Tradition und der Weggefährten“ (*ahl al-sunna wa al-jamaa*). Allgemein werden die ersten drei Generationen mit Muhammads Wirken als die Ära der „rechtschaffenen Altvorderen“ verstanden. Dabei wird die zeitliche und akteurbezogene Einordnung dieser „goldenen Ära“ – die Lebenszeit von Muhammad – bzw. dieser idealen islamischen Zeit in Bezugnahme auf einen Muhammad-Ausspruch (*Haidth*) vorgenommen: „Die besten Leute sind die meiner Generation, dann diejenige, die ihnen folgen, und danach die, die darauf folgen“.¹⁸ Jenseits des Einvernehmens über die zeitliche Abgrenzung von drei Generationen besteht eine große Uneinigkeit darüber, was mit Generation gemeint ist, welche genaue Zeiteinteilung diese bedeutet und wer zu diesen „rechtschaffenen Altvorderen“ gezählt werden kann.

Die zeitgenössischen Salafisten, denen die „rechtschaffenen Altvorderen“ als Vorbild dienen, betrachten sich selbst als „die Angehörigen des Paradieses“ oder als „die Gruppe der Geretteten“, die aufgrund der Praktizierung des „wahren“ Islam mit einem Platz im Himmel belohnt werden – im Gegensatz zu allen anderen, die im Fegefeuer enden werden.

Seit etwa dem späten 8. Jahrhundert wurden sukzessive die *Hadith*-Schriften – Aussprüche, Berichte und Überlieferungen von und über Muhammad – systematisch gesammelt und kanonisiert. Parallel dazu entstanden diverse theologische sowie religiös-juristische Schulen, die im Hinblick auf Lesart und Umgang mit dem Koran und den *Hadith*-Sammlungen unterschiedliche Herangehensweisen hatten. Vor dem Hintergrund dieser diversen theologischen sowie juristischen Ausrichtungen etablierten sich die „Angehörigen des *Hadithes*/der Überlieferungen“ (*ahl al-hadis*); eine Strömung, die eine traditionalistische Perspektive auf Theologie und Rechtssystem einnahmen. Sie lehnten „logische Methoden der [Angehörigen] der Meinung“ (*ahl al-ra'y*) ab, die sich in theologischen und juristischen Fragen um rationale Erhellung und Systematisierung, um freie Meinungsbildung (*ra'y*), analoge Ableitung (*qiyas*) oder Argumentation (*igtihad* oder *igtihad ar-ra'y*)“ bemühten.¹⁹

Eine herausragende Figur der Strömung der „Angehörigen der Überlieferungen“ war der Gelehrte Abu Abdullah Ahmad Ibn Hambal (780–855 n. Chr.). Ibn Hambal erachtete den Koran und die Überlieferungen als die einzigen Quellen für Religion, Theologie und Jurisprudenz. Nur ein strikter literalistischer, also wortgenauer Umgang mit diesen Quellen, so Ibn Hambal, ermögliche den Anschluss an das Ideal der „rechtschaffenen Altvorderen“ und die Realisierung des „wahren“ sowie „reinen“ Islam.²⁰ Denn dieser sei durch erarbeitete Meinungen, hellenistisch geprägte rational-logische Schlussfolgerungen, Analogieschlüsse und Textdeutungen verfälscht worden.²¹

In der weiteren historischen Entwicklung der Strömung der „Angehörigen der Überlieferungen“ hat sich der Gelehrte Taqi al-Din Ahmad Ibn Taymiyya (1263–1328 n. Chr.) als ein vehementer Traditionalist hervorgetan. Wie auch zuvor Ibn Hambal kritisierte Ibn Taymiyya eine Entfremdung vom wahren Islam der Ära der „rechtschaffenen Altvorderen“ als Ursache für den Verfall der Ordnung. Seine Kritik zielte insbesondere auf die im 11. Jahrhundert führende theologische Schule der rationalistisch geprägten „Aschaariten“, „denen er allerlei unerlaubte Neuerung (*bid'a*, Sg. *bid'a*) attestierte. Sie sind von der Religion der [...] [„rechtschaffenen Altvorderen“] abgewichen und haben so die Schwächung der eigenen Reihen und dadurch das Unheil, das die islamische Welt nach dem Zusammenbruch des von Bagdad aus regierten Kalifenreichs getroffen hat, hervorgerufen“.²²

Ibn Taymiyyas scharfe Kritik an rationalistischen Methoden der Rechtsfindung formulierte er in der Gestalt, dass das rationalistische Moment der Argumentationen in den Dienst der göttlichen Offenbarung gerückt wurde. Dazu hob er hervor, dass eine rationalistisch-logische Schlussfolgerung der Texte (Koran und *Hadith*-Sammlungen), wenn sie nur richtig betrieben werde, zu gleichen Ergebnissen führen würde, wie die wortgetreue Lesart der Texte. Das Gleiche gelte für die Methoden Analogieschluss und Textdeutungen.²³

Trotz des integrativen Vorgehens, die Methoden logische Schlussfolgerung, Deutungen und Analogieschluss einzubinden, bleibt Ibn Taymiyya in der Tradition „der An-

18 Ahmad Mahmud Hafez: *al-salafiyun. al-fikr wa al-mumarasah* [Die Salafisten. Denkweise und Praxis], Tunis 2012, S. 14.

19 Küng (wie Anm. 7), S. 330.

20 Der ägyptische Al-Azhar-Gelehrte Mohamed Emara identifiziert fünf Grundsätze, die Ibn Hambal festgelegt hat, um die richtige Herangehensweise mit dem Koran und den *Hadith*-Sammlungen zu gewährleisten: 1. Die wörtliche Auslegung von Texten, hier insbesondere des Korans und den klaren Überlieferungen von Muhammad; 2. die wörtliche Auslegung bzw. die Übernahme der Gutachten, die die Weggefährten Muhammads nach dessen Ableben verfasst haben; 3. im Falle eines Dissenses hinsichtlich der Richtigkeit der Gutachten ist die Position, die dem Koran und der Sunna am nächsten kommt, zu bevorzugen; 4. Überlieferungen, die defizitär sind, sind dem Analogieschluss vorzuziehen; 5. wenn keine Texte und Überlieferungen zu einer Rechtslage vorhanden sind, dann ist der Analogieschluss exzeptionell erlaubt. Siehe Mohamed Emara: *al-salafiyun. wahida? am salafiyat?* [Der Salafismus. Einer oder viele Salafismen?], Kairo 2008, S. 17 f.

21 Ebd.

22 Birgit Krawietz: *Ibn Taymiyya, Vater des islamischen Fundamentalismus?*, in: *Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung*, hg. von Thorsten Gerald Schneider, Bielefeld 2014, S. 68.

23 Emara (wie Anm. 20), S. 35–44.



Foto: ullstein bild / image Broker / GTN

gehörigen der Überlieferungen“ und damit ein Verfechter des Ideals der „rechtschaffenen Altvorderen“, in dem er – unter anderem – die wortgenaue Lesart von Koran und *Hadith*-Sammlungen priorisiert. Sein Bemühen, die theologische und juristische Reinheit und Wahrhaftigkeit des gelebten Islams zu verwirklichen, gründete im Wesentlichen auf dem Konzept der Einheit Gottes oder des Ein-Gott-Glaubens. Ferner wird der Koran als „das nicht-erschaffene Wort Gottes“ betrachtet, das nicht historisch-kontextuell zu begreifen ist, sondern als eine ewig geltende Wahrheit, die wortgetreu gelesen und verstanden werden müsse.²⁴ Jegliche Abweichung von diesen Grundsätzen wurde als Unglaube verstanden und entsprechend mit Exkommunikation beantwortet.

Ein weiterer wichtiger historischer Anknüpfungspunkt für das salafistische Selbstverständnis bildet die Ära des Gelehrten Muhammad Ibn Abd al-Wahab (1702–1792 n. Chr.). Das Vermächtnis von Ibn Abd al-Wahab, das heute gemeinhin als „Wahhabismus“ weit verbreitet ist, wird

aus salafistischer Perspektive als eine reformatorische Leistung betrachtet.

Den „real existierenden“ Islam auf der arabischen Halbinsel zu jener Zeit nahm Ibn Abd al-Wahab zum Anlass, eine strikte und umfassende Reform der religiösen und politischen Verhältnisse vorzunehmen. Aus einer traditionalistischen Weltansicht heraus und in Anlehnung an die Lehren von Ibn Hambal und Ibn Taymiyya erkannte Ibn Abd al-Wahab eine Entfremdung der islamischen Religion – in praktischer, juristischer und theologischer Hinsicht. Insbesondere die damals verbreitete Volksfrömmigkeit in Form von Heiligenverehrung betrachtete er als Abfall vom „wahren Glauben“.²⁵ Ibn Abd al-Wahab „unterstellte den Anhängern der Heiligenverehrung einen impliziten Polytheismus, da sie Schutz und Beistand nicht ausschließlich bei Gott suchten, sondern auch bei frommen Menschen“. Diese strenge Beurteilung der Verhältnisse spiegelt sich in deren Beschreibung als *jahiliyya*.²⁶ Seine Reaktion auf die Missstände erschöpfte sich insbesondere in den theologi-

²⁴ Krawietz (wie Anm. 22), S. 72.

²⁵ Mohammad Gharaibeh: Zum Verhältnis von Wahhabismus und Salafismus, in: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, hg. von Thorsten Gerald Schneider, Bielefeld 2014, S. 118. Siehe dazu auch Emara (wie Anm. 20), S. 55.

²⁶ *Jahiliyya* bezeichnet die vorislamische Zeit auf der arabischen Halbinsel. Diese Zeit wird als die Zeit der Barbarei, Unwissenheit, Ignoranz und die des explizit ausgelebten Polytheismus betrachtet. Siehe auch zu *Jahiliyya* William E. Shepard: Sayyid Qutb's Doctrine of *Jahiliyya*, in: International Journal of Middle East Studies 35 (2003) H. 4.

schen Bestrebungen, die Glaubensgrundsätze zu reinigen und zu stärken, allen voran das Konzept der Einheit Gottes.²⁷ Dieses umfasste drei wesentliche Komponenten: 1. Die Einheit Gottes als Herr und Schöpfer dieser Welt (*tawhid al-rububiyya*); 2. die Einheit Gottes als einzige sowie alleinige Anbetungs- und Verehrungsinstanz (*tawhid al-uluhiyya*); 3. die Einheit Gottes als des alleinigen Besitzers bestimmter Attribute und Eigenschaften (*tawhid al-asma' wa al-sifat*).²⁸ Im Hinblick auf den Umgang mit dem Koran und *Hadith*-Sammlungen insistierte Ibn Abd al-Wahab gemäß seiner theologisch-traditionellen Prägung eine wörtliche Lesart von Koran und *Hadith*-Sammlungen.

Eine weitere Besonderheit des Wirkens von Ibn Abd al-Wahab leitet sich aus seinem Anspruch heraus, die Reinheit des Glaubens und die Einheit Gottes nicht nur in theoretisch-theologischer Hinsicht zu etablieren, sondern auch in Form der tagtäglichen religiösen Praxis zu leben. Dies bedeutete explizit die Vereinnahmung von Herrschaftsstrukturen für die Umsetzung des wahren Glaubens. Dies war der Ausgangspunkt für die Allianz zwischen Ibn Abd al-Wahab und Ibn Saud, die den saudischen/monothelistischen Staat (1744 n. Chr.) etablierten. Durch die Expansion wurde der theologische Einflussbereich von Ibn Abd al-Wahab auf die gesamte arabische Halbinsel ausgedehnt. Es entstand eine „Arbeitsteilung“, die Ibn Abd al-Wahab für die religiös-ideologische Ausrichtung und die Saud-Familie für die herrschaftlichen Belange vorsah.²⁹ Dementsprechend wurden die kriegerischen Expansionen als „*Jihad*“ für die Sache Gottes legitimiert. So wurden all jene, die sich der Glaubenslehre Ibn Abd al-Wahab widersetzen, bekämpft³⁰ – hier sind insbesondere die Angehörigen der schiitischen Konfession zu nennen, die Ibn Abd al-Wahab als Ungläubige ansah.³¹

In direkter Anlehnung an die Lehre und das Wirken von Ibn Abd al-Wahab hat sich der Wahhabismus ent-

wickelt. Dieser stellt heute noch in Saudi-Arabien die Grundlage der Staatsdoktrin dar. Die Allianz zwischen dem wahhabistisch-religiösen Establishment und der herrschenden Saud-Familie hat nach wie vor Bestand. Der zeitgenössische Wahhabismus kann als eine permanente theologisch-missionarische Reformbewegung verstanden werden, die die traditionelle Identität der „Angehörigen der *Hadith*-Sammlungen“ in Anknüpfung an Ibn Abd al-Wahab bewahren möchte. Diese traditionelle und rigorose Sichtweise führt immer wieder zu Friktionen und Konflikten, insbesondere mit Angehörigen anderer Strömungen im Islam wie etwa mit den Schiiten oder aber den sunnitischen Sufis.³²

In deutlicher Abgrenzung zu den oben vorgestellten Gelehrten (Ibn Hambal, Ibn Taymiyya und Ibn Abd al-Wahab) entsteht in der Zeit zwischen dem 19. und dem 20. Jahrhundert in Kairo und Damaskus eine neue Bewegung, die als „Reform-Salafismus“ oder auch als „aufklärerischer Salafismus“ bezeichnet wird. Die Protagonisten dieser Bewegung „waren Religionsgelehrte (*Ulema*), die vor dem Hintergrund der kulturellen und politischen Herausforderungen des westlichen Kolonialismus eine kritische Haltung zum religiösen Glauben und zur religiösen Praxis ihrer Tage eingenommen hatten“.³³ Die herausragenden Persönlichkeiten jener Bewegung waren Jamal al-Din al-Afghani (1838–1897) und sein Schüler Muhammad Abdoh (1849–1905). Die Denkansätze dieser Reformbewegung hatten in gewisser Weise einen hybriden Charakter. Denn sie waren modernistisch geprägt und gleichzeitig bezogen sie sich auf die klassischen Werte des Islam. Im Mittelpunkt standen jedoch immer die Bestrebung der Wiedererweckung der islamischen Zivilisation und die Befreiung von der westlichen Dominanz. Für al-Afghani sollte dies mittels einer revolutionär inspirierten pan-islamischen Einheit, gestützt auf den wissenschaftlichen Fortschritt und die religiöse Reinheit, erreicht werden.³⁴ Muhammad Abdoh ver-

27 Stéphane Lacroix: Between Revolution and Apoliticism. Nasir al-Din al-Albani and his Impact on the Shaping of Contemporary Salafism, in: Global Salafism. Islam's New Religious Movement, hg. von Roel Meijer, London 2009, S. 59.

28 Gharaibeh (wie Anm. 25) S. 118.

29 Der Staat, der zu jener Zeit etabliert wurde, darf nicht mit dem modernen westeuropäischen Staatsmodell verwechselt werden, sondern er ist vielmehr eine Form der zentralisierten Gebiets Herrschaft traditionaler Prägung.

30 Emara (wie Anm. 20), S. 58 f.

31 Der schiitisch-sunnitische Gegensatz hat seine Wurzeln in der frühislamischen Phase, als Folge der Streitigkeiten um die Nachfolge Muhammads als Anführer der islamischen Gemeinschaft. Sowohl Ali Ibn Abi Taleb (der Cousin und Schwager von Muhammad), als auch die Weggefährten Muhammads (Abu Bakr al-Sidiq und danach Umar al-Khatib) beanspruchten die Führerschaft (das Kalifat) der islamischen Gemeinschaft (*Umma*). Die Schiiten (die Anhänger Alis) sehen die rechtmäßige Führerschaft der Umma bei Ali und seiner Nachkommenschaft; sie anerkennen die Kalifen nicht. Die Sunniten wiederum betrachten die Schiiten als Ablehner und lehnen sie ab.

32 Der Sufismus ist eine heterogene mystische Strömung im Islam. Die Philosophie des Sufismus „beschäftigt sich mit Fragen der Metaphysik und der Anthropologie und schafft so die theoretischen Grundlagen für die sufische Ethik und Praxis. [...] [so bildet der Sufismus] seit der Frühzeit einen zentralen Teil der islamischen Kultur und ist sowohl in Unterschichten als auch bei Herrschenden und Gelehrten verbreitet“. Ralf Elger/Friederike Stolleis (Hg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte, Alltag, Kultur, Bonn 2001, S. 216. Der Sufismus wird von Salafisten/Wahabis und von Traditionalisten als unerlaubte Neuerung des Islam gesehen und strikt abgelehnt.

33 Itzchak Weismann: Die Salafiyya im 19. Jahrhundert als Vorläufer des modernen Salafismus, in: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, hg. von Thorsten Gerald Schneider, Bielefeld 2014, S. 103.

34 Farid Hafez: Islamisch-politische Denker. Eine Einführung in die islamisch-politische Ideengeschichte, Frankfurt am Main/New York/Oxford/Wien 2014, S. 95 f.

trat zwar eine ähnliche Position, bevorzugte jedoch die Reformierung des zu seiner Zeit realexistierenden Islam. Er bekräftigte ein Einvernehmen zwischen rationalistischem Denken und Wissenschaft auf der einen Seite und der islamischen Religion auf der anderen.³⁵

Die Denkperspektive der Reform-Salafisten war geprägt von einer starken Neigung, rationalistische Urteilskraft als theologische Handhabe zu etablieren. Sie haben sich zwar auf die klassischen Werte des Islam berufen und das Ideal der „rechtschaffenen Altvorderen“ hervorgehoben, gleichwohl standen sie mit ihrer rationalistischen Neigung im Widerspruch zu der traditionalistischen Strömung der „Angehörigen der Überlieferungen“, die für eine literarische Vorgehensweise eintraten.

Vor diesem Hintergrund kann das Phänomen des Reform-Salafismus nicht unmittelbar mit dem Phänomen des heutigen bzw. des neo-klassischen Salafismus in Verbindung gebracht werden.

Salafismus heute

Die Entwicklung des zeitgenössischen Salafismus – auch „neo-klassischer“ Salafismus genannt – kann bis in die 1960er Jahre zurückdatiert werden. Durch die Politik der „islamischen Solidarität“, die der damalige saudische König Faisal als Gegenpol und Eindämmung der progressiv-revolutionären Politik von Gamal Abd al-Nasser betrieben hatte, avancierte das wahhabitisch geprägte Saudi-Arabien zu einem Gravitationszentrum und Rückzugsgebiet diverser islamischer/islamistischer Gruppierungen und Strömungen, die aufgrund ihrer islamischen/islamistischen Aktivitäten anderenorts in der arabisch-islamischen Welt verfolgt wurden oder zumindest restriktive Behandlungen erfuhren.³⁶ Vor diesem Hintergrund ist Saudi-Arabien in vielerlei Hinsicht – materiell, finanziell, ideologisch, symbolisch etc. – von hoher Relevanz für die Entstehung und Entwicklung des heutigen Salafismus. Insbesondere der Wahhabismus ist in diesem Kontext an prominenter Stelle zu nennen. Dieser gilt als prägende Einflussgröße auf die Entstehung des zeitgenössischen Salafismus.

Aus dieser Gemengelage hat sich eine „neue“ salafistische Strömung herausgebildet, die zwar vom wahhabitischen Salafismus beeinflusst war, gleichwohl aber eigene theologi-

sche Aspekte hervorgebracht hat und sich noch heute weiter diversifiziert. Als die zentrale Figur dieser neuen salafistischen Entwicklung gilt der aus Albanien stammende und in Syrien aufgewachsene Hadith-Gelehrte Nasir al-Din al-Albani (1914–1999). Al-Albani war zum Teil beeinflusst von Raschid Rida,³⁷ hatte sich aber auch intensiv mit der Hadith-Wissenschaft auseinandergesetzt. Er lehnte die vier sunnitischen Rechtsschulen ab³⁸ und insistierte auf einen authentischen Umgang mit dem Koran und den Hadith-Sammlungen, um dem Vorbild der „rechtschaffenen Altvorderen“ näher zu kommen.

Salafismus – zentrale Aspekte eines Idealtypus

Wie bereits erwähnt, sind die Ausprägungen des zeitgenössischen Salafismus heterogen und zum Teil gegensätzlich ausgeprägt. Der Versuch der Erstellung eines Idealtyps, um Salafismus als Analysekategorie erfassen zu können, wurde bereits oben angesetzt, indem eine ideengeschichtliche Verortung vorgenommen wurde. Dies zeigen die zentralen historischen Figuren und ihre Denkansätze, an die der heutige Salafismus anknüpft. Der folgende Schritt beleuchtet drei wesentliche Aspekte – Glaubenslehre, Rechtsfindung und Methode – die in idealtypischer Weise dem Phänomen Salafismus konstitutiv zugrunde liegen.

Die Glaubenslehre (*aqida*)

Die Glaubenslehre im Salafismus bezieht sich auf die der „Angehörigen der Tradition und der Gemeinschaft“ (*ahl al-sunna wa al-jamaa*), die als „rechtschaffene Altvordere“ einen wahrhaftigen Islam vorgelebt haben. Im Mittelpunkt dieser Glaubenslehre steht die Einheit Gottes bzw. der Ein-Gott-Glaube (*tawhid*). So bildet dieser Glaubensgrundsatz das Kernelement des salafistischen missionarischen Aktivismus (*daawa*) und ermöglicht ferner „Aussagen über die Erwartungen, welche an den Menschen (von Seiten der Salafisten) gestellt werden. Salafisten nutzen diesen starken aktionistischen Charakter dazu, ihre Anhänger zu politischen oder rituellen Handlungen zu drängen. Dabei wird nicht selten jede noch so geringe Handlungsform in Ritus und Alltag, wie etwa die korrekte Begrüßung [...] auf die [Glaubenslehre] zurückgeführt, die bei «nicht korrekter»

35 Ebd., S. 106 f.

36 Lacroix (wie Anm. 27), S. 62 f.

37 Raschid Rida (1865–1935) war der Schüler von Muhammad Abdoh. Zu Beginn seiner religiösen Ausbildung war Rida stark vom Reform-Salafismus al-Afghanis und Abdohs beeinflusst. Später aber distanzierte er sich vom Reform-Salafismus und vertrat stärker traditionalistische Positionen, die bisweilen vom Wahhabismus geprägt waren. Dazu Hafez (wie Anm. 34), S. 109–112.

38 Seine Ablehnung der Rechtsschulen bewirkte eine Entfremdung bis hin zu Anfeindungen seitens wahhabitischer Gelehrter, die sich der hambalistischen Rechtsschule zugehörig sahen. Dieser Gegensatz wurde später aufgelöst.

Durchführung [...] auf einen mangelhaften Glauben verweist, folglich über die Gültigkeit des Muslim-Sein entscheidet [...]“.³⁹

Die drei Kerngrundsätze des Ein-Gott-Glaubens lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Die Einheit Gottes als Herr und Schöpfer der Welt (*tawhid al-rububiyya*). Hierbei wird hervorgehoben, „dass Gott alleine der Urheber, Erhalter, Verwalter und Versorger der Schöpfung ist“;⁴⁰ 2. die Einheit Gottes als einzige sowie alleinige Anbetungs- und Verehrungsinstanz (*tawhid al uluhiyya* oder „die Einheit der Anbetung“, *tawhid al-ibada*). Hier wird darauf beharrt, „dass jede Art der Verehrung und Anbetung sowie jegliches Ersuchen um Beistand allein auf Gott ausgerichtet sein müsste“;⁴¹ 3. die Einheit Gottes als alleiniger Besitzer bestimmter Attribute und Eigenschaften (*tawhid al-asma' wa al-sifat*). Dieser Grundsatz bezieht sich auf „mögliche und unmögliche Beschreibungen Gottes, d.h. mit welchen Eigenschaften Gott beschrieben werden darf, welche Handlungen er begehrt [...]“⁴² und wie in diesem Kontext mit nicht-eindeutigen Textstellen in den Schriften umgegangen werden soll.

Neben diesen drei Kerngrundsätzen der Einheit Gottes existieren noch weitere Grundsätze und Prinzipien. So z.B. der stete Kampf – nicht unbedingt gewaltsam – gegen Unglaube, insbesondere die Abwehr von Ideen, Handlungen oder sonstigen Maßnahmen, die den Polytheismus (*shirk*) stützen und Gottes Einheit widersprechen.⁴³

Quellen und Methoden der Rechtsfindung (*usul al-fiqh*)

Auch im Hinblick auf die Rechtsfindung beziehen sich Salafisten prinzipiell auf die „rechtschaffenen Altvorderen“, insbesondere auf die Handlungen und Lebensweisen von Muhammad. Hierbei wird grundsätzlich der Anspruch erhoben, dass nur der Koran und die sunnitische Propheten-Tradition – die Überlieferungen der Weggefährten eingeschlossen – als die einzig wahren Quellen gelten. Sie sind damit handlungsweisend sowie rechtsleitend und werden ausschließlich zu Begründung von Autoritätsinstanzen herangezogen. Denn für Salafisten sind „allein Koran und Sunna vor vermeintlich später eingeführten illegitimen religiösen Neuerungen [*bidaa*] sicher und garantieren die au-

thentischen Bezugspunkte für die Rechtsfindung“.⁴⁴ Um eine Vermeidung von verwerflichen Neuerungen (*ibdaa*) der Glaubenslehre zu garantieren, wird die Befolgung einer strikt literalistischen Auslegung von Koran und *Hadith*-Sammlungen vorausgesetzt.

Die Zugehörigkeit zu einer sunnitischen Rechtschule wird innerhalb der salafistischen Strömung unterschiedlich gewertet und reicht von Ablehnung bis hin zu zur Duldung.

Glaubenspraxis (*manhaj*)

Neben Glaubenslehre und Methoden der Rechtsfindung bildet die Glaubenspraxis – auch Glaubensmethode genannt – eine weitere Bezugskategorie, um Salafismus idealtypisch zu bestimmen. Die Glaubenspraxis ist die Umsetzung der Glaubensinhalte bzw. die Anwendung der Glaubensgrundsätze im alltäglichen Leben. Hierbei „spielt die Einbettung der Anhänger des Salafismus in die jeweiligen politischen und sozialen Realitäten sowie deren Wahrnehmung und Interpretation eine wichtige Rolle“.⁴⁵ Denn gerade diese Sozialisation und Politisierung entscheidet in hohem Maße darüber, welcher Weg eingeschlagen wird, um das soziale Umfeld, und nicht nur dieses, religiös zu läutern und politisch zu verändern. So lassen sich grob drei Methoden unterscheiden: 1. Die missionarische Aktivität (*darwa*); 2. politisches Engagement; 3. gewaltsames Vorgehen.

Ein zentraler Aspekt der salafistischen Denkweise – Glaubenslehre und Glaubenspraxis – ist das Konzept „Loyalität und Lossagung“ (*al-wala wa al-bara*). Dieses Konzept ist im Wahhabismus als zentrale Doktrin verankert und im Allgemeinen auch vom Salafismus angenommen. Denn „Loyalität und Lossagung“ „sind der Inbegriff einer scheinbar koranischen Pflicht, auf jede Art und Weise loyal und gläubig gegenüber dem Islam und seinen Angehörigen zu sein sowie Abstand von allem (oder jedem) hiervon abweichenden zu halten“.⁴⁶ Diese Doktrin lässt sich in drei weitere Formen unterteilen: 1. Auf der einen Seite wird die Loyalität gegenüber Gott, dem Islam und den Muslimen in allen sozialen und zwischenmenschlichen Beziehungen gefordert, auf der anderen wird auf der Lossagung bzw. dem Abstand von allem, was dem ersten Punkt widerspricht, bestanden; 2. muss der Grundsatz, dass keine politischen und

39 Mohammad Ghraibeh: Zur Glaubenslehre des Salafismus, in: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, hg. von Behmann Said/Hazim Fuad, Bonn 2014, S. 107.

40 Ebd., S. 118.

41 Ebd.

42 Ghraibeh (wie Anm. 39), S. 111.

43 Bernhard Haykel: On the Nature of Salafi Thought and Action, in: Global Salafism. Islam's New Religious Movement, hg. von Roel Meijer, London 2009, S. 39.

44 Nedza (wie Anm. 16), S. 87.

45 Ebd., S. 88.

46 Joas Wagemakers: Salafistische Strömungen und ihre Sicht auf al-wala wa-l bara (Loyalität und Lossagung), in: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, hg. von Behmann Said/Hazim Fuad, Bonn 2014, S. 67 f.



Foto: ullstein bild / image Broker / Fotograf: Fabian von Poser

militärischen Allianzen mit Nicht-Muslimen eingegangen werden dürfen, befolgt werden; 3. ist der „Glaube, dass Loyalität gegenüber Gott sich in jeder Sphäre des Lebens niederschlagen sollte, worunter auch die Gesetzgebung fällt, notwendig“. ⁴⁷

Salafistische Strömungen – eine idealtypische Einteilung

Der zeitgenössische Salafismus ist als eine breite Strömung des islamisch-politischen Aktivismus mit diversen – zum Teil gegensätzlichen – Ausprägungen und Querverbindungen zu verstehen. Dieses zum Teil schwer durchsichtige Gemengelage gilt es nun zu entwirren. Dazu wird in Anlehnung an Joas Wagemakers bzw. Quintin Wiktorowicz eine idealtypische Einteilung in drei unterschiedliche Gruppen vorgenommen. Dies korrespondiert weitgehend mit den oben erwähnten drei Formen der Glaubenspraxis.

Die „Quietisten“

Die salafistischen Quietisten stehen in einem ambivalenten Verhältnis zur Politik. Grundsätzlich meiden sie den politischen Betrieb und halten sich fern von parlamentarischer Aktion und von innen- sowie außenpolitischen Debatten. Parteipolitische Organisation wird ebenfalls abgelehnt. Das Verhältnis dieser Salafisten zu den Herrschenden ist zumeist von Loyalität geprägt. Die Hintergründe für die Zurückweisung des politischen Engagements sind z.B. die Überzeugung, dass die Spielregeln der politischen Interaktion die Reinheit des Islam beeinträchtigen würden, oder die Auffassung, dass Politik eine reine Angelegenheit der Herrschenden sei, oder aber, dass auf Grund von Repressionen und Restriktionen die eigene Position nicht frei geäußert werden kann. Diese Gruppe der Quietisten, die quantitativ betrachtet die größte ist, lässt sich in drei weitere Untergruppen aufteilen: 1. Die „Distanzierten“ meiden im Grunde die Politik und die Herrschaftsstrukturen

⁴⁷ Ebd., S. 69.

des Systems, so wie z.B. der Gelehrte Nasir al-Din al-Albani in Jordanien. 2. Die „Loyalisten“ sind zwar nicht in den politischen Betrieb involviert, lassen sich jedoch von den Herrschenden auf Forderung einbinden. Diese Haltung erklärt sich entweder aus wirklicher Überzeugung oder aus Angst vor Repressalien. Beispiel dafür ist der Gelehrte Muhammad Ibn Saleh al-Uthaimin in Saudi-Arabien. 3. Die „Propagandisten“ betreiben aktiv die Loyalität zu den Herrschenden und sehen diese Unterstützung als Teil des Glaubens. Teile ihres religiösen Establishments in Saudi-Arabien zählen dazu.⁴⁸

Die politischen Salafisten

Die Protagonisten dieses Typus haben dezidiert politische Positionen sowohl zur Innen- als auch zur Außenpolitik. Sie sind entweder parteipolitisch organisiert und in Parlamenten vertreten – wie die ägyptische Al-Nur-Partei oder diverse Gruppen in Kuwait – oder aber sie sind außerparlamentarisch und sozial aktiv, wie in Saudi-Arabien und im Libanon.⁴⁹

Die „jihadistischen Salafisten“

Die jihadistischen Salafisten stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung und prägen unser Bild vom Salafismus. Das Konzept *Jihad* – als legitimierte Gewaltanwendung – ist ein integraler Bestandteil des Islam im Allgemeinen und des Salafismus im Besonderen. Das zentrale Merkmal jihadistischer Salafisten ist die Art des *Jihads*, den sie bevorzugen, und die Frage, wann *Jihad* vorgenommen werden soll. Wichtig für diese Ausprägung sind zwei Arten des *Jihads*: 1. Der „revolutionäre *Jihad*“ wird als Folge der Exkommunikation muslimischer Herrscher betrieben, um muslimische Gesellschaften vom „Unglauben“ zu befreien – die Bekämpfung des „nahen Feinds“. 2. Der „globale *Jihad*“ zielt insbesondere auf die gewaltsame Bekämpfung der westlichen Welt, um damit die Unterstützung des Westens für ihre arabisch-islamischen Vasallen zu beenden – die Bekämpfung des „fernen Feinds“.⁵⁰

Beispiel für den revolutionären *Jihad* ist die Gruppierungen al-Nusra-Front und Jaïyysh al-Islam im syrischen Konflikt. Verfechter des globalen *Jihads* sind die „prominente“ Bewegung al-Qaida sowie der Gelehrte Aïman al-Sawahiri. Der „Islamische Staat“ bildet in diesem Kontext eine Mischform, wobei das Hauptaugenmerk auf der Bekämpfung des „nahen Feindes“ liegt.

Kontroverse Themen innerhalb der salafistischen Strömung

Um die Heterogenität und Diversität des Salafismus zu illustrieren, wird nun kurz auf eine kontroverse Thematik Bezug genommen. Im Mittelpunkt steht der Aspekt der Apostasie (*kufr*), also des Glaubensabfalls. Dieser Aspekt ist sowohl im Islam als auch im Salafismus, insbesondere im jihadistischen Salafismus, sehr zentral. Apostasie hat für die betroffene Person schwerwiegende Folgen (unter Umständen die Todesstrafe), „[da] die den Muslimen von Gott garantierte Sicherheit hinsichtlich ihres Lebens und Eigentums allein von ihrem Glauben abhängt, bedeutet der Glaubensabfall den Verlust jeglichen Rechtsanspruchs“.⁵¹ Hierbei gilt, dass die Apostasie eines Herrschers besonders schwer wiegt, weil ihm als Oberhaupt einer Gemeinschaft eine Vorbildfunktion zukommt.

Um den Apostasie-Vorwurf zu bestätigen – bzw. mildernde Umstände berücksichtigen zu können, müssen unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden, so z.B. die Volljährigkeit, die Zurechnungsfähigkeit, die Frage, ob die Handlung unter Zwang vollzogen wurde oder Fahrlässigkeit und gar Unkenntnis dazu geführt haben.

Die Kontroversen innerhalb der salafistischen Strömungen drehen sich um Fragen, wann und unter welchen Umständen von Apostasie gesprochen werden kann.⁵²

Salafismus in Deutschland

Abschließend wird im Folgenden auf den Salafismus als deutsches Phänomen eingegangen. Im Angesicht von Komplexität, Umfang und Diversität dieser Thematik in Bezug auf Deutschland kann im Rahmen dieses Beitrags nur ein Überblick darüber vermittelt werden, welche Bedeutung Salafismus hierzulande hat.

Der „deutsche“ Salafismus ist wie sein Pendant in der arabisch-islamischen Welt sehr facettenreich. Die oberste Maxime ist die Etablierung – ob gewaltsam, politisch oder sozialaktiv – des „wahren“ und „reinen“ Islam der „recht-schaffen Altvorderen“.

Zum besseren Verständnis wird eine Einteilung des Salafismus in eine jihadistisch-salafistische Prägung und in eine politisch-quietistische Ausrichtung vorgenommen, diese sind weiter unterteilbar. Es handelt sich dabei um keine trennscharfe Kategorisierung, da die Grenzen zwischen diesen Ausrichtungen sehr fließend sein können; sie dient

48 Ebd., S. 58 f.

49 Ebd., S. 60 f.

50 Ebd., S. 62 f.

51 Nezda (wie Anm. 16), S. 90.

52 Ebd., S. 91–100.



Foto: ullstein bild / Fotograf. Raimund Franken

vielmehr einer analytischen Veranschaulichung des Phänomens.

Bei der jihadistisch-aktivistischen Ausprägung sind wiederum zwei Gruppierungen zu unterscheiden: Zum einen die, die ihr politisch-gewaltsames Vorgehen auf Deutschland konzentrieren und primär mit militanten Mitteln ihre weltanschaulichen Ziele erreichen wollen. Zum anderen die jihadistisch-aktivistische Bestrebungen, die darauf abzielen, von Deutschland aus den *Jihad* in bestimmten Konfliktgebieten, wie Afghanistan oder Syrien, auszuüben.

Eine weitere Gruppierung stellen die jihadistischen Salafisten dar, die sich implizit oder offen mit jihadistischen Inhalten identifizieren bzw. mit ihnen sympathisieren, gleichwohl aber im Sinne der deutschen Gesetzgebung (noch) nicht straffällig werden.⁵³

Beide Ausprägungen haben sich aus einer historischen Entwicklung herausgebildet, die bis in die 1980er Jahre zurückverfolgt werden kann. In jener Zeit fanden einige Jihadisten, die aus Syrien und Ägypten kamen, in Deutschland Zuflucht. Diese Personen haben sich im Laufe der Zeit stärker organisiert und schafften eine gewisse ideologische Ba-

sis. In den 1990er Jahren bewirkte der Jugoslawien-Konflikt, auch in Deutschland, eine Mobilisierung von Jihadisten, die zur Unterstützung der muslimischen Bosniaken in den Kampf geschickt wurden oder die eine Bereitstellung von finanziellen Ressourcen ermöglichten.⁵⁴

Diese Entwicklung korrespondierte mit dem zunehmenden Einfluss des politisch-quietistischen Salafismus in Deutschland, mit dem Ziel der Missionierung. So entstanden verstärkt seit 2001 immer mehr quietistisch-salafistische Gruppen, die eine sukzessive Islamisierung der Gesellschaft erreichen möchten. Finanziell und materiell werden sie u.a. von diversen saudischen Geldgebern – religiösen Institutionen und Privatpersonen – unterstützt.⁵⁵ Bekannte Vertreter dieser Ausprägung sind der deutsche Konvertit und Prediger Pierre Vogel, oder der Prediger Hassan Dabbagh.⁵⁶ Die *dawa* – die missionarische Aktivität – dieser politisch-quietistischen Salafisten richtet sich zugleich an Muslime und Nicht-Muslime, um zum „richtigen“ und „wahrhaftigen“ Glauben der „rechtschaffenen Altvorden“ zu finden.⁵⁷ Dabei sehen sie auch Gewalt als legitimes Mittel an. ■

53 Claudia Dantschke: „Last Euch nicht radikalisieren!“ – Salafismus in Deutschland, in: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, hg. von Thorsten Gerald Schneider, Bielefeld 2014, S. 182–186.

54 Dirk Baehr: Dschihadistischer Salafismus in Deutschland, in: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, hg. von Thorsten Gerald Schneider, Bielefeld 2014, S. 231ff. Siehe auch dazu Behman Said: Salafismus und politische Gewalt unter deutscher Perspektive, in: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, hg. von Behmann Said/Hazim Fuad, Bonn 2014, S.193–226.

55 Nina Wiedl: Geschichte des Salafismus in Deutschland, in: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, hg. von Behmann Said/Hazim Fuad, Bonn 2014, S. 420.

56 Nina Wiedl/Carmen Becker: Populäre Prediger im deutschen Salafismus. Hassan Dabbagh, Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim Abou Nage, in: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, hg. von Thorsten Gerald Schneider, Bielefeld 2014, S. 188–194.

57 Ebd., S. 189 f.

„Jeder wird irgendwann seine eigene Karikatur...“

Ein Gespräch mit dem Karikaturisten Horst Haitzinger über Charlie Hebdo, politische und weniger politische Aufgaben, Grenzen der Karikatur, veränderte Lesegewohnheiten und die bedrohte Umwelt...

Interview von Monika Franz und Uta Löhner am 4. Februar 2015



Horst Haitzinger, 1939 in Eferding (Österreich) geboren, ist bekannt als scharfzüngiger, sich vor allem politischen Themen widmender Karikaturist. Er kam in den fünfziger Jahren von Linz nach München, wo er an der Akademie Kunst studierte und für die Satirezeitschrift „Simplizissimus“ tätig wurde. Seit Jahrzehnten zeichnet er regelmäßig für die Münchner tz und viele andere Zeitungen und Zeitschriften und hat sich auch der Malerei zugewendet. Derzeit ist eine Auswahl seiner Werke in Mindelheim in der Ausstellung „Haitzinger. Karikaturen und Gemälde“ (noch bis zum 19. März 2015) zu sehen.

Horst Haitzinger

Foto: Monika Franz



Horst Hatzingers Kommentar zum EU-Rettungsschirm (Oktober 2012) ...

Alle Karikaturen: Horst Hatzinger

Landeszentrale: Sind Sie Charlie?

Hatzinger: Ich habe es schon oft gesagt: Ich bin nicht Charlie. Ich finde es grauenhaft, was in Paris passiert ist, ich habe auch die gebührende Solidarität mit meinen französischen Kollegen, aber ich kann trotzdem nicht sagen, dass die Identifikation so weit geht, dass ich sagen könnte, ich sei Charlie. Was die teilweise produziert haben, entspricht absolut nicht meinem Geschmack. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass man in einer Demokratie so geschmacklos, wie man will, sein können muss, ohne um Leib und Leben zu fürchten, aber trotzdem bin ich nicht Charlie. Ich finde die Zeichnungen von Charlie Hebdo zum Teil infantil und geschmacklos. Das soll aber kein Plädoyer für Harmlosigkeit sein. Zum Thema Religion habe ich auch schon sehr viele Karikaturen gemacht und da kann man gar nicht deftig genug sein – wenn man es an ein bestimmtes Anliegen koppelt. Den Papst mit Urinfleck zu zeigen, wie es Titanic vor einiger Zeit gemacht hat,¹ geht über die Grenzen des Geschmacks hinaus und verletzt religiöse Gefühle.

Landeszentrale: Hat das schockierende Attentat von Paris Ihre Arbeit verändert?

Hatzinger: Überhaupt nicht.

Landeszentrale: Das schüchtert Sie also auch persönlich nicht ein?

Hatzinger: Nein, also wenn es irgendwo die ersten Anzeichen von einer Bedrohung geben würde, würde ich mich möglicherweise anders äußern, aber das ist weder nach dem dänischen Karikaturendebakel noch jetzt eingetreten.

Landeszentrale: Wie funktionieren Ihre Karikaturen?

Hatzinger: Das kann man nicht auf einen Nenner bringen, weil sie sich auf unterschiedliche Themen beziehen. Diese bestimmen, ob man aggressiv, sachlich, lustig oder analytisch zeichnen kann. In der Regel will ich für das politische Tagesgeschehen eine Formel finden, die witzig ist und – wie so schön heißt – die Sache auf den Punkt bringt und so vereinfacht, dass sie in kürzester Zeit erfassbar ist. Das Ereignis gibt vor, was ich zeichne – ob der Bundestag ein Rentengesetz beschließt oder ob wahnwitzige Terroristen jemand bei lebendigem Leib verbrennen.

Landeszentrale: Gibt es Tabuthemen für Sie?

Hatzinger: Bei Ereignissen so grauenhafter Dimension, wie ich sie gerade genannt habe, ist Satire aus meiner Sicht nicht das Mittel, dem beizukommen. Es gibt oft Folgeereignisse, die man aufgreifen kann, wenn zum Beispiel Poli-

¹ Anspielung auf eine „Titanic“-Ausgabe aus dem Juli 2012, mit dem Aufmacher „Die undichte Stelle ist gefunden“.



... zum Länderfinanzausgleich ... (Januar 2012) ...

tiker diese Ereignisse kommentieren oder irgendwelche Schlüsse daraus ziehen, aber zum Beispiel der 11. September, das Oktoberfestattentat 1980 oder diese jüngsten Hinrichtungen waren bzw. sind für mich Tabus. Das Tabu findet allerdings in den Geschmacksgrenzen des Einzelnen statt. Wenn jemand angesichts der Enthauptungen durch Isis nichts anderes zu tun hat, als sich ein Witzchen aus dem Daumen zu saugen, ... dann hab ich ein unangenehmes Gefühl dabei.

Landeszentrale: Dabei spielt es sicher eine Rolle, wie man als Zeichner innerhalb der Szene „rüberkommen“ will ...

Haitzinger: Sicher. Es gibt auch deutliche Unterschiede zwischen den Zeichnergenerationen, was das Verständnis von Geschmack angeht.

Landeszentrale: Wie sieht es mit Hitler als karikierte Figur aus, ist das salonfähig?

Haitzinger: Den zu kritisieren war ja noch nie ein Tabu, da kommt es aber auch wieder auf den Zusammenhang an. Im Zusammenhang mit Pegida fände ich den direkten Vergleich grenzenlos überzogen, den Vergleich Hitler-Saddam Hussein finde ich legitim, um ein Beispiel zu nennen.

Landeszentrale: Was haben Sie für einen Vorlauf für Ihre Arbeiten?

Haitzinger: Die Themen kommen jeden Tag neu. Ich höre früh Nachrichten, weiß ungefähr, was auf mich zukommt.

Um die Mittagszeit telefoniere ich mit meiner Redaktion [die der tz, d.R.] und wir legen uns auf ein Thema fest, dann geht's los.

Landeszentrale: Haben Sie schon erlebt, dass Ihnen partout nichts einfällt und Ihnen die Zeit davonrennt?

Haitzinger: In fünfzig Jahren ist das zwei- oder dreimal passiert. Es ist viel zu peinlich, stundenlang nachzudenken und nichts abzuliefern. Auch die Reaktionen auf die Bilder sind unberechenbar, ich habe viele Varianten erlebt: Man denkt zum Beispiel, man hätte einen Geniestreich abgeliefert – und kein Mensch kapiert's [lacht] und umgekehrt, für eine Zeichnung, die man für schwach hält, kriegt man dickes Lob.

Landeszentrale: Ändert sich die Wahrnehmung der Karikaturen durch die Leserinnen und Leser?

Haitzinger: Ja. Ich habe mir abgewöhnt, darüber zu jammern. Mein Leben hindurch war mein bevorzugtes Mittel die Arbeit mit Metaphern, also zum Beispiel aus dem Bereich von Märchen, Balladen, biblischer Geschichte und so weiter. Das hat früher jeder verstanden und hat – zumindest bei Gleichaltrigen – immer funktioniert. Es gibt einen wunderbaren Fundus an Archetypen – aber wenn den niemand mehr kennt, läuft das natürlich ins Leere. Heutzutage hat man ganz andere Bezugspunkte, die mir wiederum fremd sind. Ich bin mit Müh und Not [lacht] vor vier oder fünf Jahren dazu geprügelt worden, einen PC zu benutzen...



... zum militanten Islamismus (April 2012), ...

Landeszentrale: Zeichnen Sie auch am PC?

Haitzinger: Nein, um Gottes Willen! [lacht] Das probiere ich überhaupt nicht. Ich komme aus einer zeichnerischen Schule, wo gewisse handwerkliche Fertigkeiten schon noch eine große Rolle gespielt haben, zum Beispiel, dass man Porträtsicherheit und eine Ahnung von Anatomie und Perspektive erwartet hat. Übrigens ist das auch ein Punkt, warum mich Charlie Hebdo irritiert – ich mag ihren Zeichenstil nicht sehr, das ist aus meiner Perspektive eine grobschlächtige Zeichenkultur, die mir nicht gefällt – so eine Art aber ich glaube nicht, dass ich nochmal dazu kommen

Geschichte der Karikatur für geniale Künstler gegeben hat, **Landeszentrale:** Haben Sie eine Lieblingsfigur eines Politikers wie z.B. Honoré Daumier oder Gulbransson. Selbst wenn tikers?

Sie den Witz nicht verstehen, sehen Sie bei diesen Künstlern immer noch atemberaubende Zeichnungen. Diese Kunstfertigkeit ist bei vielen Zeichnern heute nicht mehr vorhanden. Durch die technischen Möglichkeiten von heute kann auch jeder zeichnen.

Landeszentrale: Wir merken in unserem Geschäft, dass die anspruchsvolleren, ganz dicken Bücher, die früher selbstverständlich auch in der Schule rezipiert worden sind, heute von weniger Leuten nachgefragt werden. Der Trend geht hin zur Reduktion, zu „Leichtsprech“ und bilddominierten Texten bzw. auch Bildgeschichten wie Graphic Novels, wo man z.B. Geschichte herunterbricht in portionier-

te, einfache (Lebens-) Geschichten und im Hintergrund noch Bildungsinformationen dazuliefert, sozusagen durch die Hintertür. Haben Sie einen Bezug zu Graphic Novels?

Haitzinger: Nein, sowas lese ich eigentlich nicht. Ich weiß nur, dass es ein paar berühmte Graphic Novels gibt, wie „Maus“. Graphic Novels und Karikaturen sind verwandte Kunstformen. Ein Comic verlangt aber eine ganz andere Herangehensweise als eine tagesaktuelle Karikatur, auf die ich mich spezialisiert habe – sie sind ohne Zweifel reizvoll,

Landeszentrale: Haben Sie eine Lieblingsfigur eines Politikers wie z.B. Helmut Kohl strapaziert, dann ist man auch froh, wenn es mal eine Abwechslung gibt. Es gibt natürlich unheimlich griffige Typen, mit denen man Witziges veranstalten kann, aber auch totale Langweiler.

Haitzinger: Nein! Das wurde mir zwar immer unterstellt. Die Leute haben gesagt, mein Gott, tust du mir leid, dass es den Strauß nicht mehr gibt... Wenn man jahrzehntelang eine Figur, wie z.B. Helmut Kohl strapaziert, dann ist man auch froh, wenn es mal eine Abwechslung gibt. Es gibt natürlich unheimlich griffige Typen, mit denen man Witziges veranstalten kann, aber auch totale Langweiler.

Landeszentrale: Leute mit Ecken und Kanten ...

Haitzinger: Ja, aber man kann sagen, dass im Laufe ihrer Karrieren die Herrschaften ihren Karikaturen immer ähnlicher werden [lacht]; eigentlich wird jeder irgendwann seine eigene Karikatur.



„... die Bretter von 1992 wurden umweltfreundlich recycelt!“

... zu den internationalen Anstrengungen für den Klimaschutz, ... (Juni 2012)



„Keine Angst, der will nur spielen!“

... zur „PRISM“-Affäre ... (Juni 2013)

Landeszentrale: Und die bayerische Politik bietet Ihnen immer noch genügend interessante Subjekte ...

Haitzinger: Das kann man wohl sagen.

Landeszentrale: Haben Sie das Gefühl, dass sich das politische Geschehen sehr stark nach Berlin verlagert? Viele, die am Puls des Geschehens sein wollen, ziehen dorthin, auch Firmen, Verlage. Droht München zur Provinz zu verkommen?

Haitzinger: Das wäre mir völlig neu. Ich denke überhaupt nicht in so schematischen Kategorien. Ich glaube, das pen-

delt sich immer aus. Es hat wahrscheinlich etwas mit der Wiedervereinigung zu tun.

Landeszentrale: Melden sich „Ihre Figuren“ manchmal bei Ihnen und sagen: „Sie, jetzt waren Sie aber gemein zu mir“ oder so?

Haitzinger: Nein. Das gab’s früher tatsächlich mal. Ich habe für die ‚Bunte‘ gearbeitet und ein prominenter Politiker unseres westlichen Nachbar-Bundeslandes hatte sich beschwert, dass er nie dran kommt.. [lacht] In der Regel macht das aber keiner.



„...er hat's nicht gehört!“

... oder zur Rolle Russlands im Ukraine Konflikt (Mai 2014)

Landeszentrale: Worin unterscheiden sich die Arbeiten von einem Karikaturisten und einem Kabarettisten?

Haitzinger: Diese Frage habe ich mir schon selber gestellt. Sie können im Kabarett viel besser eine Pointe aufbauen, indem Sie durch eine Ouvertüre einfach einen Tatbestand einleiten, auf dem man eine Pointe draufsetzen kann. Die Möglichkeit haben Sie bei einer Karikatur nicht, oder nur durch übermäßige Beschriftung, so dass es witzlos wird. Die Karikatur ist auf viel größere Knappheit angewiesen und auf eine gewisse Informationsbereitschaft des Lesers. Wenn der nicht im Bilde ist, was politisch läuft, kann man keine Pointe setzen.

Landeszentrale: Was ist das unerschöpflichste und persönlich wichtigste Thema für Sie?

Haitzinger: Die wichtigsten Themen für mich sind Natur und Umwelt. Da war ich wirklich früh engagiert, vor der großen Welle. Da war ich schon so etwas wie ein Pionier. Mich bedrückt es sehr, dass in den paar Minuten, während wir reden, ein paar Quadratkilometer Regenwald verschwinden. Das hat seine Konsequenzen. Vor kurzem hat man gesagt, das sei Raubbau an der nächsten Generation. Das ist falsch, denn es erwischt uns noch selbst. Natur- und Umweltschutz ist nicht alles, aber ohne das ist alles nichts.

Landeszentrale: Wie hat es Sie denn von Österreich nach Bayern verschlagen?

Haitzinger: Ich habe in Linz eine Kunstgewerbeschule besucht, wollte Gebrauchsgraphiker werden, was ich auch immer wieder mal war, und meine Freude an München war immer schon ungebrochen wie mein Wunsch auf die Münchner Akademie zu gehen, das habe ich im zarten Alter von 19 Jahren auch gemacht. Vor allem gab es hier den Simplicissimus, der war für mich der Satireklassiker schlechthin – und da Mitarbeiter zu werden, war für mich das Höchste. Da gab es einen unheimlich tüchtigen Chefredakteur, Otto Iffland, dessen „Zögling“ ich wurde.

Landeszentrale: Haben Sie auch „Zöglinge“?

Haitzinger: Höchstens unfreiwillige, also Plagiatoren.

Landeszentrale: Haben sich Ihre Figuren schon mal selbstständig?

Haitzinger: Ich habe mich vergebens bemüht, witzige Selbstkarikaturen zu machen; da saß mein Freund Heinz Gebhardt bei mir und hat gesagt, das brauchst du nicht, das 08/15-Manschgerl [Männchen, d. Red.], das du immer benutzt, bist haargenau du. Damit identifiziere ich mich seither und das ist meistens der, der in irgendeiner politischen Szene den Durchblick nicht hat oder sich um ihn bemüht [lacht].

Landeszentrale: Wir danken für das Gespräch! ■



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

Diese und andere Publikationen können Sie bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit beziehen.
Praterinsel 2, 80538 München, Fax: 089 - 21 86 - 21 80, landeszentrale@stmuk.bayern.de,
www.politische-bildung-bayern.de